

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2023) : ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 76, Iss. Sonderausgabe, pp. 01-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/281970>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ifo SCHNELLDIENST

2023

SONDERAUSGABE DEZEMBER

ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken

*Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann,
Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Moritz Schasching,
Stefan Schiman-Vukan, Gerome Wolf und Lara Zarges*



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Annette Marquardt, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<https://www.ifo.de>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Dezember 2023

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
1.1. Überblick	3
1.2. Ausblick	5
1.3. Risiken	6
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	8
2.1. Überblick	8
2.2. Ausblick	8
<i>Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2023</i>	
2.3. Prognoseunsicherheit und Risiken	10
<i>Box: Zur Abschätzung der konjunkturellen Risiken der Haushaltslücke</i>	
2.4. Finanzpolitische Rahmenbedingungen	14
2.5. Leitzinsen sinken im nächsten Jahr wieder – Finanzierungsumfeld bleibt aber schwierig	16
2.6. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	19
2.7. Preisdruck entspannt sich in der Breite	20
2.8. Dienstleister tragen maßgeblich zum Aufschwung bei	21
<i>Box: Zur Schwäche in der chemischen Industrie – konjunkturelle Delle oder strukturelle Veränderungen?</i>	
2.9. Außenhandel vor Erholung	23
2.10. Unsicherheit bremst Unternehmensinvestitionen	27
2.11. Wohnbauinvestitionen auf Talfahrt	29
2.12. Konsumzurückhaltung wird nur langsam überwunden	31
2.13. Staatskonsum verlässt Corona-Plateau	32
2.14. Wirtschaftliche Flaute hinterlässt ihre Spuren am Arbeitsmarkt	33
2.15. Erholung der Reallöhne beschleunigt sich	35
2.16. Staatsdefizit sinkt	36
3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	38
4. Zur Finanzpolitik in Deutschland	40
5. Referenzen	42
6. Tabellenanhang	43

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Moritz Schasching, Stefan Schiman-Vukan, Gerome Wolf und Lara Zarges

ifo Konjunkturprognose Winter 2023: Konjunkturerholung verzögert sich – Haushaltslücke birgt neue Risiken

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

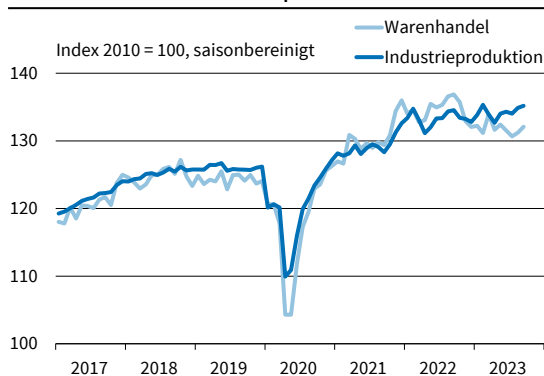
1.1. ÜBERBLICK

Im dritten Quartal 2023 beschleunigte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion der Welt, weil sowohl in China als auch in den USA die Expansionsdynamik zulegte. Die globale Industrieproduktion stieg im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal, ein nachhaltiger Aufschwung zeichnete sich aber noch nicht ab (vgl. Abb. 1.1). Der weltweite Warenhandel sank hingegen das vierte Quartal in Folge, hat sich aber am aktuellen Rand stabilisiert. Die Konsumstruktur der privaten Haushalte hat sich nach dem Ende der Pandemie in vielen Ländern normalisiert und anstelle von Waren werden wieder vermehrt Dienstleistungen nachgefragt, was den Welthandel belastet. Zudem haben die Unternehmen nach Auflösung der Lieferkettenprobleme ihre teils hohen Lagerbestände an Zwischenprodukten wieder abgebaut, statt neue anzuschaffen.

Der Rohölpreis hat sich in den vergangenen Wochen auf mittlerem Niveau stabilisiert, der Erdgaspreis ist seit dem Sommer hingegen gestiegen (vgl. Abb. 1.2). Die Leitzinssätze dürften in den USA und im Euroraum die Höchststände erreicht haben (vgl. Abb. 1.3). Die Inflation ist in beiden Wirtschaftsräumen deutlich gesunken (vgl. Abb. 1.4), während die Arbeitsmärkte nach wie vor angespannt sind (vgl. Abb. 1.5).

Abb. 1.1

Welthandel und Weltindustrieproduktion



Quelle: Centraal Plan Bureau (CPB).

© ifo Institut

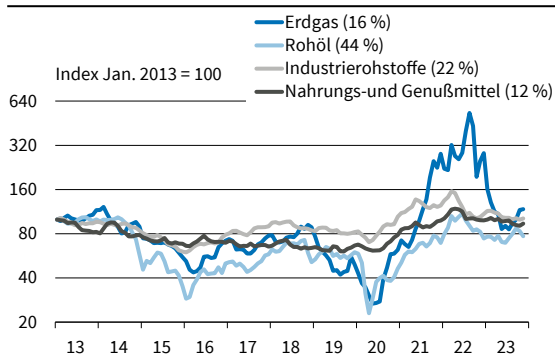
IN KÜRZE

Die Weichen für die deutsche Wirtschaft sind auf Erholung gestellt. Die Inflation ist weiter auf dem Rückzug, die Lohneinkommen steigen mit kräftigen Raten, und die Beschäftigung ist so hoch wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Damit kehrt Kaufkraft zurück, und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sollte wieder zulegen. Zudem dürfte wegen der sinkenden Inflation auch der Zinshöhepunkt überschritten sein, und im Frühsommer des kommenden Jahres dürfte die Europäische Zentralbank eine erste Leitzinssenkung beschließen. Das dürfte auch die deutschen Absatzmärkte stützen, zumal auch dort mit einem Kaufkraftplus zu rechnen ist. Daher sollten der globale Warenhandel und der Warenkonsum wieder zulegen und im kommenden Jahr zu den Konjunkturtreibern werden. Die Baukonjunktur wird weiter abkühlen. Vor allem im Wohnungsbau dürfte die Auftragslage angespannt bleiben, da die Baupreise nach wie vor hoch sind und die Kreditzinsen nur sehr langsam sinken. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,3% zurückgehen und im kommenden Jahr um 0,9% zunehmen. Im Jahr 2025 dürfte sich die Konjunktur dann normalisieren und das Bruttoinlandsprodukt um 1,3% zulegen. Unsicherheit geht von der Finanzpolitik aus. Die vorliegende Prognose geht von der Annahme aus, dass ungeachtet der Haushaltslücke alle bisher geplanten finanzpolitischen Maßnahmen umgesetzt werden. Sollten zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden, um einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die vorliegende Prognose zu optimistisch ist.

In den USA herrscht entgegen allen Erwartungen eine robuste Konjunktur, die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützten auch im dritten Quartal die Nachfrage. Die Konsumentenstimmung ist trotz

Abb. 1.2

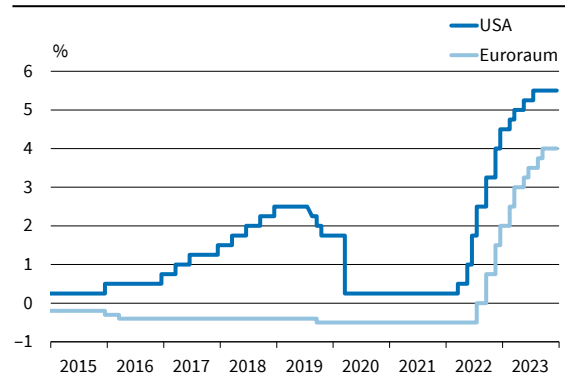
Rohstoffe^a



^a HWWI-Index, US-Dollar-Basis, logarithmische Darstellung.
Quelle: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI). © ifo Institut

Abb. 1.3

Leitzinssätze



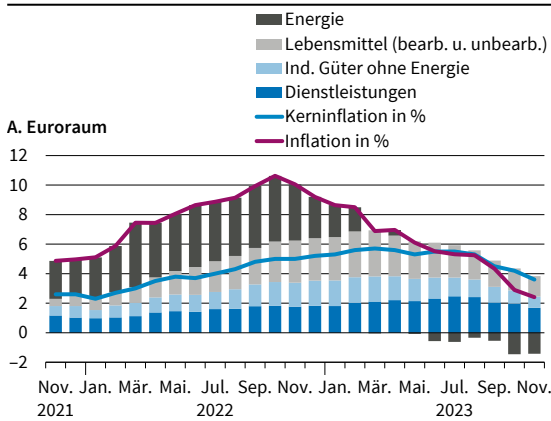
Quelle: Fed; EZB. © ifo Institut

restriktiver Geldpolitik anhaltend positiv, wozu die steigenden Realeinkommen beitragen. Der ausbleibende Konsumeffekt der Geldpolitik könnte damit zusammenhängen, dass – anders als in den 2000er Jahren – der Großteil der bestehenden Wohnbaukredite mit einem Fixzinssatz aus der Zeit vor der Zinswende und einer Laufzeit von 30 Jahren versehen ist. Viele Kredite wurden erst in der Niedrigzinsphase während der Coronakrise vergeben. Zudem ist die Fiskalpolitik im laufenden Jahr äußerst expansiv, das gesamtwirtschaftliche Defizit soll sich laut OECD von 4,0% des BIP im Jahr 2022 auf 7,4% im Jahr 2023 erhöht haben. Die Inflationsrate verharrt dementsprechend auf über 3%.

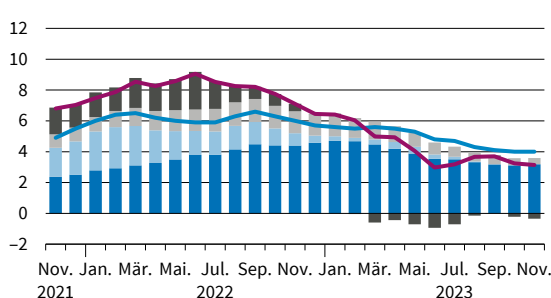
Abb. 1.4

Wachstumsbeiträge zur Inflation

Beitrag in Prozentpunkten



B. USA



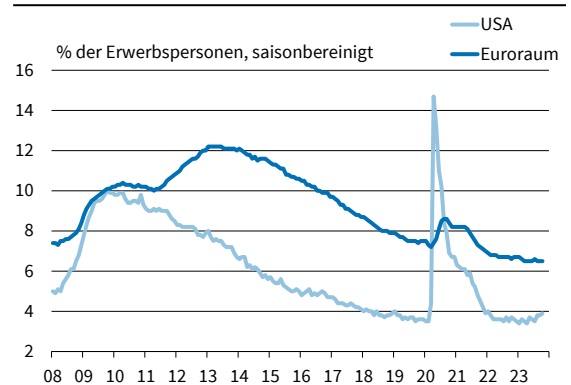
Quelle: Eurostat; U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); WIFO-Berechnungen. © ifo Institut

Im Euroraum hat sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte angesichts der ungünstigeren Reallohnentwicklung hingegen abgeschwächt. Zudem belastet der Energiepreisschock des Vorjahres noch die Industriekonjunktur, vor allem in den industriestarken Regionen Mitteleuropas. Die gesamtwirtschaftliche Produktion blieb vom vierten Quartal 2022 bis zum dritten Quartal 2023 weitgehend unverändert. Dennoch sind die Arbeitsmärkte auch im Euroraum weiterhin angespannt. Die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots erhöht die Suchkosten und senkt die Rekrutierungschancen der Unternehmen. Beschäftigte dürften daher trotz Unterauslastung eher in den Betrieben gehalten werden. Die Inflationsrate sank zuletzt zügig, auf 2,4% im November 2023, und befindet sich somit nur mehr knapp über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB).

In China wird die strukturelle Immobilienkrise durch stimulierende Staatseingriffe übertüncht, das Wirtschaftswachstum hat sich im dritten Quartal beschleunigt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Volkswirtschaften gibt es in China keinen nennenswerten Verbraucherpreisanstieg, zwischenzeitlich sind die Preise sogar gesunken. Während der Coronazeit flossen deutlich weniger öffentliche Mittel an die privaten Haushalte als in Europa und den USA, der fiskalische

Abb. 1.5

Arbeitslosenquoten



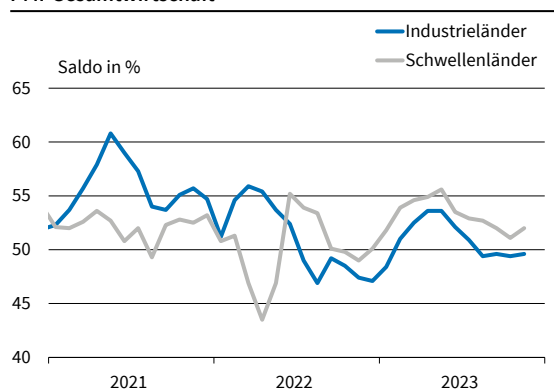
Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); Eurostat. © ifo Institut

Impuls war also schwächer. Aber auch die Immobilienkrise belastet die Konsumnachfrage und trägt zur schwachen Dynamik der Verbraucherpreise bei. Zudem sind die Energiepreise nur wenig gestiegen.

1.2. AUSBLICK

Die Weltwirtschaft dürfte im Winterhalbjahr nur moderat expandieren. Die Schwäche der Industriekonjunktur wird in den nächsten Monaten anhalten, zumal die Auftragslage und die Geschäftserwartungen in der Industrie weiterhin schlecht sind (vgl. Abb. 1.6). Die hohen Zinsen dämpfen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, insbesondere im Wohnbau. Zudem dürfte der Energiepreisschock dazu geführt haben, dass Teile der Produktion in der europäischen Industrie dauerhaft weggefallen sind. Der Erdgaspreis wird im Prognosezeitraum über dem Vorkrisenniveau bleiben und die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen Regionen der Welt, insbesondere den USA, schwächen.

Abb. 1.6
PMI-Gesamtwirtschaft



Quelle: Europäische Kommission; S&P Global. © ifo Institut

Der Rückgang der Inflation und ihr verzögerter Niederschlag in der Lohnentwicklung wird vielerorts dazu beitragen, dass die Realeinkommen im Prognosezeitraum kräftig zulegen. Die Konsumausgaben der

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	65,1	2,5	1,5	1,0	1,5	7,5	4,6	2,6	1,8
USA	31,0	1,9	2,4	1,3	1,5	8,0	4,2	3,0	2,0
Euroraum	17,2	3,4	0,5	1,0	1,5	8,4	5,5	2,3	1,7
Japan	5,2	0,9	1,6	0,6	0,8	2,5	3,1	1,8	0,5
Vereinigtes Königreich	3,8	4,3	0,6	0,4	1,1	9,1	7,4	3,1	1,4
Kanada	2,6	3,7	1,1	0,5	1,7	6,8	3,9	2,7	2,0
Südkorea	2,0	2,6	1,2	1,4	2,4	5,1	3,7	1,6	1,5
Schweiz	1,0	2,6	0,7	1,2	1,5	2,8	2,2	1,9	1,1
Schweden	0,7	2,8	-0,4	0,3	2,1	8,1	5,9	2,5	1,9
Norwegen	0,7	3,3	1,3	0,3	1,5	5,8	5,4	2,7	2,0
Dänemark	0,5	2,7	1,1	0,7	1,7	8,5	3,6	1,2	1,5
Tschechien	0,4	2,4	-0,5	0,7	3,0	14,8	11,8	2,0	1,8
Schwellenländer	34,9	3,2	5,0	3,8	3,8	6,8	4,1	3,9	3,5
China	21,8	3,0	5,6	4,3	4,0	2,0	0,4	1,5	2,1
Indien	4,1	6,7	6,8	5,7	7,0	6,7	5,8	4,8	4,5
Brasilien	2,3	2,9	2,9	0,8	2,3	9,3	4,6	3,9	3,7
Russland	2,7	-2,1	2,4	2,4	0,7	13,8	5,8	6,1	4,9
Mexiko	1,8	3,9	3,3	1,8	2,1	7,9	5,5	4,4	3,5
Türkei	1,1	5,5	3,7	1,4	1,9	72,3	53,8	42,0	24,0
Polen	0,8	5,3	0,5	2,5	2,9	13,2	10,9	5,4	4,0
Ungarn	0,2	4,6	-0,6	2,6	3,3	15,3	17,4	5,7	4,4
Welt	100	2,7	2,7	2,0	2,3	7,3	4,4	3,1	2,4
nachrichtlich: Welthandel, real ^b		3,3	-2,1	1,6	4,4				
Annahmen Ölpreis USD/Barrel (Brent)		98,7	82,5	81,3	77,3				
Wechselkurs USD/EUR		1,05	1,08	1,09	1,09				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2023

privaten Haushalte werden zur zentralen Stütze der Konjunkturerholung. Die Prognose geht davon aus, dass sowohl die US-amerikanische Federal Reserve als auch die EZB im kommenden Jahr beginnen, ihre Leitzinsen zu senken. Auch haben die Unternehmen ihre erhöhten Lagerbestände an Zwischenprodukten weitgehend abgebaut, so dass der weltweite Warenhandel und die Industrieproduktion wieder an Dynamik gewinnen dürften. Dämpfend wirkt hingegen weiterhin die verhältnismäßig schwache Wirtschaftsentwicklung in China, wo die Krise im Immobiliensektor aufgrund seiner hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung für die Wertschöpfung die Einkommen der privaten Haushalte schwächt. In vielen Ländern bleiben zudem die Realzinsen höher als vor der Pandemie.

Alles in allem dürfte sich der Zuwachs der Weltproduktion von 2,7% im laufenden auf 2,0% im kommenden und 2,3% im Jahr 2025 verringern (vgl. Tab. 1.1). Die Konjunkturabschwächung betrifft für das kommende Jahr sowohl die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo sich die Expansion von 1,5% auf 1,0% verringert, als auch die Schwellenländer mit einer Wachstumsverlangsamung von 5,0% auf 3,8%. 2025 dürfte die Konjunkturdynamik in den Schwellenländern unverändert bleiben, während sie sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wieder auf 1,5% erhöht. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2023 wird damit die Prognose für die Weltproduktion für das Jahr 2023 um 0,3 Prozentpunkte und für 2024 um 0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert, vor allem weil sich die Einschätzungen für die USA, aber auch für China verbesserten. Die Prognose für den Zuwachs im Jahr 2025 fällt um 0,4 Prozentpunkte geringer aus, weil davon ausgegangen wird, dass sich die Effekte der restriktiven Geldpolitik in manchen Ländern noch stärker verzögern werden. Im Euroraum dürfte sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 0,5% im laufenden Jahr auf 1,0% im kommenden und 1,5% im Jahr 2025 beschleunigen (vgl. Tab. 1.2); dies entspricht einer leichten Abwärtsrevision von 0,2 Prozentpunkten für das Jahr 2024 und 0,1 Prozentpunkten für das Jahr 2025.

Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum weiter zurückgehen, wenn auch mit unterschiedlichem Tempo. Denn abgesehen von den gemeinsamen Aus-

wirkungen globaler Lieferkettenprobleme waren die Ursachen für die hohe Inflation in den USA und im Euroraum in den vergangenen Jahren etwas unterschiedlich gelagert. In den USA spielten Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt, die nur langsam abgebaut werden, eine größere Rolle. Im Euroraum waren die binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte hingegen geringer, hier wirkten sich die höheren Energie- und Lebensmittelpreisanstiege im Zuge des Ukrainekriegs stärker auf die Verbraucherpreise aus, was sich nun rascher legt.

Angesichts der hohen Speicherstände ist davon auszugehen, dass die Versorgung Europas mit Erdgas im Winter 2023/24 sichergestellt ist und die Energiepreise nicht neuerlich sprunghaft steigen. Im Einklang mit den Notierungen auf den Terminmärkten geht die Prognose davon aus, dass der Erdgaspreis bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht über dem gegenwärtigen Niveau liegt und damit höher bleibt als vor Beginn des starken Preisschubs im Herbst 2021.

Alles in allem dürften die Verbraucherpreise in den USA im laufenden Jahr um 4,2%, im kommenden um 3,0% und 2025 um 2,0% steigen. Nach 5,5% im laufenden Jahr dürfte sich die Inflation im Euroraum im kommenden Jahr auf 2,3% abschwächen, bevor sie 2025 auf 1,7% sinkt. Für den Euroraum entspricht dies im Wesentlichen einer unveränderten Prognose, während die Rate für die USA im laufenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,3 Prozentpunkte nach oben revidiert wurde, entsprechend der stärkeren erwarteten Konjunkturdynamik.

1.3. RISIKEN

Die kräftigen Nominallohnsteigerungen im Euroraum werden den Rückgang der Inflationsraten zwar etwas verzögern, aber nicht zu einer neuerlichen Beschleunigung der Preissteigerungen, also einer Lohn-Preis-Spirale führen. Dies bedeutet umgekehrt jedoch, dass die Reallohnsteigerungen im nächsten Jahr hoch ausfallen und einen positiven Konjunkturimpuls setzen werden. Gleichzeitig erhöhen sie die Arbeitskosten und verteuern das Horten von Arbeitskräften. Falls dies die Opportunitätskosten, nämlich die Suchkosten

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

	Gewicht in % (2022)	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland ^a	28,7	1,8	-0,3	0,9	1,3	8,7	6,0	2,1	1,7
Frankreich	19,6	2,5	0,8	0,7	1,2	5,9	5,8	2,5	2,0
Italien	14,4	3,7	0,7	0,6	1,2	8,7	6,0	2,1	1,7
Spanien	10,0	5,8	2,4	1,2	1,6	8,3	3,5	2,9	1,9
Euroraum	100	3,4	0,5	1,0	1,5	8,4	5,5	2,3	1,7

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Dez. 2023

nach geeigneten Arbeitskräften, übersteigt, könnte es einen Beschäftigungsabbau auslösen. Dieser könnte der Konjunkturerholung entgegenwirken, zumal die öffentliche Hand nach vielen Jahren der expansiven Politik und bei relativ hohen Refinanzierungskosten wahrscheinlich zögern würde, neuerlich umfassende Konjunkturmaßnahmen zu setzen.

Noch hat der Gaza-Krieg keine unmittelbaren Folgen für die Weltwirtschaft, allerdings könnte sich das mit einer Ausweitung des Kriegs und dem Eintreten anderer Regionalmächte wie dem Iran ändern. Das Risiko eines Ölpreisschocks wie durch das Ölembargo der arabischen Staaten 1973 als Reaktion auf die Unterstützung Israels durch den Westen im Jom-Kippur-Krieg erscheint zwar begrenzt; die USA sind mittlerweile selbst zum Nettoexporteur von Rohöl geworden und können die Weltmarktpreise beeinflussen. Aber

andere Maßnahmen, wie etwa das Sperren wichtiger Handelsrouten, wären denkbar.

Ein erhöhtes Risiko für die Weltwirtschaft geht weiterhin von China aus, wo hohe Schulden von Unternehmen und privaten Haushalten die Bauwirtschaft belasten. Chinas Konjunkturschwäche zeigte sich zuletzt auch an einem sinkenden Preisniveau, das – ähnlich wie lange Zeit in Japan – die Nachfrage zusätzlich dämpfen könnte, falls es zu einer Bilanzrezession kommt.

Risiken birgt nach wie vor eine weitere Eskalation des Ukraine-Kriegs. In Verbindung mit einem ungewöhnlich kalten Winter könnten die Gasvorräte in Europa rasch schwinden, zumal noch immer gewisse Mengen an Erdgas und Rohöl aus Russland importiert werden. Eine Verknappung könnte neuerliche Preissprünge bei Erdgas auslösen und die Inflation befeuern.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1. ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft tritt seit Jahresbeginn auf der Stelle. Zwar haben im Verlauf des Jahres die Inflationsrate nachgelassen und sich der Anstieg der Lohneinkommen im Vergleich zum Vorjahr beschleunigt. Allerdings blieb die Erholung beim privaten Konsum bislang aus, auch weil ein Teil des Kaufkraftplus gespart wurde. Vom globalen Warenhandel und der globalen Industrieproduktion kamen auch keine Impulse. Notenbanken dämpften vielerorts die Konjunktur zur Bekämpfung der Inflation, und im Zuge der Erholung von der Coronakrise waren weltweit vor allem Dienstleistungen im Aufwind. Daher setzten die deutschen Exporte ihre Talfahrt bis zuletzt fort. Die Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank leiteten zudem auf dem in Teilen überhitzten deutschen Immobilienmarkt eine Abkühlung ein. Bis zuletzt gingen deshalb die Investitionen in Wohnbauten trendmäßig zurück. Schließlich verharrt die Produktion in der chemischen Industrie auf dem niedrigen Niveau, auf das sie Ende des Jahres 2022 im Zuge der Energiekrise gedrosselt wurde. Der dortige Stellenabbau deutet an, dass trotz der mittlerweile wieder gesunkenen Gas- und Strompreise für industrielle Großabnehmer ein struktureller Wandel eingesetzt hat, im Zuge dessen Teile der energieintensiven Produktion an andere Standorte verlagert worden sind. Kräftige expansive Impulse kamen lediglich von den staatlichen Investitionen. Hier macht

sich vor allem die Beschaffung von Rüstungsgütern aus dem Sondervermögen Bundeswehr bemerkbar.

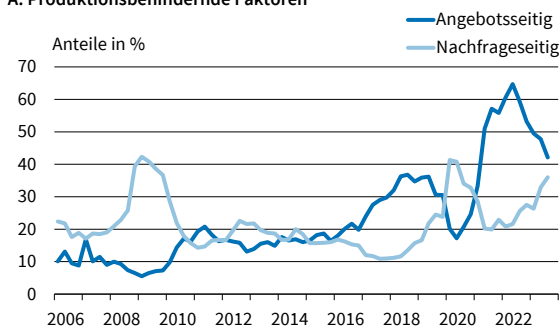
Insgesamt kühlte sich damit die Konjunktur seit Jahresbeginn spürbar ab und die Erholung, die ursprünglich für die zweite Jahreshälfte erwartet wurde, blieb aus. Unternehmen klagen zunehmend über eine zu geringe Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen (vgl. Abb. 2.1 A). Die hohen Auftragspolster insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft schmolzen ab, da Neuaufträge sanken und einige bestehende Aufträge storniert wurden. Zudem verloren die angebotsseitigen Produktionshemmnisse weiter an Bedeutung. Zwar hält der demografisch bedingte Arbeitskräftemangel weiter an, aber Vorprodukte sind mittlerweile in vielen Bereichen so gut verfügbar wie vor Ausbruch der Coronakrise. Die Stärkung der Produktionskapazitäten und der gleichzeitige Rückgang der Nachfrage haben dazu beigetragen, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten mittlerweile unterausgelastet sind (vgl. Abb. 2.1 B).

2.2. AUSBLICK

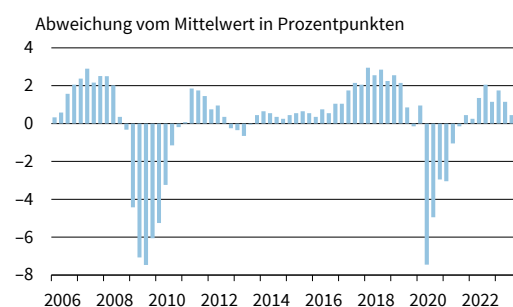
Grundsätzlich sind im Prognosezeitraum die Weichen auf Erholung gestellt. Die Inflation ist weiter auf dem Rückzug, die Lohneinkommen steigen mit kräftigen Raten, und die Beschäftigung ist so hoch wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Damit kehrt die Kaufkraft weiter zurück, und die gesamt-

Abb. 2.1
Indikatoren zur gesamtwirtschaftlichen Konjunkturlage

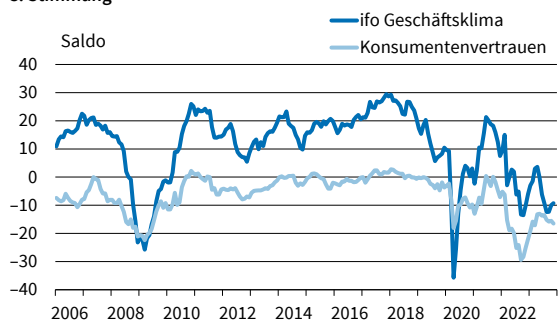
A. Produktionsbehindernde Faktoren



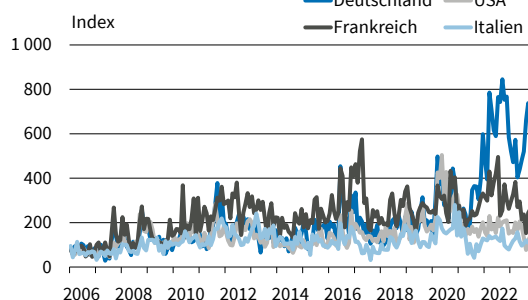
B. Kapazitätsauslastung



C. Stimmung



D. Wirtschaftspolitische Unsicherheit



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Europäische Kommission; www.PolicyUncertainty.com; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

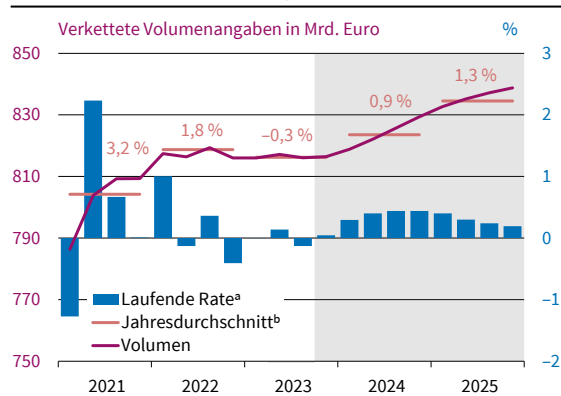
wirtschaftliche Nachfrage sollte wieder zulegen. Zudem dürfte wegen der sinkenden Inflation auch der Zinshöhepunkt überschritten sein. Kapitalmarkt- und Kreditzinsen sinken bereits seit Anfang November, und im Frühsommer des kommenden Jahres dürfte die Europäische Zentralbank eine erste Leitzinssenkung beschließen. Das dürfte auch die deutschen Absatzmärkte stützen, zumal auch dort mit einem Kaufkraftplus zu rechnen ist. Daher sollten der globale Warenhandel und der Warenkonsum wieder zulegen und im kommenden Jahr zu den Konjunkturtreibern werden. Davon werden das Verarbeitende Gewerbe und der Handel profitieren. Die Baukonjunktur wird zunächst weiter abkühlen. Vor allem im Wohnungsbau dürfte die Auftragslage angespannt bleiben, da die Baupreise nach wie vor hoch sind und die Kreditzinsen nur sehr langsam sinken.

Insgesamt jedoch dürfte auch das Jahresende noch schwach ausfallen. Darauf deuten die meisten Frühindikatoren hin. Bei privaten Haushalten und Unternehmen ist die Stimmung schlecht. Allerdings setzen sich die Rückgänge der vergangenen Monate nicht fort, und in vielen Bereichen konnten leichte Verbesserungen verbucht werden (vgl. Abb. 2.1 C). Auch die Neuaufträge im Verarbeitenden Gewerbe entwickelten sich bis zuletzt schwach. Zusätzlich dämpfen dürfte die wirtschaftspolitische Unsicherheit, die hierzulande deutlich höher ist als anderswo (vgl. Abb. 2.1 D). Die Weichenstellungen der Bundesregierung insbesondere im Zusammenhang mit der Energiewende sind vorwiegend kleinteilig, häufig widersprüchlich und wenig verlässlich. Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung von Projekten aus dem Klima- und Transformationsfonds ist nur ein Beispiel von vielen. Unsicherheit verzögert die Erholung, da sie die Sparneigung der Konsument*innen erhöht und die Investitionsbereitschaft von Unternehmen und privaten Haushalten senkt.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im laufenden Quartal wohl nur stagnieren (vgl. Abb. 2.2). Ab dem kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur dann allmählich erholen und die Wirtschaft mit kräftigeren Raten wachsen. Damit wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,3% zurückgehen und im kommenden Jahr um 0,9% zunehmen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2023 wurde damit die Wachstumsrate für das laufende Jahr um 0,1 Prozentpunkte angehoben und für das kommende Jahr um 0,5 Prozentpunkte gesenkt (vgl. Tab. 2.1). Die Anhebung für das laufende Jahr ergibt sich dabei lediglich aus einer nachträglichen Aufwärtsrevision des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in der ersten Jahreshälfte durch das Statistische Bundesamt (vgl. Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2023«). Die Zuwachsraten für das laufende und die kommenden Quartale wurden gesenkt und damit das Tempo der Erholung herabgesetzt. Im Jahr 2025 dürfte sich die Konjunktur dann normalisieren. Das

Abb. 2.2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dürfte im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% zulegen und damit um 0,1 Prozentpunkt stärker als noch im Herbst erwartet. Damit dürfte sich bis zum Ende des Prognosezeitraums die Lücke zum Produktionspotenzial schließen. Das Wachstum des Produktionspotenzials dürfte aus vorwiegend demografischen Gründen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts nur noch bei 0,4 bis 0,5% pro Jahr liegen.

Die Inflationsrate wird im Dezember vorübergehend noch einmal auf etwa 4% steigen. Hier kommt vor allem ein Basiseffekt zum Vorschein: Denn im Dezember 2022 sanken die Gaspreise für die Verbraucher kräftig, da der Staat die Kosten für den Dezember-Abschlag übernahm. Im Durchschnitt des Jahres 2023 wird der Anstieg der Verbraucherpreise bei 5,9% liegen, und damit nur geringfügig niedriger als noch im Herbst erwartet. Zu Beginn des kommenden Jahres wird die Inflationsrate dann ihren Rückgang fortsetzen und in der zweiten Jahreshälfte 2024 die 2%-Marke erreichen. Hierzu tragen vor allem sinkende Energiepreise bei. Im Gegensatz dazu wird die Inflation der konsumnahen Dienstleistungen noch eine Weile deutlich über 3% liegen, da dort die kräftig steigenden Löhne zu Buche schlagen. Insgesamt dürfte daher Inflationsrate im kommenden Jahr deutlich auf 2,2% und im Jahr 2025 auf 1,8% zurückgehen. Die Kerninflationsrate (also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) wird mit 2,9% im kommenden und 2,2% im übernächsten Jahr noch darüber liegen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2023 wird damit von einem schnelleren Rückgang der Inflationsrate ausgegangen, da vor allem die Energiepreise kräftiger sinken. An der Prognose der Kerninflationsrate wurde weitgehend festgehalten.

Die wirtschaftliche Flaute wird auch am Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Im Winterhalbjahr dürfte die Erwerbstätigkeit stagnieren, bevor sie dann ab dem Frühjahr im Zuge der Erholung wieder etwas steigen wird. Jedoch wird die demografische Entwick-

Tab. 2.1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022 2023 2024 2025				2022 2023 2024 2025			
	Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a				Differenz zur ifo Konjunkturprognose Herbst 2023			
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,8	-0,3	0,9	1,3	0,0	+0,1	-0,5	+0,1
Private Konsumausgaben	3,9	-1,1	1,1	1,7	0,0	-0,6	-0,7	+0,1
Konsumausgaben des Staats	1,6	-2,1	0,7	1,4	0,0	+0,4	-0,3	+0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,2	-0,2	1,6	0,0	+0,1	-0,6	+0,4
Bauten	-1,8	-1,5	-1,8	0,7	0,0	-0,1	+0,2	+0,3
Ausrüstungen	4,0	3,8	1,5	2,9	0,0	+0,7	-1,4	+0,8
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,7	1,9	2,4	0,0	-0,6	-1,9	-0,2
Inländische Verwendung	3,2	-0,8	0,7	1,5	0,0	-0,2	-0,8	+0,2
Exporte	3,3	-2,0	1,3	3,6	0,0	-1,4	-1,1	+0,4
Importe	6,6	-3,2	0,9	4,3	0,0	-2,0	-1,8	+0,6
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	45 596	45 949	46 032	46 041	0	+26	-10	+67
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 691	2 579	0	+18	+109	+148
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,3	5,7	5,9	5,6	0,0	0,0	+0,3	+0,3
Verbraucherpreise ^d (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)								
– Gesamtinflationsrate	6,9	5,9	2,2	1,8	0,0	-0,1	-0,4	-0,2
– Kerninflationsrate ^e	4,9	6,0	2,9	2,2	0,0	0,0	-0,2	-0,1
Finanzierungssaldo des Staats ^f								
– in Mrd. Euro	-96,9	-77,1	-75,8	-48,4	0,0	+14,4	+3,9	+21,7
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,5	-1,9	-1,8	-1,1	0,0	+0,3	+0,1	+0,5
Leistungsbilanzsaldo								
– in Mrd. Euro	170,9	285,4	316,2	315,2	+8,9	+16,2	+9,3	+3,9
– in % des Bruttoinlandsprodukts	4,4	7,0	7,5	7,2	+0,2	+0,4	+0,3	+0,1

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2020 = 100). ^e Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe). ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

lung dazu beitragen, dass der Beschäftigungsaufbau im weiteren Prognosezeitraum zum Erliegen kommen und die Erwerbstätigkeit gegen Ende des Prognosezeitraums sinken dürfte. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 353 000 im laufenden und 83 000 im kommenden Jahr auf 9 000 im Jahr 2025 verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr voraussichtlich um 191 000 Personen und im kommenden Jahr um weitere 82 000 Personen steigen. Im Jahr 2025 ist mit einem Rückgang um 113 000 zu rechnen. In der Folge liegt die Arbeitslosenquote in den Jahren 2024 und 2025 bei 5,9% bzw. 5,6% nach 5,7% im laufenden Jahr

Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr nochmals leicht expansiv ausgerichtet. Haupttreiber dafür sind Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Energiekrise. In den kommenden beiden Jahren ist der finanzpolitische Kurs mit hoher Unsicherheit behaftet. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2023 die Umschichtung der aus der Corona-Pandemie »übriggeblieben« Kreditermächtigungen in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) für nichtig erklärte, stehen sämtliche verabschiedete und geplante finanzpolitische Maßnahmen im Fokus der öffentlichen Debatte. Da aus heutiger Sicht völlig

unklar ist, wie genau die durch das Urteil entstandene Haushaltslücke geschlossen wird, wird in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen, dass alle bereits von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen wie geplant durchgeführt werden. Unter dieser Annahme schwenkt die Finanzpolitik in den kommenden beiden Jahren auf einen leicht restriktiven Kurs ein, da mehr Maßnahmen wegfallen als neue hinzukommen. Das Finanzierungsdefizit des Staats wird von 77 Mrd. Euro bzw. 1,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 auf 48 Mrd. Euro bzw. 1,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 sinken. Der Schuldenstand nach den Maastricht-Kriterien wird von 64,3% in diesem Jahr auf 63,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts am Ende des Prognosezeitraums sinken.

2.3. PROGNOSEUNSIKERHEIT UND RISKEN

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 2.3). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2023 und 2024 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2022

Tab. 2.2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a

Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Private Konsumausgaben	-0,8	0,2	-0,3	0,1	0,3	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2
Konsumausgaben des Staats	-1,4	-0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Bauten	2,7	-0,9	0,4	-1,2	-0,8	-0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	2,1	0,7	1,1	-0,2	0,1	0,7	0,9	1,0	0,8	0,7	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-1,6	0,0	0,3	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ^b	-0,6	0,7	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	0,7	-0,4	-0,1	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
Außenbeitrag ^b	1,0	-0,5	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	-0,2	-0,9	-0,8	-1,0	1,2	1,2	1,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Importe	-2,2	0,1	-1,3	-1,3	0,9	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FÜR DAS JAHR 2023

In seiner Konjunkturprognose vom Herbst 2022 erhöhte das ifo Institut die Inflationsprognose infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine substantiell. Die Großhandelspreise für Energieträger an den Terminmärkten deuteten auf große Preissteigerungen der Energiekomponente hin, welche mit einer gewissen Verzögerung auch auf die privaten Haushalte überwältigt werden dürfte. Folglich rechnete das ifo Institut für das Winterhalbjahr 2022/2023 mit Kaufkraftverlusten auf Seiten der privaten Haushalte und damit einhergehend rückläufigen Konsumausgaben. Eine Belebung des privaten Konsums erwartete das ifo Institut erst für die zweite Jahreshälfte 2023, wenn die nominalen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte die moderateren Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe im Jahresverlauf übertreffen und somit die realen Haushaltseinkommen wieder steigen dürften. Zudem ging das ifo Institut in seiner Herbstprognose 2022 – infolge der hohen Baukosten und der gestiegenen Finanzierungskosten – von einem Abschwung in der Baukonjunktur aus. Dies zeichnete sich bereits damals in der steigenden Zahl von Auftragsstornierungen und rückläufigen Neuaufträgen ab. In Summe senkte das ifo Institut in der ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2022 die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2023 deutlich auf -0,3% (vgl. Wollmershäuser et al. 2022b). In der Sommerprognose 2022 war das ifo Institut noch von einem Wirtschaftswachstum von 2,5% ausgegangen (vgl. Wollmershäuser et al. 2022a).

Aufgrund des überraschend starken dritten Quartals 2022 und des dadurch höheren statistischen Überhangs für das Jahr 2023 revidierte das ifo Institut in seiner Winterprognose 2022 den veranschlagten Rückgang der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des preisbereinigten BIP von -0,3% auf -0,1% für das Jahr 2023. Zurückzuführen war dies vor allem auf den starken Anstieg der privaten Konsumausgaben im dritten Quartal 2022, welcher vornehmlich durch staatliche Einkommenstransfers gestützt wurde. In Anbetracht der eingeführten Energiepreislösungen, sowie dem Dezemberabschlag, erwartete das ifo Institut eine weniger dynamische Preisentwicklung und somit einen geringeren Realeinkommensverlust. In der Konsequenz prognostizierte das ifo Institut in seiner Winterprognose 2022 einen weniger starken Rückgang der privaten Konsumausgaben bis zur Jahresmitte 2023 (vgl. Wollmershäuser et al. 2022c).

Obschon die privaten Konsumausgaben und die Bauinvestitionen zum Jahresende 2022 stärker gesunken sind als das ifo Institut angenommen hatte und der Außenbeitrag infolge eines schwachen Welthandels überschätzt wurde, hielt das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose 2023 weitestgehend an dem in der Winterprognose 2022 gezeichneten Bild fest. Das ifo Institut unternahm keine Revision an der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des preisbereinigten BIP für 2023 (vgl. Wollmershäuser et al. 2023a). Für das erste Quartal 2023 prognostizierte das ifo Institut einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion von -0,2% im Vorquartalsvergleich.

Im Mai 2023 gab das Statistische Bundesamt für das erste Quartal 2023 ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP von -0,3% im Vorquartalsvergleich bekannt. Ausschlaggebend hierfür war die deutlich schwächere Entwicklung der öffentlichen sowie privaten Konsumausgaben. Hinsichtlich der Konsumausgaben des Staats wurde der Wegfall der pandemiebedingten Mehrausgaben deutlich zu schwach eingeschätzt. Bei den privaten Konsumausgaben wurde der durch die hohe Inflationsdynamik einhergehende Reallohnverlust deutlich unterschätzt. Dennoch hielt das ifo Institut in der Sommerprognose 2023 an der Erholung des privaten Konsums ab der zweiten Jahreshälfte fest, senkte jedoch in der Jahresdurchschnittsbetrachtung den Rückgang im privaten Konsum von -0,8% auf -1,7%. Allerdings liefen die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen erheblich besser als es das ifo Institut im Frühjahr erwartet hatte. Dennoch blieb das ifo Institut dabei, dass die Bauproduktion infolge der hohen Bau- und der gestiegenen Finanzierungskosten im Jahresdurchschnitt sinken dürfte. Für den Außenbeitrag erwartete das ifo Institut in seiner Sommerprognose 2023 einen etwas größeren Wachstumsbeitrag zum BIP. Wesentlich dazu beigetragen hat die Revision der amtlichen Statistik und eine weniger dynamische Einschätzung zur Erholung der Importe. Insgesamt überwog die Abwärtskorrektur der inländischen Verwendung, so dass die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP für das Jahr 2023 auf -0,4% herabgesetzt wurde (vgl. Wollmershäuser et al. 2023b).

An der in der Frühjahrs- und Sommerprognose erwarteten gesamtwirtschaftlichen Erholung in der zweiten Jahreshälfte konnte aufgrund der konjunkturellen Abkühlung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen im zweiten Quartal 2023 in der Herbstprognose 2023 nicht mehr festgehalten werden. Die amtlichen Zahlen für das zweite Quartal 2023 wiesen eine Stagnation des preisbereinigten BIP aus – in der Sommerprognose wurde ein leichter Anstieg (0,1%) veranschlagt. Die Konsumkonjunktur war infolge der immer noch hohen Inflation und der dadurch sinkenden realen verfügbaren Einkommen weiter angeschlagen. Die Entwicklung der privaten Konsumausgaben wurde deutlich unterschätzt, was insbesondere an der schlechteren Ausgangslage der amtlichen Ergebnisse aus dem Sommer lag. Zudem führten die starken Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank zur Verschärfung der Finanzierungsbedingungen im Baugeschäft. Wenngleich die angebotsseitigen Lieferengpässe, die vor allem im Jahr 2022 die Produktion hemmten, spürbar nachließen, machte sich nun die nachfrageseitige Abkühlung der Weltkonjunktur bemerkbar. Die Exporte brachen laut Statistischem Bundesamt im zweiten Quartal 2023 um -1,1% zum Vorquartal ein. Für die zweite Jahreshälfte 2023 prognostizierte das ifo Institut bei langsam sinkenden Verbraucherpreisen und weiter kräftig steigenden verfügbaren Einkommen ein Kaufkraftplus, welches zu einer Erholung der privaten Konsumausgaben führt. In Anbetracht der Einkommens- und Zinsentwicklung und der weiterhin

Tab. 2.3
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Herbstprognose		ifo Winterprognose		Prognosekorrektur für 2023	
	Prognosewerte für 2023		Prognosewerte für 2023		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	
Inlandsnachfrage	-0,7	-0,7	-0,8	-0,8	-0,2	-0,1
Privater Konsum	-0,5	-0,3	-1,1	-0,6	-0,6	-0,3
Staatlicher Konsum	-2,5	-0,6	-2,1	-0,5	0,4	0,1
Bauten	-1,4	-0,2	-1,5	-0,2	-0,1	0,0
Ausrüstungen	3,1	0,2	3,8	0,2	0,7	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,1	0,0	-0,7	0,0	-0,6	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,1	-	0,1	-	0,0
Außenbeitrag	-	0,2	-	0,5	-	0,3
Ausfuhr	-0,6	-0,3	-2,0	-1,0	-1,4	-0,7
Einfuhr	-1,1	0,6	-3,2	1,6	-2,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	0,1	0,1

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Tab. 2.4

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2023

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision ^a der VGR			Prognosefehler ^b	Prognoseanpassung ^c
		Überhang	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
		(I)	2023 (II)	2023 (III)	2023 (IV)	2023 (V)
Inlandsnachfrage	-0,2	0,0	0,1	0,1	-0,2	-0,1
Privater Konsum	-0,6	0,1	-0,5	0,1	-0,2	-0,1
Staatlicher Konsum	0,4	0,1	0,6	-0,4	0,1	0,0
Bauten	-0,1	0,0	0,0	-0,8	0,8	-0,1
Ausrüstungen	0,7	0,0	0,0	0,1	0,9	-0,3
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	0,0	0,0	-0,4	0,0	-0,2
Vorrats- veränderungen ^d	0,0	-0,1	0,2	0,2	-0,2	0,0
Außenbeitrag^d	0,3	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Ausfuhr	-1,4	0,0	-0,6	0,2	-0,6	-0,4
Einfuhr	-2,0	0,0	-0,7	0,1	-1,0	-0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	-0,1

^a Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte Quartal 2023 aus dem Herbstgutachten 2023 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des Jahres 2023. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

hohen Baupreise blieb das ifo Institut bei der Abkühlung der Baukonjunktur im laufenden Jahr. Insgesamt hielt das ifo Institut in der Herbstprognose 2023 am jahresdurchschnittlichen Rückgang des preisbereinigten BIP von 0,4% in diesem Jahr fest. Dass es trotz der Eintrübung der Konjunkturaussichten zu keiner größeren Abwärtskorrektur für das laufende Jahr kam, lag an der spürbaren Aufwärtsrevision der statistischen Ausgangsbasis. Andernfalls wäre die Prognose für das Wirtschaftswachstum im Herbst auf, ceteris paribus, -0,7% herabgesetzt worden (vgl. Wollmershäuser et al. 2023c).

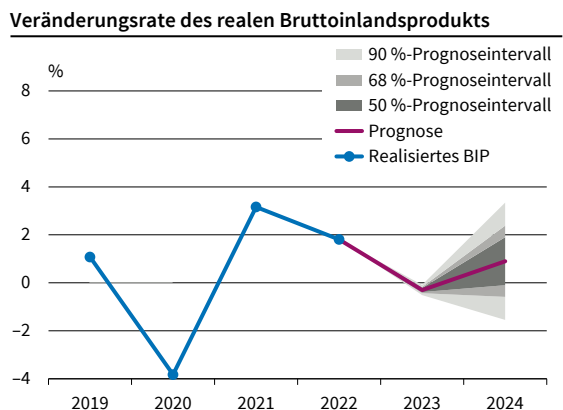
Die neuesten amtlichen Daten zum dritten Quartal 2023 weisen eine positive Revision im ersten und zweiten Quartal auf, und das dritte Quartal wies eine geringfügig höhere Wachstumsrate des preisbereinigten BIP als erwartet auf. In der vorliegenden Winterprognose 2023 wird für das vierte Quartal dennoch mit einer weiterhin schwachen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung gerechnet. Während in der Herbstprognose 2023 noch mit einem Anstieg des preisbereinigten BIP von 0,3% im Schlussquartal 2023 gerechnet wurde, geht das ifo Institut am aktuellen

Rand von einer Stagnation aus. Alles in allem hebt das ifo Institut die jährliche Veränderungsrate des preisbereinigten BIP für das Jahr 2023 um 0,1 Prozentpunkte auf -0,3% an (vgl. Tab. 2.3), was sich lediglich durch die Aufwärtsrevision der amtlichen Statistik ergibt (vgl. Tab. 2.4). Großer Treiber dieser Anpassung ist der unterschätzte Außenbeitrag. In Anbetracht der Revision im ersten Quartal und des Prognosefehlers im dritten Quartal wurden die Importe und Exporte deutlich nach unten korrigiert. Hierbei ist die Prognosekorrektur bei den Importen mit -2,0 Prozentpunkten deutlich größer als bei den Exporten mit -1,4 Prozentpunkten, was zu einem positiveren Außenbeitrag führt als noch im Herbst angenommen wurde. Hingegen überschätzte das ifo Institut die Binnennachfrage. Maßgeblich hierfür sind die unerwartet schwachen privaten Konsumausgaben und sonstigen Anlageinvestitionen. Bei den privaten Konsumausgaben ist dies insbesondere der Revision im ersten Quartal und der überschätzten Entwicklung im dritten Quartal geschuldet. Entgegengesetzt hierzu wurden die Jahreswachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen und die Konsumausgaben des Staats heraufgesetzt.

herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z. B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ±0,1 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von -0,3% reicht das Intervall also von -0,4%

bis -0,2%. Die Punktprognose von -0,3% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.3). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf ±1,5 Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von +0,9% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von -0,6% bis +2,4%.

Abb. 2.3



Ein bedeutendes Risiko für die vorliegenden Prognose ist der weitere finanzpolitische Kurs. Es wird angenommen, dass ungeachtet der Haushaltslücke alle bisher geplanten finanzpolitischen Maßnahmen im Prognosezeitraum umgesetzt werden. Da es allerdings als unwahrscheinlich gilt, dass die Bundesregierung für das Jahr 2024 erneut wegen einer außergewöhnlichen Notsituation eine Ausnahme von den Vorgaben der Schuldenbremse oder mit den Stimmen der Opposition ein weiteres Sondervermögen zur Finanzierung von Investitionen in die Klimaneutralität beschließt, wird die Bundesregierung wohl versuchen, durch Konsolidierung einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Allerdings ist aus heutiger Sicht völlig unklar, in welchem Umfang Ausgaben gekürzt bzw. Abgaben erhöht werden, und was daher konkret in die Basisprognose eingestellt werden muss.

Da solche Konsolidierungsmaßnahmen allerdings die Konjunktur dämpfen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die vorliegende Basisprognose zu optimistisch ist. So dürften nach Schätzungen mit dem ifo-DSGE-Modell Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von beispielsweise 20 Mrd. Euro mit einem Wachstumsverlust von etwa 0,2 Prozentpunkten im kommenden Jahr einhergehen (vgl. Box »Zur Abschätzung der konjunkturellen Risiken der Haushaltslücke«). Würden die Maßnahmen so umgesetzt werden, wie es in der Simulation unterstellt wurde, läge der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr nur noch bei 0,7%.

Zusätzlich stellt die hohe Unsicherheit, die derzeit vom wirtschaftspolitischen Kurs im Allgemeinen ausgeht, ein konjunkturelles Risiko dar. Würde die Unsicherheit nicht alsbald abgebaut werden, könnte sich die erwartete Erholung des privaten Konsums und der Unternehmensinvestitionen weiter verzögern. Auch können die im internationalen Teil genannten Risiken, die sich im Zusammenhang mit der weiteren Lohn- und Inflationsentwicklung im Euroraum, dem Krieg in der Ukraine und in Gaza sowie der hohen Verschuldung in China ergeben, maßgeblich die Entwicklung der globalen und damit auch der deutschen Konjunktur beeinflussen.

2.4. FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2023 die Umschichtung der aus der Corona-Pandemie »übriggeblieben« Kreditermächtigungen in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) für nichtig erklärte,

ZUR ABSCHÄTZUNG DER KONJUNKTURELLEN RISIKEN DER HAUSHALTSLÜCKE

Im November 2023 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Auffüllen des Klima- und Transformationsfonds mit nicht verwendeten Kreditermächtigungen in Höhe von knapp 60 Mrd. Euro für verfassungswidrig und nichtig. Zuvor hatte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU dagegen geklagt. Insbesondere wurde die nachträgliche Umwidmung der Finanzmittel als nicht-konform mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse angesehen. Neben den direkten Auswirkungen auf die Rücklage der Klima- und Transformationsfonds hat das Urteil auch Folgen für weitere Extrahaushalte, wie den Wirtschaftsstabilisierungsfonds und das Sondervermögen zur Aufbauhilfe der Flutkatastrophe im Ahrtal, aber auch Auswirkungen auf den Kernhaushalt des Bundes dürften nicht ausgeschlossen sein.

Die Maßnahmen im Klima- und Transformationsfonds selbst setzen sich vor allem aus Investiti-

onzuschüssen und Subventionen für Unternehmen zusammen. Dazu zählen Mittel für die energetische Sanierung von Gebäuden, verschiedene Kompensationen für stromintensive Unternehmen, aber auch Förderungen der Verkehrsinfrastruktur oder Zuschüsse für Mikrochip-Hersteller. Kürzungen dieser Programme sind nur teilweise möglich, da bereits rechtliche Vereinbarungen seitens des Staats eingegangen wurden. Auch über die Extrahaushalte hinaus sind bei einigen Haushaltsposten aufgrund von rechtlich-technischen Gegebenheiten, wie der Erhöhung des Bürgergelds, Konsolidierungsmaßnahmen nur schwierig umzusetzen.

In jedem Fall ist aber eine Finanzierungslücke im Staatshaushalt des kommenden Jahres entstanden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Bundesregierung versuchen, die Lücke auch durch Konsolidierungsmaßnahmen zu schließen. Die gesamtwirtschaft-

lichen Auswirkungen dieser Maßnahmen können mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells geschätzt werden. Dabei handelt es sich um ein umfassendes makroökonomisches Modell, das aus drei mikrofundierten Regionen – Deutschland, dem Rest des Euroraums und dem Rest der Welt – besteht. Reale und nominale Friktionen gewährleisten, dass das Modell bei Simulationsrechnungen realistische Anpassungsdynamiken entfaltet. Die Simulationsergebnisse basieren auf einer aktuellen Parameterschätzung.

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden im Modell als Fiscal-News-Shocks implementiert. Es wurde unterstellt, dass noch im laufenden Jahr Maßnahmen angekündigt werden, die ab Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten. Da aus heutiger Sicht völlig unklar ist, in welchem Umfang Ausgaben gekürzt bzw. Abgaben erhöht werden und ob es sich dabei um bereits existierende Maßnahmen oder um Maßnahmen handeln wird, die erst im Zuge der jüngst beschlossenen fiskalischen Pakete im kommenden Jahre neu in Kraft treten sollten, werden die Auswirkungen eines pauschalen Maßnahmenpakets simuliert. Für die Simulation des Konsolidierungsbedarfs des gesamtstaatlichen Haushalts wird angenommen, dass er im Prognosezeitraum und die Jahre darüber hinaus bei 20 Mrd. Euro pro Jahr liegt. Ein Drittel davon wird durch eine im Vergleich zur Basisprognose zusätzliche Belastung der Unternehmen getragen. Hierzu könnte bspw. der Wegfall der geplanten Zuschüsse für die Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte, eine geringere Absenkung der Stromsteuer für Unternehmen oder aber die Streichung sonstiger Subventionen zählen. Ein weiteres Drittel wird durch eine im Vergleich zur Basisprognose zusätzliche Belastung der privaten Haushalte getragen. Hierzu könnte bspw. eine geringere Anhe-

bung der Grund- und Kinderfreibeträge bei der Einkommensteuer zählen. Das letzte Drittel wird durch eine Absenkung der in der Basisprognose eingestellten öffentlichen Nachfrage finanziert. Hierzu könnte bspw. das Streichen staatlicher Investitionsvorhaben oder das Kürzen von geplanten Ausweitungen der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit der Kindergrundsicherung zählen.

Nach der Schätzung dürfte die Haushaltskonsolidierung im Umfang von 20 Mrd. Euro den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr um etwa 0,2 Prozentpunkte und im Jahr 2025 um weitere 0,05 Prozentpunkte dämpfen (vgl. Tab. 2.5). Neben der unmittelbaren Absenkung der öffentlichen Nachfrage würden vor allem die Investitionen der Unternehmen und der privaten Haushalte gesenkt werden. Die privaten Konsumausgaben profitieren per saldo geringfügig insbesondere von der Zinssenkung der Europäischen Zentralbank. Da die staatlichen Kürzungen in den Folgejahren nicht zurückgenommen werden, wird das Niveau der Wirtschaftsleistung dauerhaft niedriger sein. Entsprechend sind weitere signifikante Effekte auf die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts nach dem Jahr 2025 nicht zu erwarten. Wenn man den Umfang der Konsolidierungsmaßnahmen verdoppeln würde (auf also insgesamt 40 Mrd. Euro pro Jahr), würden auch die realwirtschaftlichen Effekte zweimal so groß ausfallen und sich der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den kommenden beiden Jahren um zusammengekommen 0,5 Prozentpunkte verringern. Damit besteht durch die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordenen Konsolidierungsmaßnahmen ein Abwärtsrisiko für die vorliegende Konjunkturprognose.

Tab. 2.5
Konjunkturelle Auswirkungen von Konsolidierungsmaßnahmen^a

Abweichung von der Vorjahresveränderungsrate des Basisszenarios in Prozentpunkten								
	Bruttoinlandsprodukt ^b	Private Konsumausgaben ^b	Bruttoanlageinvestitionen ^b der nicht-staatlichen Sektoren	Exporte ^b	Importe ^b	Außenbeitrag (in Prozentpunkten des BIP)	Arbeitsvolumen	Bruttolöhne und -gehälter
2024	-0,20	0,10	-0,31	-0,13	-0,22	0,03	-0,32	-0,06
2025	-0,05	0,01	-0,35	-0,03	-0,06	0,05	-0,05	-0,02

^a Die Konsolidierungsmaßnahmen haben einen Umfang von 20 Mrd. Euro pro Jahr. Sie umfassen zusätzliche Belastungen der Unternehmen (1/3), zusätzliche Belastungen der privaten Haushalte (1/3), sowie eine Absenkung der öffentlichen Nachfrage (1/3). Die Maßnahmen treten ab Beginn des Jahres 2024 in Kraft. ^b preisbereinigt

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts mit dem ifo-DSGE-Modell.

© ifo Institut Dez. 2023

stehen sämtliche verabschiedete und geplante finanzpolitische Maßnahmen im Fokus der öffentlichen Debatte. Da aus heutiger Sicht völlig unklar ist, wie genau die durch das Urteil entstandene Haushaltslücke geschlossen wird, wird in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen, dass alle bereits von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen, egal ob im KTF, anderen Sondervermögen oder im regulä-

ren Haushalt, wie geplant durchgeführt werden. Eine Ausnahme stellen hierbei die im Finanzplan des Wirtschaftsstabilisierungsfonds aufgestellten Ausgaben für die Strom- und Gaspreisbremse dar. Aufgrund der Tatsache, dass bei den meisten Versorgern die Preise für Strom und Gas schon länger unter den Preisgrenzen liegen, war aber so oder so nur noch mit geringen Ausgaben zu rechnen. Da allerdings absehbar ist,

dass zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen zum Schließen der Haushaltslücke notwendig sind, erfolgt die Aufstellung der finanzpolitischen Maßnahmen und der daraus folgenden Ableitung des finanzpolitischen Impulses unter erhöhter Unsicherheit.

Im laufenden Jahr ist die Finanzpolitik nach der Maßnahmenmethode leicht expansiv ausgerichtet (vgl. Tab. 2.6). Haupttreiber dafür sind Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Energiekrise. Auf der Einnahmenseite sind dies insbesondere die Umsatzsteuersteuersenkung auf Gas, aber auch die starke Anpassung des Einkommensteuertarifs und die abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien sind Maßnahmen, die infolge der hohen Preissteigerungen verabschiedet wurden. Ausgabenseitig machen die Energiepreisbremsen den größten Posten im laufenden Jahr aus, trotz deutlich geringerer Ausgaben als noch zu Beginn des Jahres veranschlagt. Zusätzlich wirken die Einführung oder Ausweitung einiger Sozialleistungen, wie dem Bürgergeld, expansiv. Demgegenüber stehen auslaufende Krisenmaßnahmen, sowohl zur Bekämpfung der Corona-Pandemie als auch zur Abmilderung der Energiekrisen, die jedoch die zusätzlichen Ausgaben im laufenden Jahr nicht aufwiegen.

Im Jahr 2024 werden einnahmeseitig die temporären Umsatzsteuersenkungen auf Gas und in der Gastronomie auslaufen. Weiterhin steigen die Einnahmen aus dem nationalen und europäischen Emissionshandel wieder. Im Jahr 2023 war der Anstieg des nationalen CO₂-Preises noch ausgesetzt worden. Positiv auf die Staatseinnahmen wirkt außerdem die Erhöhung und Ausweitung der LKW-Maut. Bereits vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt hatte die Ampel-Koalition eine Senkung der Stromsteuer, unter anderem als Ausgleich für den Wegfall des Spitzenausgleich, auf den Weg gebracht. In dieser Prognose wird unterstellt, dass diese Maßnahme nicht von einer eventuellen Haushaltskonsolidierung betroffen ist. Dies betrifft ebenfalls die Vorhaben Wachstumschancengesetz und Zukunftsfinanzierungsgesetz. Bei den Sozialversicherungen entfaltet die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags erstmals seine volle Jahreswirkung. Bei den Staatsausgaben wirken die aus dem WSF finanzierten Maßnahmen (Preisbremsen, Härtefallhilfen und Hilfen für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen) restriktiv. Eine erhebliche expansive Wirkung wird aus den zusätzlichen Ausgaben des KTF erwartet. Die daraus finanzierten Maßnahmen, wie Programme zur energetischen Gebäudesanierung und Dekarbonisierung, werden annahmegemäß weiterhin durchgeführt. Im Saldo ist von der Finanzpolitik kein nennenswerter Impuls auszugehen.

Im Jahr 2025 schwenkt die Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs ein, trotz dann neu eingeführter Maßnahmen wie der Kindergrundsicherung. Dazu trägt insbesondere das endgültige Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien bei, die auch noch im Jahr 2024 ein erhebliches Volumen erreichen dürften.

2.5. LEITZINSEN SINKEN IM NÄCHSTEN JAHR WIEDER – FINANZIERUNGSUMFELD BLEIBT ABER SCHWIERIG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat nach den kräftigsten Leitzinserhöhungen seit ihrem Bestehen zuletzt keine weiteren Zinsschritte unternommen. Zuvor hatte sie die Leitzinsen zwischen Juli 2022 und September 2023 zehnmal in Folge um insgesamt 450 Basispunkte erhöht. Damit liegen die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zuletzt bei 4,5%, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,75% und für die Einlagefazilität bei 4%. Aus Sicht der Notenbank leistet eine ausreichend lange Verweildauer auf diesem erhöhten Niveau einen wesentlichen Beitrag, um zeitnah zum mittelfristigen Inflationsziel von 2% zurückzukehren.

Zur Straffung der Geldpolitik trägt neben den gestiegenen Leitzinsen auch der Abbau des Anleihebestands bei, was die langfristigen Kapitalmarktzinsen über anziehende Terminprämien leicht erhöhen dürfte. Seit Juli werden im regulären Ankaufprogramm (Asset Purchase Programme, APP) keine Tilgungsbeiträge mehr angelegt, was seitdem zu einer Reduktion des Bestands von durchschnittlich 28 Mrd. Euro pro Monat geführt hat. Ende November betragen die Bestände im APP und im Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) rund 3 038 Mrd. Euro bzw. 1 669 Mrd. Euro. Im Gegensatz zum APP sind beim PEPP bisher vollständige Reinvestitionen auslaufender Anleihen bis Ende 2024 geplant, welche flexibel über die Zeit, Anlageklassen und Mitgliedstaaten hinweg vorgenommen werden können. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems ist im Zuge der quantitativen Straffung und aufgrund der Rückzahlung der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) seit dem Höhepunkt Mitte 2022 um insgesamt rund 1 800 Mrd. Euro auf zuletzt 7 000 Mrd. Euro gefallen.

Angesichts der strafferen Geldpolitik sind die Finanzierungskosten weiterhin erhöht. Auf dem Geldmarkt vollzog der Dreimonats-EURIBOR die Anstiege der Leitzinsen nach und lag zuletzt bei 4% (vgl. Abb. 2.4 A). Die Kapitalmarktzinsen zogen im September und Oktober temporär deutlich an. Ursächlich dafür dürfte vor allem der deutliche Renditeanstieg bei US-Staatsanleihen gewesen sein, der sich über den internationalen Zinsverbund auch auf hiesige Anleihen auswirkte. Im Zuge niedrigerer Inflationszahlen und angesichts eines gedämpften Konjunkturausblicks sanken die Kapitalmarktzinsen anschließend aber wieder, sodass die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen im November mit 2,6% nur leicht über dem Niveau aus der ersten Jahreshälfte lag. Eine ähnliche Beobachtung gilt auch für die Umlaufrenditen deutscher Unternehmensanleihen, die zuletzt im Durchschnitt 4,2% betragen. Dabei ist die Zinsstrukturkurve bereits seit geraumer Zeit invers, d. h. die Renditen langlaufender Anleihen sind niedriger als die von kurzlaufenden Anleihen.

Tab. 2.6

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge	-12,3	-14,7	-2,8
Absenkung der Energiesteuer von Juni bis August 2022	3,2	0,0	0,0
Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024	-5,3	4,4	0,0
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,0	2,8	0,4
Inflationsausgleichsprämie	-9,0	3,2	6,9
Anhebung der Tabaksteuer	0,6	0,0	0,9
Einnahmen Emissionshandel (BEHG & ETS)	0,4	3,2	4,6
Degressive AfA (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz)	0,3	3,7	3,2
Mindereinnahmen durch steigende Abzugsfähigkeit von RV-Beiträgen	-1,6	-1,6	-1,6
Jahressteuergesetz 2022 ^c	-3,1	0,2	1,0
Anhebung Lkw-Maut	0,7	7,1	0,9
Wachstumschancengesetz	0,0	-2,7	-4,9
Zukunftsfinanzierungsgesetz	0,0	-0,6	-0,3
Senkung Stromsteuer	0,0	-3,0	0,0
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer	0,0	1,5	0,0
Anhebung Grund- und Kinderfreibeträge 2024	0,0	-1,9	0,0
Ausgleich kalte Progression 2025	0,0	0,0	-3,5
Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten	0,6	-0,6	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d	-1,2	-2,1	3,4
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	3,5	3,0	0,0
Erhöhung des Beitrags in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,2	3,4	0,0
Erhöhung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,6	0,0	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	-0,3	0,0	0,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	-1,3	0,0	0,0
Inflationsausgleichsprämie	-12,0	4,2	9,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Gas- und Strompreisbremsen	-25,0	25,0	0,0
Dezember-Abschlag für Gasrechnung	5,0	0,0	0,0
Härtefallhilfen	-2,0	2,0	0,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	-2,5	2,5	0,0
Schutzausrüstung, Schnelltest und Impfkampagne	16,0	0,0	0,0
Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige	11,0	0,0	0,0
Kinderbonus 2022	1,7	0,0	0,0
Erhöhung Kindergeld	-6,3	1,5	0,0
Heizkostenzuschüsse	1,1	0,0	0,0
Wohngeldreform	-3,6	0,3	-0,3
9-Euro-Ticket/49-Euro-Ticket	0,5	-1,0	-0,5
Einführung und Erhöhung Bürgergeld	-4,8	-4,3	-2,0
Energiepreispauschalen (Erwerbstätige, Rentner, Studierende)	16,7	-0,3	0,0
Zusätzliche Ausgaben für Maßnahmen des KTF	-8,0	-18,0	0,6
Mehrausgaben für Verteidigung/Aufstockung Bundeswehretat	-2,0	-5,0	-2,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	4,0	0,0	0,0
Ertüchtigungshilfe/Unterstützungsleistungen Ukraine	-4,0	-4,0	6,0
zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	-0,5	-1,8	0,0
Verstaatlichung/Unterstützung Gasimporteure	22,0	0,0	0,0
Kindergrundsicherung	0,0	0,0	-2,4
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	0,0	-2,0	-3,0
Sonstige Maßnahmen ^e	-1,1	2,5	1,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	0,0	0,3	-1,0
Pflegepersonalstärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,5	-0,5	-0,5
Grundrente	0,8	-0,2	-0,1
Höhere Zahlungen für Kinder-Arzneimittel	-0,2	0,0	0,0
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3	0,0
Insgesamt	-11,7	6,6	13,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-0,3	0,2	0,7

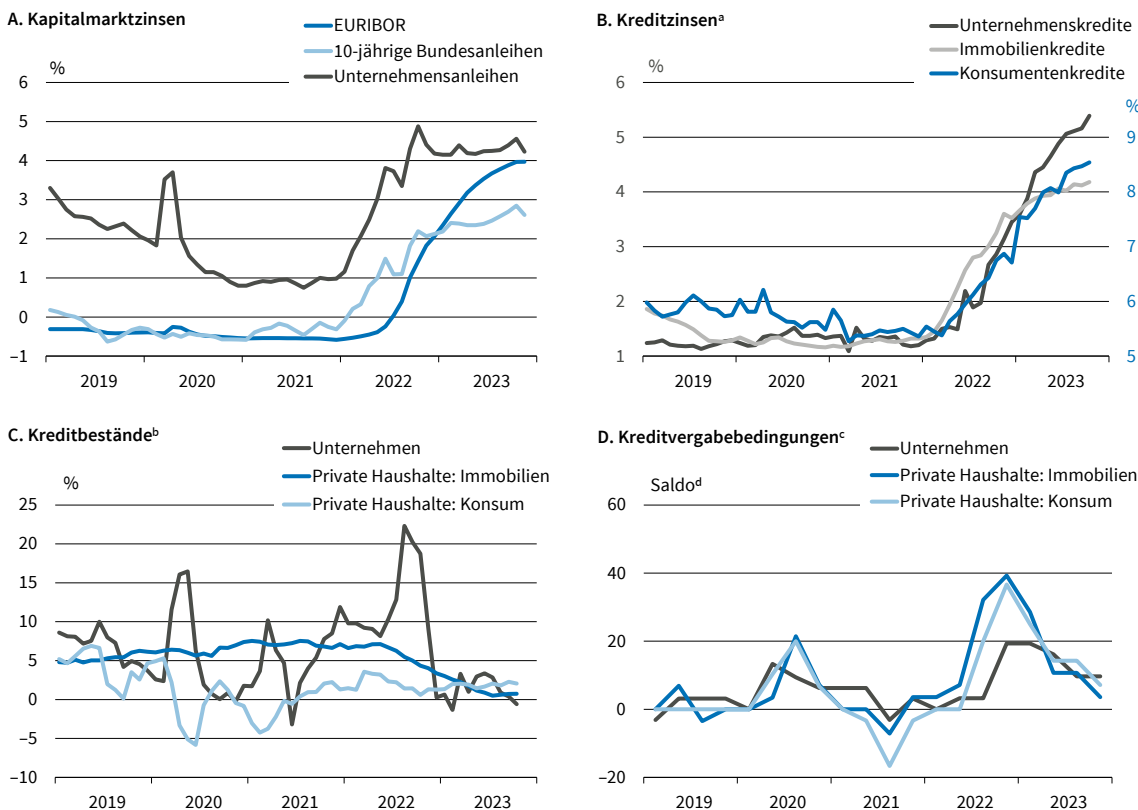
^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c u.a. Entfristung Home-Office-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag ^d u.a. Zweites Familienentlastungsgesetz, Drittes Corona-Steuerhilfegesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Forschungszulagengesetz, Fondsstandortgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrecht, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge. ^e Einmalzahlung in der Grundsicherung (Corona und Energiekrise), Pflegebonus 2022, Wiederaufbaufonds »Aufbauhilfe« 2021, Änderungen beim Bafög, Integration und Unterstützung Ukraineflüchtlinge, Kürzung Elterngeld für Spitzenverdienende, Aufstockung Gasreserve, LNG-Terminals, Zusätzliche Mittel für Hochschulen.

Quelle: Bundesregierung, Finanzministerien der Länder, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Abb. 2.4

Zur monetären Lage in Deutschland



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in % (annualisiert), saisonbereinigt). ^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Die Kreditzinsen setzten bis zuletzt ihren seit Frühjahr 2022 anhaltenden Aufwärtstrend fort und betragen im Oktober 2023 durchschnittlich 5,4% für Unternehmen und 4,2% für Immobilienfinanzierungen, was einem Anstieg von 4,1 bzw. 2,8 Prozentpunkten gegenüber Januar 2022 entspricht (vgl. Abb. 2.4 B).¹ Die stark gestiegenen Zinsen dürften auf der Nachfrageseite ein wesentlicher Grund für die schwache Entwicklung bei den Kreditvolumen sein, welche zuletzt sowohl für Unternehmen als auch für Haushalte weitgehend stagnierten (vgl. Abb. 2.4 C). Während die Neukreditvergabe an Unternehmen aufgrund rückläufiger Anlageinvestitionen moderat gesunken ist, brach das Neugeschäft für Immobilienkredite in diesem Jahr gegenüber dem Jahr 2021 um rund die Hälfte ein. Laut Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) ist die schwache Kreditvergabe jedoch nicht nur in nachfrageseitigen, sondern auch in angebotsseitigen Faktoren begründet. So berichten die Banken, dass sie die Kreditrichtlinien im dritten Quartal weiter verschärft haben, welches sie mit einem gestiegenen Kreditrisiko im Zuge der sich abschwächenden Konjunkturaussichten begründeten (vgl. Abb. 2.4 D). Auch die im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen befragten Unternehmen

berichten von einem zunehmend restriktiveren Kreditvergabeverhalten der Banken.

Angesichts der deutlich sinkenden Inflationsraten im Euroraum hat die Geldpolitik der EZB ihren Zinsgipfel wohl erreicht. Im Frühsommer des kommenden Jahres dürfte sie eine erste Leitzinssenkung beschließen und dann den Einlagesatz und den Hauptrefinanzierungssatz bis Mitte 2025 allmählich um 175 Basispunkte auf 2,25% bzw. 2,75% senken (vgl. Tab. 2.7). Eine solche Anpassung dürfte auch insofern angebracht sein, um angesichts gesunkener Inflationserwartungen den geldpolitischen Restriktionsgrad über den Realzins nicht weiter zu erhöhen. Ohnehin dürften die bereits ergriffenen restriktiven Maßnahmen erst allmählich ihre vollständige realwirtschaftliche Wirkung entfalten. Die EZB dürfte die eingeleitete quantitative Straffung im APP-Ankaufprogramm in den nächsten Quartalen fortsetzen, wobei perspektivisch auch die teilweise oder vollständige Einstellung der Reinvestitionen im PEPP zur Diskussion stehen dürfte.

Trotz sinkender Leitzinsen werden die langfristigen Kapitalmarktzinsen im Prognosezeitraum voraussichtlich weitgehend konstant bleiben. Grund dafür ist, dass der zukünftige Zinspfad bereits weitgehend antizipiert sein dürfte. Zudem wird sich der Abbau des Wertpapierbestands tendenziell zinssteigernd auswirken. Die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen

¹ Die Daten des Anbieters Interhyp, die in höherer Frequenz vorliegen, deuten jedoch einen Rückgang der Immobilienkreditzinsen seit Anfang November an.

Tab. 2.7

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

	2022	2023	2024	2025
Rohöl USD/Barrel (Brent)	98,7	82,5	81,3	77,3
Erdgas EUR/MWh (ICE Natural Gas Germany)	134,4	42,8	47,1	43,9
Strom EUR/MWh (European Energy Exchange)	234,8	97,1	110,6	110,2
Wechselkurs USD/EUR	1,05	1,08	1,09	1,09
Hauptrefinanzierungssatz der EZB in % ^a	0,9	4,1	4,3	2,9
EURIBOR Dreimonatsgeld in %	0,3	3,4	3,7	2,3
Kapitalmarktzins (10-jährige Bundesanleihe) in %	1,3	2,6	2,6	2,5
Welthandel ^b	3,3	-2,1	1,6	4,4

^aJahresdurchschnitt der Quartalsendstände. ^b Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

dürften daher im Jahr 2025 mit 2,5% in etwa auf dem derzeitigen Niveau verharren. Da gleichzeitig die Kurzfristzinsen sinken werden, sollte sich spätestens im übernächsten Jahr die Inversion der Zinsstrukturkurve auflösen. So dürfte der Dreimonats-EURIBOR ab Mitte 2025 bei 2,25% liegen. Wie die längerfristigen Kapitalmarktzinsen werden auch die langfristigen Kreditzinsen für Unternehmen und Haushalte von ihrem aktuell hohen Niveau voraussichtlich nur allmählich sinken, so dass die Erholung der Kreditnachfrage eher langsam voranschreiten wird. Auch die verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken dürften zu einem insgesamt herausfordernden Finanzierungsumfeld für Haushalte und Unternehmen im Prognosezeitraum beitragen.

2.6. WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass sich die Energiepreise im weiteren Verlauf gemäß den Erwartungen auf den Terminmärkten entwickeln. Entsprechend wird der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent von durchschnittlich 82,5 US-Dollar in diesem Jahr auf 81,3 und 77,3 US-Dollar in den Jahren 2024 und 2025 sinken. Erdgas und Strom werden sich wieder etwas verteuern, aber deutlich günstiger bleiben als im Jahr 2022. Außerdem wird angenommen, dass der Euro in den kommenden beiden Jahren durchschnittlich 1,09 US-Dollar kostet und damit im Vergleich zum laufenden Jahr leicht aufwerten wird.

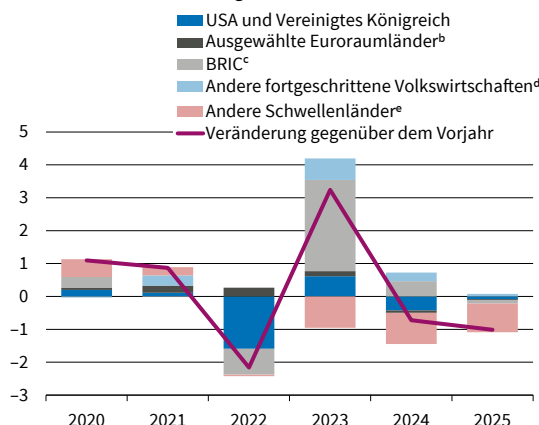
Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, die auf Basis der projizierten Verbraucherpreisindizes 24 ausgewählter Handelspartner berechnet wird, hat sich in diesem Jahr um 3,2% verschlechtert (vgl. Abb. 2.5 A). Dies ist vor allem auf die Wechselkursentwicklungen gegenüber China und den USA zurückzuführen. Seit Dezember 2022 wertete der Euro gegenüber dem Renminbi um 4,1% und gegenüber dem Dollar um 1,9% auf; zwischenzeitlich stieg der Euro-Dollar-Wechselkurs sogar um 4,7%. Lediglich gegenüber dem britischen Pfund wertete der Euro um 2,3% ab, was die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber

britischen Exporteuren verbesserte. Für den weiteren Prognosezeitraum dürfte der Preisrückgang in Deutschland stärker als in den übrigen Volkswirtschaften ausfallen, was die Kaufkraft des Euros weiterhin stärken und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure vor allem gegenüber den USA, dem Vereinigten Königreich sowie Schwellenländern

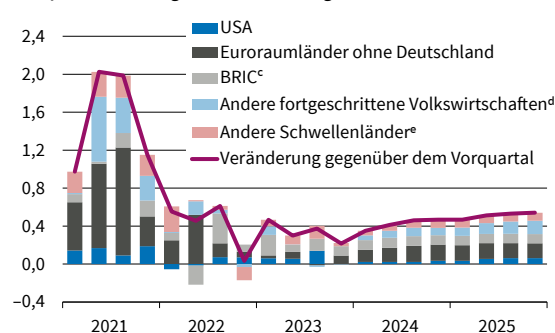
Abb. 2.5

Exportindikatoren
Prozentpunkte bzw. %

A. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit^a



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindikators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD;

Berechnungen des ifo Instituts;

2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

wie Mexiko, der Türkei, Polen und Ungarn verbessern dürfte. Für 2024 ist damit zu rechnen, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit um 0,7 % und im Jahr 2025 um 1,0 % jeweils zum Vorjahr verbessern wird (vgl. Abb. 2.5 A), wobei die besagten Schwellenländer hierzu den größten Beitrag leisten dürften.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, dürfte die Weltwirtschaft im Winterhalbjahr nur moderat und ab dem kommenden Jahr mit kräftigeren Raten expandieren. Der kräftige Wachstumsbeitrag zum Weltnachfrageindikator aus den USA im vergangenen Quartal dürfte zum Jahresende ausbleiben und über das kommende Jahr hinweg gering ausfallen, während die Beiträge zur Weltnachfrage aus dem Euroraum bereits zu Jahresbeginn an Bedeutung gewinnen. Insgesamt dürfte sich die Weltnachfrage nach deutschen Exporten allmählich beschleunigen (vgl. Abb. 2.5 B).

2.7. PREISDRUCK ENTSPANNT SICH IN DER BREITE

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) hat sich zuletzt spürbar abgeschwächt. Im November ging die Inflationsrate auf 3,2 % zurück, nachdem sie zu Jahresbeginn noch bei über 8 % lag. Durch die Vorjahresbetrachtung war die Inflationsrate lange Zeit durch die kräftigen Preisschübe im vergangenen Jahr geprägt, obwohl der zugrundeliegende Preisauftrieb bereits in den vergangenen Quartalen deutlich abgenommen hatte. So stiegen die Verbraucherpreise im zweiten und dritten Quartal jeweils nur noch um 0,8 % bzw. auf das Jahr hoch gerechnet um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal. Im Mittel von Oktober und November legten die Verbrauchpreise sogar nur noch um 0,3 % gegenüber dem dritten Quartal zu. Der gesunkene Preisdruck spiegelt sich nun also auch in einem Rückgang der Vorjahresrate wider.

Einen wichtigen Beitrag zur abnehmenden Teuerung leistete die Energiekomponente. Nachdem die Energiepreise im vergangenen Jahr um rund 30 % gestiegen waren, schwächten sie sich im laufenden Jahr deutlich ab und sanken im November um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dazu beigetragen hat unter anderem der seit Sommer 2022 stark gesunkene Rohölpreis. Zwar stieg der Weltmarktpreis für Öl zwischen Juli und September dieses Jahres zeitweise wieder an, jedoch kehrte sich dieser Trend seit Oktober um, so dass sich der Rohölpreis nun wieder etwa auf dem Niveau aus dem Frühsommer bewegt. Die Schwankungen beim Rohöl spiegelten sich in den Verläufen der Kraftstoff- und Heizölpreise auf der Verbraucherstufe wider. Gemäß Terminmarktnotierungen dürften die Rohölpreise im Prognosezeitraum von ihrem aktuellen Niveau noch leicht sinken.

Auch die Großhandelspreise für Strom und Gas, die nach ihrem Höhepunkt im Herbst 2022 deutlich gesunken sind, haben zur Abschwächung der Energiepreis-inflation beigetragen. Aufgrund der langfristigen

Beschaffungsstrategie der Energieversorger kamen die Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe mit einiger Verzögerung an, so dass die Vertragspreise für Gas und Strom erst im vierten Quartal 2022 bzw. im ersten Quartal 2023 ihre Höchststände erreichten.² Allerdings wirkt die vorausschauende Einkaufspolitik der Versorgungsunternehmen nun einem schnelleren Absinken der Verbraucherpreise entgegen, da Energie über Terminmarktgeschäfte auch in der Phase hoher Preise kontraktiert wurde. Damit trägt sich die abschwächende Teuerung ins nächste Jahr – gerade zum Jahreswechsel dürften Verträge vielerorts nochmals nach unten angepasst werden. Bei Gas sorgt allerdings die für Januar geplante Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 7 % auf das ursprüngliche Niveau von 19 % für eine gegenläufige Bewegung, so dass die Gaspreise per saldo im ersten Quartal 2024 leicht über dem Niveau des Vorquartals liegen dürften. Gemäß der Terminmarktnotierungen im November dürften Strom und Gas dennoch einen negativen Beitrag zur Gesamtinflationsrate im nächsten Jahr leisten. Auch das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse zum Jahreswechsel sollte keinen neuen Preisdruck auslösen. Zwar hatten die Preisbremsen die Inflationsrate im laufenden Jahr deutlich gedämpft, indem sie einen höheren Anstieg der entsprechenden Verbraucherpreiskomponenten verhinderten. Jedoch dürfte sich der Großteil der Vertragspreise aufgrund der gesunkenen Beschaffungspreise inzwischen unter den Referenzwerten von 12 Cent/kWh (Gas) bzw. 40 Cent/kWh (Strom) bewegen und damit nicht vom Auslaufen der Preisbremsen betroffen sein.

Alles in allem dürften die Energiepreise im nächsten Jahr um 4,4 % und im übernächsten Jahr um 2,8 % sinken, nachdem der Anstieg in diesem Jahr wohl 5,4 % betragen wird.³ Die Erhöhung des CO₂-Preises auf fossile Brennstoffe dürfte dabei die Inflationsrate in den kommenden beiden Jahren um jeweils 0,1 Prozentpunkte erhöhen.⁴

Der Preisdruck nimmt aber auch in der Breite ab, was sich in einer sinkenden Kerninflationsrate (Inflation ohne Energie) bemerkbar macht. Diese lag im November bei 4,0 %, nachdem sie im ersten Quartal noch 7,6 % betragen hatte. Ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung waren die Preise für Nahrungsmittel, die bis März dieses Jahres rasant stiegen und seitdem weitgehend stagnieren. Ursächlich für den starken Anstieg der Lebensmittelpreise waren die Teuerung

² Energieversorger beginnen üblicherweise mindestens zwölf Monate im Voraus damit, Liefermengen auf den Terminmärkten zu beschaffen, während nur kleinere Mengen kurzfristig auf dem Spotmarkt eingekauft werden. Daher spiegeln die Vertragspreise der Verbraucher in einem gegebenen Jahr zu einem großen Teil die Terminmarktpreise des Vorjahres wider.

³ Im Dezember des laufenden Jahres wird es einen deutlich erhöhenden Basiseffekt aufgrund der preissenkenden Dezember-Soforthilfe für Gas und Wärme im Vorjahresmonat geben. Die Inflationsrate dürfte dadurch im letzten Monat des Jahres wieder Richtung 4 % steigen.

⁴ Im Jahr 2024 soll der CO₂-Preis von derzeit 30 auf 40 Euro pro Tonne und im Jahr 2025 auf 50 Euro pro Tonne steigen. Diese Veränderungen betreffen im Verbraucherpreisindex die Bereiche Kraftstoffe, Heizöl und Gas.

bei Energie, Rohstoffen und anderen Vorleistungsgütern, welche nun jedoch in die gegenläufige Richtung wirken. Aber auch bei den übrigen Waren und den Dienstleistungen verlangsamte sich der Preisauftrieb zuletzt merklich.

Die Abschwächung der Kerninflation dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Die Überwälzung der seit 2021 gestiegenen Produktionskosten sollte weitgehend abgeschlossen sein. Gleichzeitig signalisieren die rückläufigen Produzenten- und Importpreise einen weiter abnehmenden Preisdruck, der die Teuerung vor allem bei den Nahrungsmitteln und den übrigen Waren dämpfen sollte. Auch die Preiserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen normalisieren sich allmählich und nähern sich ihren historischen Durchschnitten an, wobei Dienstleistungsunternehmen tendenziell noch eher Preiserhöhungen planen. Daher könnte der Preisauftrieb bei den Dienstleistungspreisen, die üblicherweise träger auf Kostensteigerungen reagieren als Warenpreise (vgl. Ferrante et al. 2023), noch etwas länger anhalten. Zudem dürften die vergleichsweise hohen Lohnabschlüsse gerade im Dienstleistungssektor zu Buche schlagen, da hier die Lohnintensität der Wertschöpfung höher ist (vgl. Sachverständigenrat 2023). Allerdings dürfte zumindest ein Teil des Lohnanstiegs zu Lasten der Unternehmensgewinne gehen, die in den vergangenen Quartalen stark ausgeweitet wurden (vgl. Wollmershäuser 2023). Darüber hinaus dürfte die geldpolitische Straffung weiterhin dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirken und damit die Preiserhöhungsspielräume von Unternehmen begrenzen.

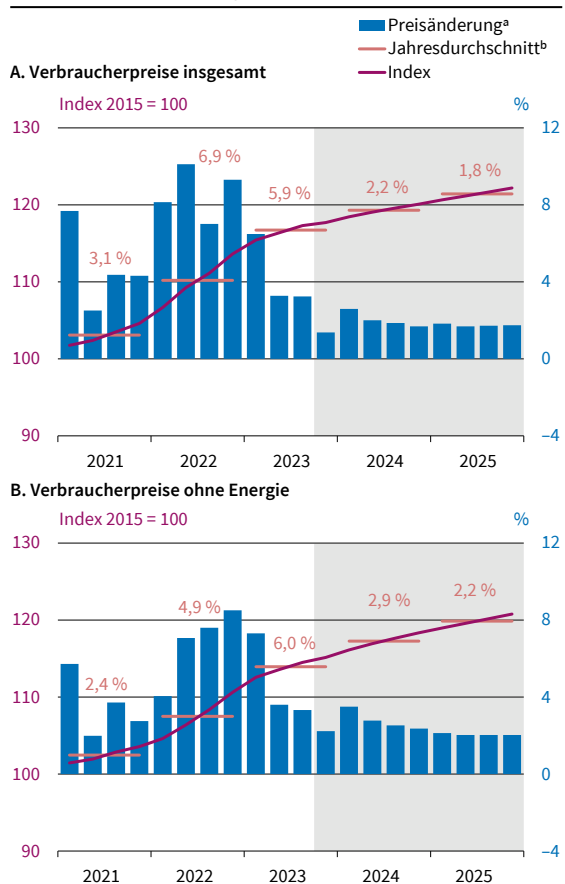
Mehrere Sonderfaktoren werden den Rückgang der Inflation im Prognosehorizont etwas verlangsamen. So dürfte das für Anfang 2024 geplante Auslaufen der reduzierten Mehrwertsteuer auf Gastronomieleistungen die Inflation im nächsten Jahr um etwa 0,15 Prozentpunkte erhöhen.⁵ Das im Mai eingeführte Deutschlandticket für die Nutzung des Nahverkehrs wird auch im nächsten Jahr noch leicht preisdämpfend wirken. Von einer möglichen Erhöhung des Ticketpreises könnte jedoch ein zusätzlicher Preisimpuls ausgehen.⁶ Darüber hinaus dürfte die Reform der Lkw-Maut die Verbraucherpreise tendenziell erhöhen.

In der Gesamtbetrachtung dürfte die Inflationsrate im laufenden Jahr 5,9% betragen, nach 6,9% im Jahr 2022 (vgl. Abb. 2.6 A). In den kommenden beiden Jahren dürfte die Inflation dann deutlich auf 2,2% (2024) und 1,8% (2025) zurückgehen. Die Kerninflationsrate dürfte nach 6,0% in diesem Jahr auf 2,9% im Jahr 2024 und 2,2% im Jahr 2025 sinken (vgl. Abb. 2.6

⁵ Sofern die Unternehmen die höhere Mehrwertsteuer vollständig an ihre Kund*innen weitergeben, würde dies rein rechnerisch die Verbraucherpreise insgesamt um rund 0,3 % erhöhen. In der Prognose wird unterstellt, dass die Weitergabe rund die Hälfte beträgt (vgl. Benzarti et al. 2023).
⁶ Beispielsweise würde eine Erhöhung des Deutschlandtickets von aktuell 49 Euro auf 69 Euro die Inflationsrate um etwa 0,2 Prozentpunkte erhöhen.

Abb. 2.6

Verbraucherpreise in Deutschland
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

B). Gegenüber der ifo Konjunkturprognose im Herbst wurde die Inflationsprognose in diesem, nächsten und übernächsten Jahr um 0,1%, 0,4% bzw. 0,1% nach unten korrigiert. Ursächlich für die Abwärtsrevision ist vor allem der nach unten angepasste Preispfad bei der Ölkomponente sowie ein schnellerer Rückgang der Preisdynamik bei der Kerninflation.

2.8. DIENSTLEISTER TRAGEN MASSGEBLICH ZUM AUFSCHWUNG BEI

Die deutsche Wirtschaft tritt seit Jahresbeginn auf der Stelle. Nach der Stagnation im ersten Quartal und einem geringfügigen Anstieg im zweiten Quartal des laufenden Jahres ist das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,1% gesunken (vgl. Tab. 2.8), wovon das ifo Institut treffsicher in seiner Herbstprognose 2023 ausgegangen ist (vgl. Wollmershäuser et al. 2023c). Wandert der Blick hingegen auf die Bruttowertschöpfung, also der reale Mehrwert der Produktion zu Herstellungspreisen, konnte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2023 hingegen ein Anstieg um 0,3% gegenüber dem Schlussquartal des Vorjahres verzeichnen. Zuletzt verfestigte sich das Bild einer industriellen Schwäche

Tab. 2.8

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

	2023				2024				2025				2023	2024	2025
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a														
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	-0,3	0,9	1,3
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,3	-0,2	0,1	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	-0,1	1,0	1,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,5	-0,5	-1,3	-0,2	0,3	0,5	0,7	0,8	0,7	0,6	0,4	0,4	-2,0	0,5	2,2
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,2	-0,9	-0,5	0,3	0,6	0,7	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	-0,3	0,3	2,4
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,5	-5,0	-4,0	2,1	0,3	0,5	0,6	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	-11,9	-0,7	0,8
Baugewerbe	5,2	-0,7	0,4	-0,9	-0,6	-0,4	-0,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	-1,7	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,4	0,1	1,7	0,3	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1	2,6	1,4
Information und Kommunikation	-0,2	1,8	0,9	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	2,6	2,7	1,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,0	-1,5	1,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,5	1,1	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	1,0	1,0	0,8
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,4	0,1	0,2	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	1,9	1,5
Öffentliche Dienstleister	0,9	-0,7	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,7	0,2	0,7
Sonstige Dienstleister	2,2	0,2	1,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	1,8	1,7	0,7

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

einerseits und einem anhaltenden Dienstleistungsaufschwung andererseits. So konnten mit Ausnahme der öffentlichen Dienstleister, deren Entwicklung weiterhin von den Konsolidierungsmaßnahmen im Nachgang der Corona-Pandemie gekennzeichnet ist, alle Dienstleistungsbereiche ihren Ausstoß im dritten Quartal 2023 teilweise kräftig ausweiten. Angesichts des Rückgangs der privaten Konsumausgaben verwundert hier zumindest die starke Entwicklung der konsumnahen Dienstleistungsbereiche.

Das Verarbeitende Gewerbe leidet bereits seit geraumer Zeit unter dem schwachen internationalen Warenkonsum, der im Gegensatz zu den Dienstleistungen deutlich besser durch die Coronakrise gekommen ist und damit nur ein geringes Erholungspotenzial bietet. Im dritten Quartal musste die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe einen deutlichen Dämpfer um 0,9% hinnehmen, was wohl zusätzlich auf Sondereffekte im Fahrzeugbau zurückzuführen ist. So fielen die Werksferien in diesem Jahr bereits in den Juli, was zu einem kräftigen Produktionsrückgang führte, der im August zu einem Gutteil wieder aufgeholt werden konnte. Zudem fehlten Vorprodukte aus dem vom Hochwasser getroffenen Slowenien. Im September 2023 fiel die Produktion im Fahrzeugbau abermals sehr kräftig, was wohl durch Produktionsstilllegungen beim größten deutschen Autobauer im

Zuge von IT-Infrastrukturproblemen zu erklären ist. Im Bereich der Energieversorgung kam es erneut zu einem kräftigen Rückgang der Bruttowertschöpfung, was wohl maßgeblich auf die anhaltende Schwäche der energieintensiven Wirtschaftsbereiche, allen voran der chemischen Industrie, zurückzuführen ist. Im Bau ist die Bruttowertschöpfung überraschenderweise und trotz der erheblichen Verwerfungen im Wohnungsbau im dritten Quartal 2023 gestiegen.

Am Jahresende dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl nur stagnieren. Hierfür spricht die zuletzt beobachtete Stabilisierung des ifo Geschäftsklimaindex. Das Nowcasting-Modell des ifo Instituts (ifoCAST, vgl. Lehmann et al. 2020) signalisierte zuletzt einen Rückgang der Wirtschaftsleistung (Stand: 7. Dezember 2023). Jedoch wird davon in der vorliegenden Prognose nach oben abgewichen. Maßgeblich für den Rückgang von ifoCAST sind die im Oktober kräftig gesunkenen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die jedoch stark durch Großaufträge verzerrt waren. Die Entwicklung ohne Großaufträge sieht hingegen freundlicher aus. Darüber hinaus haben sich einige Indikatoren für den privaten Konsum, die im ifoCAST unterrepräsentiert sind, zuletzt verbessert (z. B. Kfz-Zulassungen privater Halter).

Das Verarbeitende Gewerbe wird wohl einen weiteren Dämpfer erhalten, was maßgeblich auf die

anhaltende Schwäche der internationalen Nachfrage nach Waren zurückzuführen ist.⁷ Zwar konnten die hiesigen Fahrzeugbauer ihre Produktion im Oktober wieder ausweiten, jedoch fiel der Nachholeffekt auf die zuletzt aufgetretenen IT-Probleme eines Herstellers geringer aus als erwartet. Zudem fällt die derzeit hohe Schwankungsanfälligkeit im Maschinenbau auf, dessen Produktion im Oktober um 6,3% unter den Wert des Vormonats sank und damit maßgeblich das Gesamtergebnis beeinflusst. Der durchschnittliche Wert des Lkw-Maut-Fahrleistungsindex für die Monate Oktober und November spricht ebenfalls für die Fortsetzung der Schwächeperiode, wenngleich sich die Fahrleistungen im November kräftig erholten. Darüber hinaus ist von keiner kräftigen Expansion der energieintensiven Wirtschaftsbereiche auszugehen. Es verdichten sich die Anzeichen, dass insbesondere in der chemischen Industrie strukturelle und damit dauerhafte Veränderungen bei den Produktionsstrukturen eingetreten sind und dass daher nicht mehr mit einer baldigen Erholung auf das Vorkrisenniveau zu rechnen ist (vgl. Box »Zur Schwäche in der chemischen Industrie – konjunkturelle Delle oder strukturelle Veränderungen?«). Die Energieversorger dürften ihre Bruttowertschöpfung zu Jahresende hingegen deutlich ausweiten, wofür der kräftige Anstieg der Produktion um 7,1% im Oktober spricht.

Der zuletzt beobachtete Anstieg der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe dürfte sich am Jahresende nicht fortsetzen. So haben die Auftragsbestände zuletzt spürbar nachgegeben, was wohl auch auf eine anhaltende Stornierungswelle zurückzuführen ist. Erhebliche Verwerfungen zeigen sich insbesondere beim Wohnungsbau, dessen negative Entwicklung die Expansion in den anderen Bausparten nun aufheben dürfte. Die tiefe Rezession im Wohnungsbau dürfte sich auch allmählich im Ausbaugewerbe bemerkbar machen. Insgesamt wird die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im vierten Quartal 2023 voraussichtlich um 0,9% sinken.

Die konsumnahen Dienstleister werden allesamt nur verhalten expandieren, da die Konsument*innen trotz der realen Einkommensgewinne zunächst wohl weiter einen größeren Teil ihres Einkommens als Ersparnis anhäufen, um der gestiegenen Unsicherheit

Rechnung zu tragen. Die Expansion der unternehmensnahen Dienstleister wird ebenfalls verhalten ausfallen, da die Industrie nur allmählich aus der Konjunkturdelle herausfindet. Bei den öffentlichen Dienstleistern ist von einer moderaten Expansion auszugehen.

Unter Maßgabe der vorliegenden Indikatorik dürfte sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Jahresbeginn 2024 beschleunigen und um 0,3% zulegen. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert von der dann einsetzenden Erholung des Welthandels und den noch immer überdurchschnittlich hohen Auftragsbeständen. Zudem haben sich die ifo Produktionserwartungen zuletzt stabilisiert. Die weiter rückläufige Inflation und die damit stärker einsetzende Erholung der privaten Konsumausgaben unterstützt die konsumnahen Dienstleistungsbereiche. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern dürfte sich dann die spürbare Erholung der Industrie vermehrt bemerkbar machen.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich das Wirtschaftswachstum zunächst beschleunigen. Insbesondere tragen die privaten Konsumausgaben zur weiteren Expansion der konsumnahen Dienstleister bei. Die deutsche Industrie dürfte von der Normalisierung des weltweiten Konsumstruktur sowie dem damit einhergehenden Wiederaufleben des Weltwarenhandels profitieren und im Jahr 2024 ebenfalls zur Expansion beitragen. Das Baugewerbe dürfte sich erst gegen Ende des kommenden Jahres stabilisieren. Gegen Ende des Prognosezeitraums kommen dann allmählich die demografischen Probleme zum Tragen und das Wirtschaftswachstum wird sich wohl merklich verlangsamen.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2023 wohl um 0,3% sinken (vgl. Tab. 2.9). Dabei fällt der Kalendereffekt mit 0,2 Prozentpunkten recht deutlich aus und drückt damit die Wirtschaftsleistung. Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um 0,9% und im Jahr 2025 mit 1,3% zulegen.

2.9. AUSSENHANDEL VOR ERHOLUNG

Obwohl die Weltwirtschaft im Verlauf des Jahres robust expandierte, sanken die deutschen Exporte bereits das vierte Quartal in Folge (vgl. Abb. 2.11). Diese

Tab. 2.9

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2022	2023	2024	2025
Statistischer Überhang ^a	0,9	-0,2	0,0	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	0,8	0,1	1,6	1,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,9	-0,1	0,9	1,5
Kalendereffekt ^c	-0,1	-0,2	0,0	-0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,8	-0,3	0,9	1,3

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In % des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

⁷ Verglichen mit der monatlichen Industrieproduktion dürfte der Rückgang bei der preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttowertschöpfung im vierten Quartal weniger negativ ausfallen, was bereits in den ersten drei Quartalen 2023 zu beobachten war. Grund hierfür könnten methodische Anpassungen des Statistischen Bundesamts sein. Mit der VGR-Sommerrechnung 2022 wurden Zuschläge auf den monatlichen Produktionsindex eingeführt, um die Entwicklungen der späteren Kostenstrukturerhebung besser vorwegzunehmen. Die Zuschläge wurden insbesondere deswegen eingeführt, um rückläufigen Vorleistungsquoten im Verarbeitenden Gewerbe mehr Rechnung zu tragen. Mit der VGR-Sommerrechnung 2023 wurde die Zweckmäßigkeit dieser Zuschläge bestätigt, so dass hieran festgehalten wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2022, 2023). Die Erstveröffentlichungen zur Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe fielen in den ersten Quartalen 2023 immer günstiger aus als die in Echtzeit zu Quartalen verdichteten Zuwachsraten der monatlichen Industrieproduktion. Dies gilt sowohl für die Vorjahresveränderungsraten auf Basis der Ursprungswerte als auch die Verlaufsdaten auf Basis der saison- und kalenderbereinigten Angaben. Im vierten Quartal 2023 stellt das ifo Institut daher die Entwicklung der Produktion nicht eins zu eins in die Entstehungsrechnung ein.

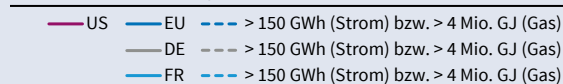
ZUR SCHWÄCHE IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE – KONJUNKTURELLE DELLE ODER STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN?

Die chemische Industrie hat ihre Produktion im Verlauf des Jahres 2022 spürbar gedrosselt. Seit Beginn dieses Jahres liegt sie weitgehend unverändert um gut 20% unter dem Niveau des Jahres 2021. Damit hat dieser Rückgang die gesamtwirtschaftliche Leistung für sich genommen um gut 0,3% gedrückt. Zum einen hat sich die Weltkonjunktur im Jahr 2022 deutlich abgekühlt, da insbesondere die Nachfrage nach industriell gefertigten Gütern einen Dämpfer erlitten hat. Davon war auch die chemische Industrie betroffen, welche vornehmlich Vorprodukte für nachgelagerte Produktionsschritte zur Verfügung stellt.

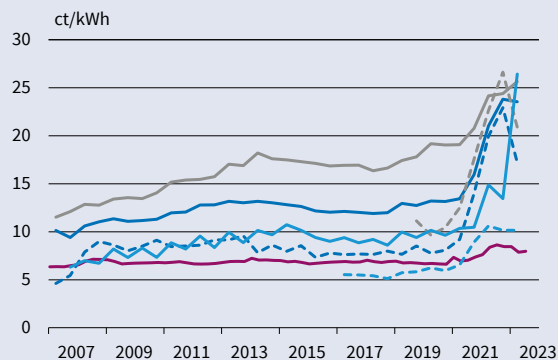
Zum anderen wurde die in Europa ansässige chemische Industrie durch die als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sprunghaft gestiegenen Energiepreise belastet. Immerhin zählt sie zu den energieintensivsten Industriebereichen. So stiegen die industriellen Strom- und Gaspreise in der Europäischen Union in den vergangenen zwei Jahren deutlich stärker als in den Vereinigten Staaten (vgl. Abb. 2.7).

Abb.2.7

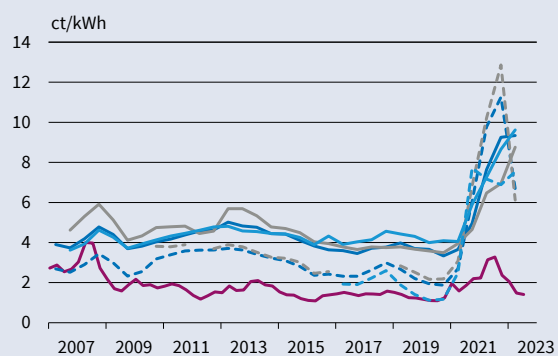
Energiepreise für die Industrie Inklusive Steuern und Abgaben



A. Strom



B. Gas



* Das Jahr wird auf den Juli geschrieben.

Quelle: Eurostat; U.S. Energy Information Administration.

© ifo Institut

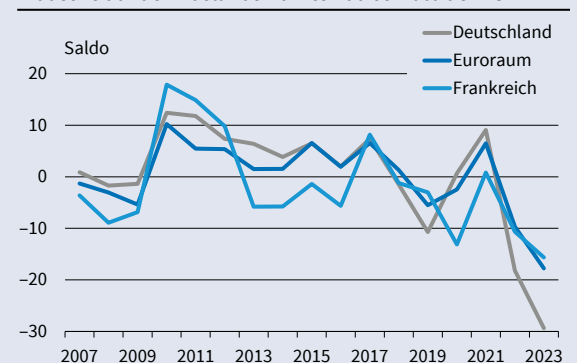
Aber auch innerhalb der Europäischen Union gab es große Unterschiede, insbesondere für industrielle Großabnehmer. Während der Industriestrompreis in Frankreich im ersten Halbjahr 2023 bei durchschnittlich knapp 10 Cent je Kilowattstunde lag, war er in Deutschland mehr als doppelt so hoch. Neben der geringeren Abhängigkeit der Stromerzeugung in Frankreich von fossilen Energieträgern dürfte hierzu wohl auch die französische Regierung mit erheblichen Energiehilfen beigetragen haben. Beim Industriegaspreis zeigt sich ebenfalls ein erheblicher Unterschied zwischen industriellen Großabnehmern in Deutschland und Frankreich, welcher in der Spitze im Jahr 2022 bei rund 6 Cent je Kilowattstunde lag. Dieser kräftige und zudem sehr unterschiedliche Anstieg der Energiepreise dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass sich die Wettbewerbsposition deutscher Chemieunternehmen auf den Auslandsmärkten außerhalb der EU in den vergangenen zwei Jahren deutlich verschlechtert hat (vgl. Abb. 2.8).

Die hohen Energiepreise dürften auch erklären, weshalb die Produktion der deutschen chemischen Industrie deutlich stärker gedrosselt wurde als in anderen Ländern (vgl. Abb. 2.9). Zwar liegt auch in Frankreich die Produktion in der chemischen Industrie unter dem Niveau des Jahres 2021. Jedoch fällt der Rückgang hier deutlich weniger dramatisch aus. In den Vereinigten Staaten ist der Ausstoß sogar geringfügig höher. Zudem wurde in beiden Ländern seit Anfang des Jahres die Produktion wieder ausgeweitet. Im Gegensatz dazu setzte in Deutschland trotz zuletzt gesunkener Strom- und Gaspreise bislang keine Erholung ein.

Eine Erholung der Produktion auf das Niveau des Jahres 2021 dürfte kurzfristig auch nicht zu erwarten sein, falls die chemische Industrie auf den Energiepreisanstieg mit strukturellen Anpassungen

Abb. 2.8

Beurteilung der Wettbewerbsposition der chemischen Industrie auf den Auslandsmärkten außerhalb der EU



Quelle: Europäische Kommission.

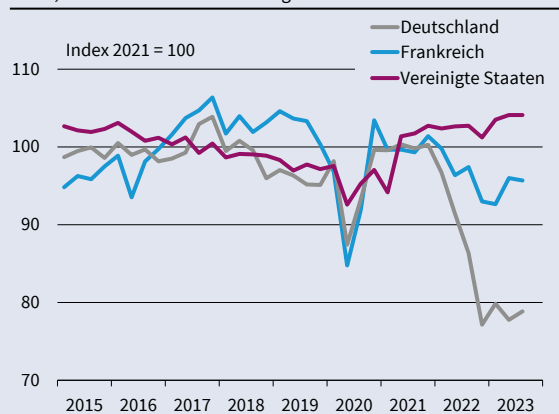
© ifo Institut

reagiert und Teile ihrer energieintensiven Produktion dauerhaft an Standorte außerhalb Deutschlands verlagert hat. Hinweise darauf liefert unter anderem ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung (vgl. Abb. 2.10). In den Vereinigten Staaten wurde bis Ende vergangenen Jahres die Beschäftigung in der chemischen Industrie kräftig ausgeweitet und lag Ende 2022 knapp 3 % höher als im Durchschnitt des Jahres 2019. Auch in Deutschland nahm die Beschäftigung im gleichen Zeitraum in vergleichbarem Maße zu. Hierbei unterschied sich die Dynamik jedoch deutlich zwischen

Abb. 2.9

Produktion im Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen (WZ20)

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

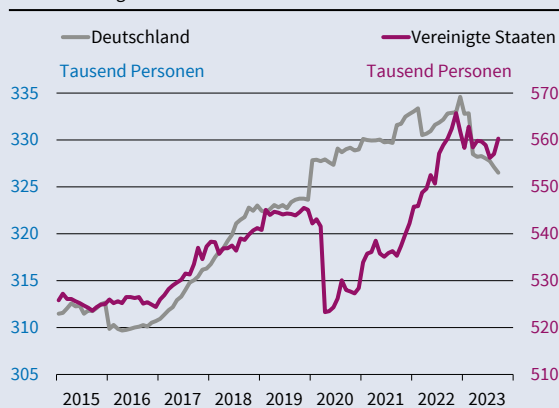


Quelle: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Federal Reserve. © ifo Institut

Abb. 2.10

Beschäftigung in der chemischen Industrie^a

Saisonbereinigter Verlauf



^a Chemische Industrie jeweils ohne Pharmaindustrie.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

beiden Ländern: Zum einen kam es in Deutschland während der Corona-Pandemie zu keinem Einbruch der Beschäftigung, da der Schock vorwiegend durch Kurzarbeit abgefedert wurde. Zum anderen fiel die Erholung in Deutschland in der Folge weniger kräftig aus.¹

Seit Jahresbeginn 2023 sieht man jedoch einen Einbruch der Beschäftigung in Deutschland. Nach Herausrechnung der saisonüblichen Schwankungen sank die Zahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie in Deutschland zwischen Dezember 2022 und September 2023 um etwa 8 000, was einem Rückgang um 2,4% entspricht.² In den Vereinigten Staaten blieb die Beschäftigung hingegen über den gleichen Zeitraum in etwa konstant. Bemerkenswerterweise geht die aktuelle Schwäche in der chemischen Industrie nicht mit einem nennenswerten Anstieg in der Kurzarbeit einher. Das wäre eigentlich das Instrument der Wahl, wenn in einer Zeit des akuten Fachkräftemangels ein vorübergehender Nachfrageeinbruch überbrückt werden müsste. Allerdings schwankte die Zahl der Kurzarbeiter zwischen Jahresbeginn und Mai 2023 (letzter verfügbarer Wert) ohne erkennbaren Aufwärtstrend um etwa 6 000. Die in den vergangenen Monaten bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen deuten ebenfalls darauf hin, dass sich das Ausmaß der Kurzarbeit in der chemischen Industrie auch am aktuellen Rand nur auf vergleichsweise niedrigem Niveau befindet. Der Beschäftigungsabbau bei gleichzeitigem Ausbleiben eines starken Anstiegs der Kurzarbeit deutet darauf hin, dass die chemische Industrie ihre inländische Produktion nicht nur vorübergehend als Reaktion auf die konjunkturelle Schwäche, sondern dauerhaft als Reaktion auf die verschlechterten Standortbedingungen zurückgefahren hat. Daher wird auch in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen, dass der mit der Produktionsdrosselung einhergehende Wertschöpfungsverlust im Prognosezeitraum nicht wieder aufgeholt wird.

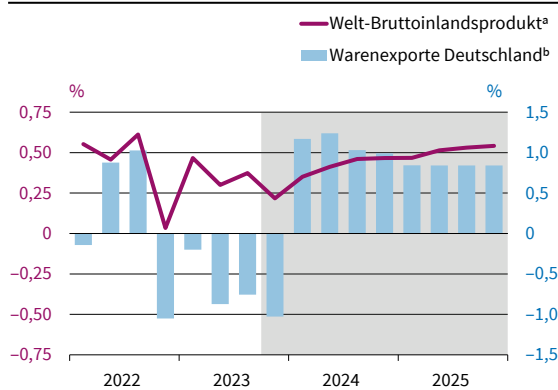
¹ Leider liegen für Frankreich keine aktuellen monatlichen Daten zur Beschäftigung in der chemischen Industrie vor.
² Um Verzerrungen durch die Saisonbereinigung zu umgehen, kann sich auf die saisonbereinigten Daten der Bundesagentur für Arbeit gestützt werden. Diese Daten enthalten jedoch keine Angaben für die chemische Industrie allein, sondern ausschließlich für das Aggregat der Hersteller von Vorleistungsgütern. Dieses Aggregat enthält neben der chemischen Industrie ebenfalls die Holz-, Papier-, Gummi- und Kunststoff- und Glasindustrie sowie Raffinerien. Seit Jahresbeginn 2023 hat sich die Beschäftigung in diesen Bereichen insgesamt um mehr als 17 500 Personen verringert, was eine zusätzliche Indikation zu den eigens saisonbereinigten Daten für die chemische Industrie darstellt.

Exportlücke, die bei den Waren besonders ausgeprägt und für die deutsche Wirtschaft ungewöhnlich ist, dürfte unter anderem auf den besonderen Charakter der post-pandemischen Erholung zurückzuführen sein. Während bei Dienstleistungen der Aufholbedarf nach Jahren des Verzichts groß und die Bereitschaft zu Einschränkungen gering war, litt insbesondere die Nachfrage nach Waren weltweit unter den hohen Infla-

tionsraten und den damit einhergehenden Kaufkraftverlusten. So kam dem internationalen Handel mit Dienstleistungen eine tragende Rolle zu, was zu Lasten des Handels mit Waren ging. Spätestens seit der zweiten Jahreshälfte scheinen die Aufholeffekte allerdings abgeflaut zu sein, was sich im dritten Quartal unter anderem bei deutlich gesunkenen Reiseausgaben bemerkbar machte. Zusätzlich dürfte die Exportlücke auf

Abb. 2.11

Warenexporte und Welt-Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegenüber Vorquartal



^a Exportgewichtet, preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf.
^b Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf.
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

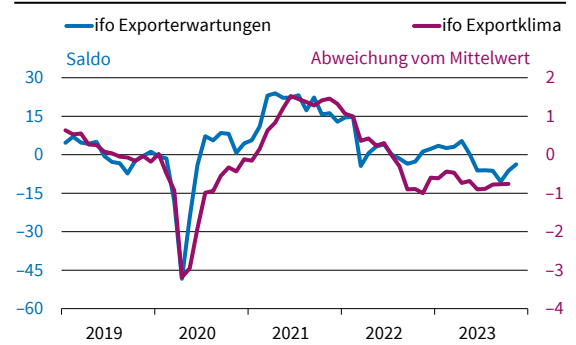
dauerhafte Produktionsverlagerungen der exportstarken deutschen Chemieindustrie zurückzuführen sein. Deren Ausfuhren gingen bis Ende des Jahres 2022 um 15% im Vergleich zum Jahr 2021 zurück und stagnieren seitdem auf diesem niedrigen Niveau.

Die Abwärtsbewegung beim deutschen Außenhandel setzte sich auch in der zweiten Jahreshälfte fort. Preisbereinigt sanken die Exporte im dritten Quartal um 0,8% im Vergleich zum Vorquartal, während die Importe um 1,3% schrumpften. Bei den Waren verzeichnete der Export von Investitions- und langlebigen Konsumgütern sowie der Import von kurz- und langlebigen Konsumgütern die größten Rückgänge. Die verhaltene Warenausfuhr ist unter anderem auf den stagnierenden Warenabsatz in den USA und im Euroraum zurückzuführen. Auch bei den Dienstleistungen sanken sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr.

Im laufenden Quartal ist zunächst mit einem weiteren Rückgang der Exporte zu rechnen. Darauf deuten die Außenhandelszahlen in Abgrenzung des Spezialhandels für den Monat Oktober hin. Demnach sanken die Warenexporte im Vergleich zum September preisbereinigt um 0,6%. Im weiteren Prognosezeitraum sollte die Talfahrt allerdings enden. Sowohl die ifo Exporterwartungen der deutschen Industrieunternehmen als auch das ifo Exportklima, das die Unternehmens- und Konsumentenstimmung der für den deutschen Export bedeutenden Absatzmärkte misst, hellten sich in den vergangenen Monaten allmählich auf (vgl. Abb. 2.12). Dabei dürfte sich im kommenden Jahr eine aufwärtsgerichtete Weltnachfrage positiv auf die deutschen Ausfuhren auswirken. Weltweit sinkende Inflationsraten und eine zurückkehrende Kaufkraft dürften den Warenkonsum beleben und dazu beitragen, dass die deutschen Warenexporte wieder im Einklang mit dem Welt-Bruttoinlandsprodukt expandieren und sich die Exportlücke schließt. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem

Abb. 2.12

Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Jahr um 2,0% sinken und in den kommenden beiden Jahren um 1,3% bzw. 3,6% zulegen (vgl. Abb. 2.13).

Auch die Importe dürften im laufenden Quartal noch einmal ähnlich stark wie im Vorquartal sinken. Im Oktober sind die Warenimporte in Abgrenzung des Spezialhandels mit 2,7% regelrecht eingebrochen. Auch das ifo Importklima, das die Stimmung der Exporteure in den Herkunftsländern deutscher Importe misst, hat sich zuletzt eingetrübt. Im Einklang mit der Entwicklung bei den Exporten sowie der Erholung beim privaten Konsum dürften die Importe allerdings ab dem kommenden Jahr allmählich wieder zulegen. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Einfuhr dann in diesem Jahr wohl um 3,2% sinken und im kommenden Jahr um 0,9% sowie im Jahr 2025 um 4,3% steigen (vgl. Abb. 2.14).

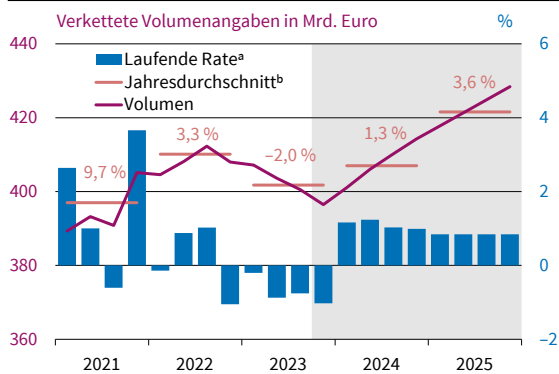
Der Außenbeitrag, d. h. der Beitrag der Nettoexporte zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts, liegt in diesem Jahr rein rechnerisch bei +0,5 Prozentpunkten (vgl. Tab 2.10). Im kommenden Jahr wird er dann zurückgehen auf +0,2 Prozentpunkte und im Jahr 2025 sogar geringfügig negativ ausfallen (-0,1 Prozentpunkte). Die vollständige Saldierung der Exporte mit den Importen ist allerdings ökonomisch wenig aussagekräftig, da dabei angenommen wird, dass alle Importe vollständig auf die Exporte entfallen. Allerdings fließen Importe auch in alle anderen Verwendungskomponenten. Um daher eine realistischere Einschätzung des Einflusses der Exporte auf das Wachstum zu erhalten, werden die Ausfuhren und alle übrigen Verwendungskomponenten separat importbereinigt und im Anschluss die Wachstumsbeiträge berechnet.⁸ Der importbereinigte Wachstumsbeitrag der Exporte legt nahe, dass das Auslandsgeschäft die Konjunktur in diesem Jahr bremsen dürfte und in etwa ein Drittel des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts erklärt. Ab dem kommenden Jahr dürften die Ausfuhren wieder zum Konjunkturtreiber werden. Bereinigt um die zur

⁸ Hierfür werden zunächst die jährlichen Importanteile der Verwendungskomponenten mithilfe der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts berechnet. Im Anschluss wird jede Verwendungskomponente jeweils um ihren eigenen Importanteil bereinigt, bevor Zuwachsraten sowie Wachstumsbeiträge abgeleitet werden (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2018).

Abb. 2.13

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

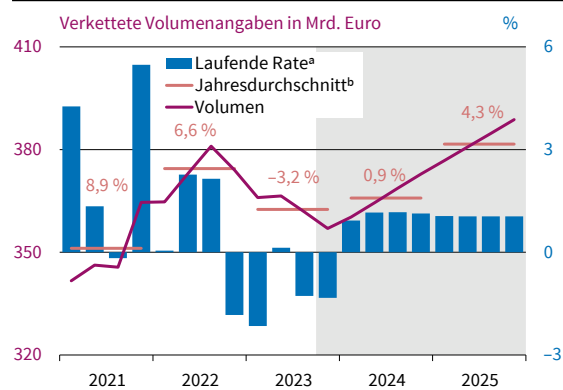


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.14

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Erstellung der Ausfuhrgüter notwendigen importierten Vorprodukte wird der Export im kommenden Jahr 0,4 und im übernächsten Jahr 0,6 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitragen.

Die Terms of Trade verbessern sich quartalsweise seit nunmehr einem Jahr stetig. Im dritten Quartal legten sie um 0,9% zu, wobei sowohl die Import- als auch die Exportpreise sanken. Ausschlaggebend für die Verbesserung waren auf der Importseite v.a. Rückgänge der Energie- und Investitionsgüterpreise sowie stagnierende Exportpreise. Im laufenden Quartal konnten die Exportpreise zum ersten Mal seit dem Hochpunkt der Energiekrise wieder leicht zulegen. Mittlerweile scheint also ihre Talfahrt zum Erliegen gekommen zu sein und sie dürften im Verlauf des kommenden Jahres moderat anziehen, während die Importpreise ausgehend von den Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen der vorliegenden Prognose weitgehend stagnieren dürften. Damit dürften die

Terms of Trade ihren Anstieg im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen und sich dem vor-pandemischen Niveau nähern. Insgesamt ergibt sich eine Verbesserung der Terms of Trade von 4,4% in diesem Jahr, 1,2% im kommenden Jahr und 0,3% im Jahr 2025. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird im laufenden Jahr 285,4 Mrd. Euro und in den kommenden beiden Jahren weitgehend unverändert 316,2 bzw. 315,2 Mrd. Euro betragen. Ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt bedeutet es 7,0% in diesem sowie 7,5 und 7,2% in den kommenden beiden Jahren (vgl. Tab. 2.1).

2.10. UNSICHERHEIT BREMST UNTERNEHMENSINVESTITIONEN

Die Unternehmensinvestitionen konnten seit Jahresbeginn insgesamt zulegen. Zwar folgte auf den starken

Tab. 2.10

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	-1,0	0,7	1,2	1,4	-0,6	0,6	0,7
Private Konsumausgaben	1,9	-0,6	0,6	0,9	1,2	-0,2	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	-0,5	0,2	0,3	0,2	-0,3	0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,0	0,0	0,4	-0,2	0,2	0,0	0,1
Bauten	-0,2	-0,2	-0,2	0,1				
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,1	0,2				
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	0,7	0,1	0,0	-0,1	0,4	0,2	0,0	-0,1
Letzte inländische Verwendung	3,0	-0,8	0,7	1,5	1,6	-0,2	0,5	0,7
Außenbeitrag	-1,2	0,5	0,2	-0,1				
Exporte	1,6	-1,0	0,6	1,7	0,2	-0,1	0,4	0,6
Importe	-2,8	1,6	-0,4	-1,8				
Bruttoinlandsprodukt^b	1,8	-0,3	0,9	1,3	1,8	-0,3	0,9	1,3

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Jahresauftakt zunächst eine Stagnation, im dritten Quartal expandierten die Unternehmensinvestitionen jedoch mit 1,0% wieder deutlich. Getrieben wurde diese Dynamik insbesondere von der volatilen Entwicklung der gewerblichen Bauinvestitionen, die im zweiten Quartal zunächst um 0,8% zurückgingen, bevor sie im dritten Quartal mit 3,0% kräftig zunahmen. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich im zweiten und dritten Quartal 2023 wenig dynamisch (-0,2% und +0,4%). Der starke Zuwachs der Neuzulassungen für gewerbliche Fahrzeuge im dritten Quartal deutet darauf hin, dass der Anstieg der privaten Ausrüstungen im dritten Quartal vor allem auf Investitionen in Fahrzeuge zurückzuführen gewesen sein dürfte. Der Umsatz sowie die Produktion der Investitionsgüterhersteller waren hingegen in den vergangenen beiden Quartalen trotz des weiter nachlassenden Materialmangels insgesamt rückläufig. Während im vergangenen Quartal noch jeder zweite Investitionsgüterhersteller über fehlendes Material klagte, sind es am aktuellen Rand nur noch etwas mehr als 35% der Unternehmen. Im Vergleich zum Vorquartal ist auch der Anteil der Unternehmen, der den Fachkräftemangel als Produktionshemmnis nennt, gesunken und liegt nun bei etwas mehr als einem Viertel. Nach dem regelrechten Einbruch der inländischen Auftragseingänge der Produzenten von Investitionsgütern um 8,2% im September konnte im Oktober eine Erholung um 3,0% verbucht werden. Im Sommerhalbjahr dürften allerdings voluminöse Aufträge für Rüstungsgüter im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr die Dynamik der inländischen Auftragseingänge bestimmen. Dies dürfte sich auch im laufenden Quartal fortsetzen, seit Ende Oktober gab das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr unter anderem vier Unterwasseraufklärungsdrohnen sowie 40 Panzertriebwerke in Auftrag. Außerdem hat die Bundesregierung geplant, bis Ende des Jahres zwei Drittel der Mittel des Sondervermögens vertraglich zu binden – bis Ende Juli war dies nur für ein Drittel veranschlagt.

Werden die inländischen Auftragseingänge ohne Großaufträge betrachtet, zeigt sich im Quartalsver-

gleich ein kontinuierlicher Rückgang seit Jahresbeginn. Im Oktober stagnierten die Auftragseingänge ohne Großaufträge mit +0,1% im Vergleich zum Vormonat. Dazu passt, dass die Auftragsreichweite der Produzenten von Investitionsgütern laut ifo Umfrage von 6,2 Monaten im dritten Quartal auf 5,3 Monate im laufenden Quartal gesunken ist. Sie liegt damit zwar noch immer über dem historischen Durchschnitt von 4,4 Monaten, der schnelle Rückgang der Auftragsreichweite um fast einen Monat ist allerdings historisch hoch. Auch die Zulassungen für gewerblich genutzte Fahrzeuge senden für die Entwicklung der privaten Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Quartal keine positiven Signale. Auf einen deutlichen Rückgang der Neuzulassungen im September folgten zwei weitere im Oktober (-2,8%) und im November (-0,7%).

Die Dynamik der Unternehmensinvestitionen dürfte sich im Winterhalbjahr abschwächen. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ist seit nunmehr einem Jahr kontinuierlich gesunken. Am aktuellen Rand liegt sie mit 81,9% unter dem historischen Durchschnitt (83,6%). Im Vergleich zum Vormonat sind im Oktober sowohl die Produktion als auch der Umsatz der Investitionsgüterhersteller zurückgegangen (-1,0% und -0,2%). Außerdem dürfte neben der schwächelnden Investitionsgüternachfrage auch besonders die weiterhin hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit dämpfend auf die unternehmerische Investitionstätigkeit wirken. Bedingt durch das erneute Verschlechtern der Finanzierungsbedingungen deutet auch die weiter abnehmende Kreditnachfrage der Unternehmen zunächst nicht auf ein Ausweiten der Unternehmensinvestitionen hin.

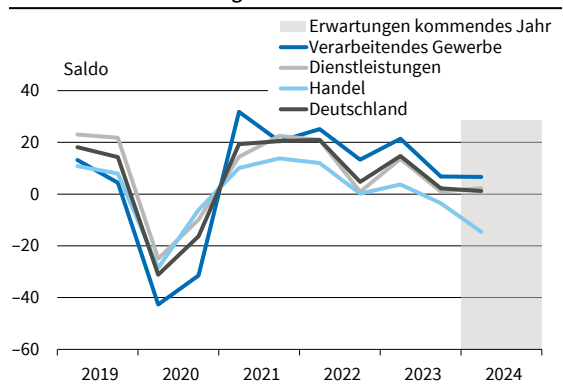
Die aktuelle Eintrübung des Investitionsklimas spiegeln auch die ifo Investitionserwartungen aus dem November wider. Sie zeigen, dass eine zunehmende Anzahl an Unternehmen ihre Investitionspläne nach unten korrigiert hat: Der Anteil der Unternehmen, der im laufenden Jahr seine Investitionen ausweiten möchte ist seit der letzten Befragung im Frühjahr von 14,7% auf 2,2% gefallen. Während die Unternehmen im Handel nun sogar mehrheitlich angeben, ihre Investitionen im Jahr 2023 zu verringern, wollen Unternehmen in der Industrie und in den Dienstleistungsbereichen ihre Investitionen im laufenden Jahr mehrheitlich etwas ausweiten. Allerdings fiel die Korrektur der Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe von 21,4 Punkten im März auf 6,8 Punkte im November am deutlichsten aus (vgl. Abb. 2.15).

Der Auftragseingang im Wirtschaftsbau hat im dritten Quartal zwar deutlich zugenommen. Dahinter verbergen sich allerdings hauptsächlich Großaufträge der Bahn sowie im Kabeltiefbau. Weder die Geschäftslage noch die Geschäftserwartungen, die beide im deutlich negativen Bereich stagnieren, deuten einen zeitnahen Impuls für die Unternehmensinvestitionen an (Saldo von -21,4 bzw. -45,5 im November).

Im Schlussquartal dieses Jahres dürften die Unternehmensinvestitionen zurückgehen (vgl. Abb. 2.16).

Abb. 2.15

ifo Investitionserwartungen



Quelle: ifo Konjunkturumfrage, November 2023.

© ifo Institut

Die Produktionserwartungen der Investitionsgüterhersteller sind sowohl im November im Vergleich zum Vormonat wie auch für die kommenden drei Monate negativ. Ebenso deutet die Bauproduktion im gewerblichen Bau am aktuellen Rand auf kein weiteres Ausweiten des Wirtschaftsbaus hin. Die mit -35,9 Punkten kräftig negativen Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller bekräftigen ebenso, dass auch im ersten Quartal 2024 noch nicht mit einer Erholung zu rechnen ist. Stattdessen dürften die Unternehmensinvestitionen zunächst stagnieren. Erst im Zuge der allmählich anziehenden Konjunktur ab dem zweiten Quartal des kommenden Jahres dürften auch die Unternehmensinvestitionen wieder expandieren. Eine zunächst verhaltene Entwicklung der unternehmerischen Investitionen im kommenden Jahr deuten auch die ifo Investitionserwartungen an. Mit einem Saldo von 1,2 Punkten liegt der Anteil der Unternehmen, der im Jahr 2024 seine Investitionen ausweiten möchte, nur knapp über dem Anteil der Unternehmen, der im kommenden Jahr weniger investieren möchte. Während die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mehrheitlich weiter von einer Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit ausgehen, sind die Handelsunternehmen für das kommende Jahr deutlich weniger investitionsfreudig gestimmt.

Insgesamt wird mit einer Ausweitung der Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr um 2,0% gerechnet. Im kommenden Jahr dürften die Unternehmensinvestitionen aufgrund des eingetrübten Investitionsumfeldes zunächst stagnieren, bevor sie im Jahr 2025 mit 2,2% wieder zulegen dürften.

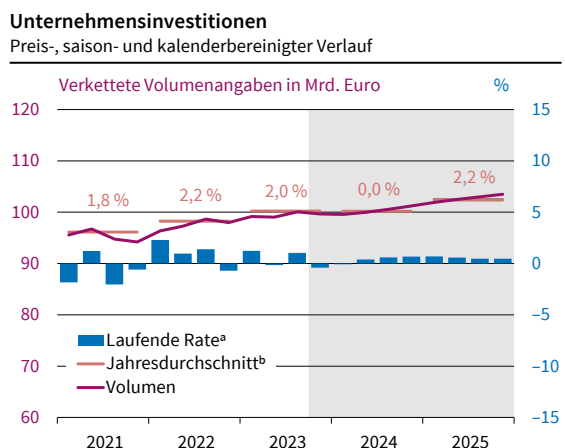
2.11. WOHNBAUINVESTITIONEN AUF TALFAHRT

Nachdem die Wohnbauinvestitionen zum Jahresauftakt noch mit 2,9% im Vorquartalsvergleich kräftig zulegten, konnte diese Dynamik im Sommerhalbjahr nicht aufrechterhalten werden. Sowohl im zweiten wie auch im dritten Quartal verzeichneten die Wohnbauinvestitionen Rückgänge (-1,0% und -0,3%). Zwar

haben sich die Engpässe von Baumaterialien seit April aufgelöst, nun bremst allerdings die im Zuge der Zinswende und der hohen Baukosten eingebrochene Nachfrage die Wohnbauinvestitionen deutlich. Obwohl die Auftragseingänge im Wohnbau nach einem Zuwachs von 5,2% im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal auch im dritten Quartal mit -0,2% zunächst nicht weiter eingebrochen sind, dürfte sich nun das Ausmaß der zuvor weggefallenen Aufträge bemerkbar machen. So waren die Auftragseingänge im Quartalsvergleich vom zweiten Quartal 2022 bis zum ersten Quartal 2023 kontinuierlich rückläufig. Bis zuletzt hielt außerdem der rasante Absturz der Baugenehmigungen an, monatlich wurden seit August 2022 im Vorjahresvergleich zweistellige Rückgänge verzeichnet. Auch im September wurde ein Einbruch von 29,4% verbucht. Zusätzlich bewegen sich die Auftragsstornierungen im Wohnbau am aktuellen Rand laut ifo Konjunkturumfrage auf Rekordniveau.

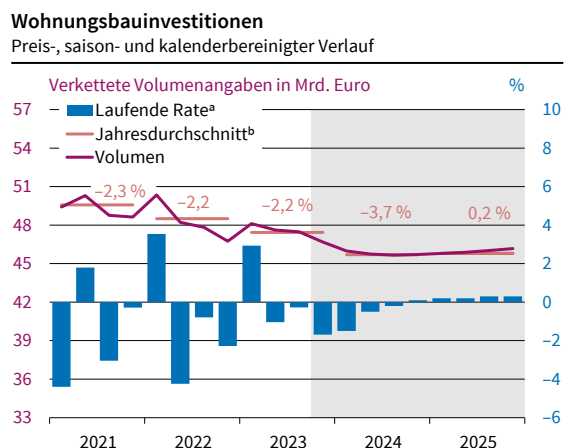
Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürften die Wohnbauinvestitionen erneut zurückgehen (vgl. Abb. 2.17). Das ifo Geschäftsklima im Wohnbau liegt mit -54,6 Punkten weiter auf einem historischen Tiefstand. Ebenso zeigen die Geschäftserwartungen für die kommenden drei Monate im November mit einem Saldo von -45,1 Punkten, dass sich der Anteil der Wohnbauunternehmen, die mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte rechnen, im Vergleich zum Vormonat nochmals geringfügig erhöht hat. Zusätzlich verzeichnete die Produktion im für den Wohnungsbau wichtigen Ausbaugewerbe im September zuletzt mit -2,3% erneut einen deutlichen Rückgang. Auch die Produktion im Bauhauptgewerbe war sowohl im zweiten wie auch im dritten Quartal negativ (-0,8% und -1,4%). Die Geräteauslastung im Hochbau, welche bereits seit Beginn des Jahres rückläufig ist, ist im November erneut gesunken und beträgt nun nur noch 68,5%. Damit liegt sie den zweiten Monat in Folge unter dem historischen Durchschnitt von 69,5%. Unterdurchschnittliche Werte hatte die Kapazitätsauslastung im Hochbau zuletzt zu Beginn des Jahres 2011 aufge-

Abb. 2.16



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.17



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 2.11

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2022	2023	2024	2025
Bauten	47,5	-1,8	-1,5	-1,8	0,7
Wohnungsbau	29,3	-2,2	-2,2	-3,7	0,2
Nichtwohnungsbau	18,2	-1,1	-0,3	1,0	1,4
Gewerblicher Bau	12,5	-1,6	-1,3	1,1	0,9
Öffentlicher Bau	5,7	-0,1	1,9	0,8	2,3
Ausrüstungen	33,6	4,0	3,8	1,5	2,9
Sonstige Anlagen	18,8	-0,7	-0,7	1,9	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	100	0,1	0,2	-0,2	1,6
<i>nachrichtlich:</i> Unternehmensinvestitionen ^b	59,4	2,2	2,0	0,0	2,2

^a Bezogen auf das Jahr 2022. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

wiesen. Daneben verweilt auch die Einschätzung der Bauaktivität gegenüber der drei Vormonate im Wohnungsbau laut ifo Konjunkturumfrage im November auf sehr niedrigem Niveau (Saldo von -47,2 Punkten).

Für die Dynamik der Immobilienkreditzinsen deutet sich hingegen eine Beruhigung an. Im September lag der Effektivzins gemittelt über alle Laufzeiten mit 4,1% zwar erneut geringfügig höher als im August. Daten des Anbieters Interhyp, die in höherer Frequenz vorliegen, zeigen seit Anfang November aber einen Rückgang der Zinsen über alle Laufzeiten. Mit einer baldigen Erholung der anhaltend rückläufigen Nachfrage nach neuen Immobilienkrediten dürfte allerdings kaum zu rechnen sein, da laut Bank Lending Survey die Kreditvergabestandards im dritten Quartal weiter verschärft wurden.

Auch im weiteren Prognoseverlauf dürfte eine Expansion der Wohnbauinvestitionen somit zunächst auf sich warten lassen. Die ifo Geschäftserwartungen der Wohnungsbauunternehmen sind im November mit -72,0 Punkten auf ein historisches Tief gefallen. Die Auftragsreichweite der Wohnbauunternehmen ist laut ifo Konjunkturumfrage seit dem Höchststand im Februar 2022 von 6,1 Monaten am aktuellen Rand auf 3,8 Monate gefallen. Unter anderem bedingt durch den

Zuzug von Flüchtlingen ist der Bedarf an Wohnraum zwar hoch, die Kombination von weiterhin schwierigen Finanzierungsbedingungen, hohen Baukosten und politischer Unsicherheit dürfte aber anhaltend bremsend auf die Nachfrage wirken. Die Überarbeitung der Wohnbauförderprogramme, die im Oktober verabschiedet wurde und unter anderem das Aufschieben weiterer Verschärfungen der Energiestandards von Neubauten sowie die Erhöhung der Einkommensgrenze zum Erhalt von Fördermitteln beinhaltet, dürfte dem zunächst nur begrenzt entgegenwirken.

Insgesamt dürften die Investitionen in Wohnbauten im laufenden Jahr um 2,2% sinken. Im kommenden Jahr wird dann mit einem weiteren Rückgang von 3,7% gerechnet, erst im Jahr 2025 dürfte die Talfahrt der Wohnbauinvestitionen mit einem geringfügigen Zuwachs von +0,2% gestoppt werden (vgl. Tab. 2.11).

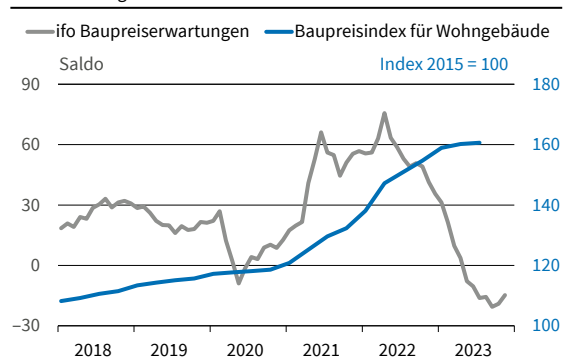
Die Materialkosten lagen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres weiter auf hohem Niveau, insgesamt nimmt die Dynamik der Preissteigerungen aber allmählich ab. Unterschiede ergeben sich dabei je nach Material. So stiegen die Preise mineralischer Baustoffe weiter, während Materialien aus Holz und Stahl zuletzt günstiger wurden. Insgesamt aber dürfte das Preisniveau von Baumaterialien dauerhaft höher bleiben als vor der Energiekrise. Eine Stabilisierung der Preise im Wohnbau deutet auch der Preisindex für Wohngebäude an, der im dritten Quartal stagnierte. Auch die ifo Preiserwartungen sind seit Mai negativ und lagen zuletzt im November bei -14,7 Punkten (vgl. Abb. 2.18).

Über die kommenden Quartale dürfte die Preisentwicklung im Wohnbau daher weiter von mehreren Effekten bestimmt werden: Der Beitrag der Vorleistungen dürfte aufgrund der perspektivisch sinkenden Materialpreise abnehmen. Da es aufgrund des abschmelzenden Auftragsbestands zu einer Steigerung des Wettbewerbs zwischen Baufirmen um Neuaufträge kommen könnte, dürften auch die Gewinnmargen der Unternehmen sinken. Der Beitrag der Arbeitnehmerentgelte dürfte dagegen bedingt durch den in der Baubranche ausgeprägten Fachkräfteman-

Abb. 2.18

Baupreise

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

gel steigen. Trotz dieser gegenläufigen Entwicklungen wird daher für das kommende Jahr von einem Rückgang des Deflators für Wohnbauinvestitionen um 1,3% ausgegangen, nach einem Anstieg von 3,4% im laufenden Jahr. Im Jahr 2025 dürfte der Deflator im Zuge der langsam wieder anziehenden Dynamik der Wohnbauinvestitionen um 0,9% steigen.

2.12. KONSUMZURÜCKHALTUNG WIRD NUR LANGSAM ÜBERWUNDEN

Der private Konsum zeigte auch im dritten Quartal noch keine Anzeichen einer Erholung. Während er im zweiten Quartal des laufenden Jahres – nach deutlichen Rückgängen im vorangegangenen Winterhalbjahr – noch moderat um 0,2% zulegen konnte, verzeichnete er zuletzt abermals einen Rücksetzer um 0,3%. Zwar profitierten die privaten Haushalte von den hohen Lohnabschlüssen. Allerdings legten die verfügbaren Einkommen nur um 0,2% im Vergleich zum Vorquartal zu⁹, und damit weniger als der Deflator des privaten Konsums, der um 0,7% stieg. Trotz allmählich nachlassender Teuerung setzten somit die real verfügbaren Einkommen und mit ihnen die Kaufkraft der privaten Haushalte ihren Abwärtstrend bis zuletzt fort. Zudem blieb die Sparquote weiter hoch, auch wenn sie zuletzt um 0,3 Prozentpunkte auf 11,7% fiel. Die hohe Sparneigung der Haushalte dürfte zum einen auf anhaltende Unsicherheiten hinsichtlich wirtschaftspolitischer Entwicklungen und Entscheidungen, zum anderen aber auch auf zunehmend attraktivere risikolose Anlagemöglichkeiten zurückzuführen sein. Hätte die Sparquote im zweiten und dritten Quartal auf dem Niveau des ersten Quartals (10,7%) stagniert, hätten die privaten Haushalte zusätzliche Konsumausgaben in Höhe von 13,7 Milliarden Euro tätigen können. Dies hätte den privaten Konsum im dritten Quartal um, ceteris paribus, etwa 2,6% angehoben.

Merkliche Einbußen verzeichnete insbesondere der Warenkonsum von Verbrauchsgütern (-1,4%) (wie etwa Lebensmittel) und halb-langlebigen Gütern (-2,1%) (beispielsweise Kleidung und Schuhe), wohingegen der Konsum von langlebigen Gebrauchsgütern (beispielsweise Möbel und elektrische Haushaltsgeräte) im vergangenen Quartal um 2,2% zunahm. Die Nachfrage nach Dienstleistungen ging leicht zurück (-0,3%). Der Dienstleistungskonsum erweist sich damit seit Ende 2021 deutlich weniger volatil als der Warenkonsum und pendelte sich auf einem recht stabilen Niveau ein. Die Teuerungsrate für Dienstleistungen (4,7%) lag im dritten Quartal fast zwei Prozentpunkte niedriger als die für Konsumgüter (6,4%), wel-

che insbesondere durch den Preisanstieg kurzlebiger Güter (+7,5%) getrieben wurde. Ähnlich wie bereits im Vorquartal stagnierten die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (0,1%). Rückgänge in etwa gleichen Ausmaßen verbuchten die Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-1,9%), für Bekleidung und Schuhe (-2,1%) und für Einrichtungsgegenstände für den Haushalt (-2,1%). Zuwächse verzeichneten die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (0,6%) und für übrige Verwendungszwecke (1,2%).

Auch im Einzelhandel machte sich die gedämpfte Konsumlaune bemerkbar. Die preisbereinigten Umsätze gingen im dritten Quartal um 1,8% gegenüber dem Vorquartal zurück. Besonders betroffen waren der Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (-3,2%) sowie mit Informations- und Kommunikationstechnik (-2,4%). Aber auch der Umsatz bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ging um 0,8% gegenüber dem Vorquartal zurück. Ein Großteil der Einzelhändler konnte die durch die Corona-Pandemie verursachten Verluste bisher nicht wieder ausgleichen. Eine Ausnahme bilden der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstung und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern, deren preisbereinigte Umsätze mittlerweile deutlich über dem Niveau des Jahre 2019 liegen. Auch der Online-Einzelhandel war während und unmittelbar nach der Corona-Pandemie von raschen Umsatzzuwächsen gekennzeichnet, die sich in den vergangenen eineinhalb Jahren dann etwas abflachten und teils rückläufig waren. Auch im vergangenen Quartal wurde ein Umsatzrückgang von 2,6% verbucht. Insgesamt lag das Umsatzniveau aber weiterhin deutlich über dem Niveau des Jahres 2019 (+9,9%). Im Vergleich dazu ging das Umsatzniveau im stationären Einzelhandel über den gleichen Zeitraum um 1,7% zurück.

Auch das Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe schloss das dritte Quartal mit einem Umsatzrückgang von 1,3% gegenüber dem Vorquartal ab. Damit setzte sich die schwache Entwicklung der vergangenen beiden Jahre fort. Dem Gastgewerbe ist es seit Auslaufen der Corona-Beschränkungen nicht gelungen, die während der Pandemie verzeichneten Umsatzverluste wieder aufzuholen. Hierzu dürften, neben erheblichem Personalmangel, auch die hohen Preisanstiege beigetragen haben, die im Gastgewerbe im dritten Quartal mit 7,1% zwar um rund zwei Prozentpunkte niedriger ausfielen als noch im Vorquartal, aber weiterhin deutlich über dem Anstieg des Verbraucherpreisindex insgesamt lagen.

Zum Jahresabschluss dürfte der private Konsum leicht zulegen. Das Konsumklima verweilt zwar weiterhin auf niedrigem Niveau, seit Oktober hellte es sich aber erstmals seit langem wieder auf. Nach den ifo Konjunkturumfragen blicken insbesondere die konsumnahen Dienstleister etwas optimistischer auf die kommenden Monate, während die Einzelhändler noch

⁹ Hierzu trug maßgeblich ein kräftiger Rückgang des Saldos der sonstigen empfangenen und geleisteten Transfers bei. Dazu zählen die veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen abzüglich empfangene Nichtlebensversicherungsleistungen sowie Transfers an die übrige Welt. Die Masseneinkommen, die von den Nettolöhnen und -gehältern sowie den monetären Sozialleistungen bestimmt werden, stiegen im dritten Quartal um kräftige 1,3% im Vergleich zum Vorquartal.

kein deutliches Wiederaufleben ihrer Geschäftslage erwarten. Die konsumnahen Dienstleister konnten im Oktober ein Umsatzplus im Vergleich zum Vormonat verzeichnen (+1,1%). Auch die Kfz-Zulassungen privater Halter legten bis Ende November um 10,9% gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem sie im dritten Quartal bereits um 11,7% zugenommen hatten. Zusätzlich deuten die in Kooperation mit Mastercard ausgewerteten Umsatzreihen der SpendingPulse Datenbank zurzeit auf eine moderate Belebung im Einzelhandel und Gastgewerbe hin. Der auf Basis dieser Daten abgeleitete wöchentliche Konsumtracker (vgl. Fourné und Lehmann 2023) prognostiziert zwar zurzeit noch einen leichten Rückgang der privaten Konsumausgaben (letzter Datenstand 21. November 2023) (vgl. Abb. 2.19). Allerdings ist hier seit Ende Oktober eine langsame, aber kontinuierliche Zunahme im Ausgabenverhalten zu beobachten, welche sich auch in den verbleibenden Wochen dieses Jahres fortsetzen dürfte.

Im weiteren Prognosezeitraum wird allmählich die Kaufkraft wieder zurückkehren. Zwar dürfte sich der Anstieg der nominal verfügbaren Einkommen abschwächen, von 5,9% im laufenden Jahr auf 3,7% und 2,5% in den kommenden beiden Jahren. Hierzu tragen eine rückläufige Dynamik sowohl bei den Lohneinkommen als auch bei den monetären Sozialleistungen bei. Allerdings nimmt auch die Inflationsdynamik spürbar ab. So dürfte sich der Anstieg des Konsumdeflatoren von 6,3% im laufenden Jahr auf 2,3% und 1,7% in den kommenden beiden Jahren verlangsamen. Die damit einhergehende Zunahme der real verfügbaren Einkommen sowie eine allmählich sinkende Sparquote dürften dann die Konsumkonjunktur stützen. Für die Sparquote wird angenommen, dass sie sich im Prognosezeitraum ihrem langfristigen Mittel annähern wird und im Jahr 2025 bei 10,6% liegen sollte.

Alles in allem dürften die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte in den kommenden Quartalen allmählich zulegen. Nach einem Rückgang um 1,1% im laufenden Jahr, dürfte der private Konsum in den kommenden beiden Jahren

dann mit Raten von 1,1% und 1,7% expandieren (vgl. Abb. 2.20).

2.13. STAATSKONSUM VERLÄSST CORONA-PLATEAU

Die Konsumausgaben des Staats werden im Jahr 2023 nach expansiven Jahren wieder sinken. Das ist vor allem auf die Rücknahme zahlreicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zurückzuführen. Die Ausgaben für beispielsweise die Beschaffung von Impfstoffen und Schnelltests spielen im laufenden Jahr im Grunde keine Rolle mehr. Im Verlauf des saison- und preisbereinigten Staatskonsums schlägt sich diese Entwicklung vor allem in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nieder. Im dritten Quartal sind die öffentlichen Konsumausgaben wieder leicht gestiegen, nachdem sich die Reduktion der coronabezogenen Ausgaben über vier Quartale zog. Mittlerweile dürften sich beim Staatskonsum keine weiteren pandemiebedingten Sondereffekte mehr bemerkbar machen. Auch die Fluchtmigration aus der Ukraine scheint keine größeren Auswirkungen auf das Ausgabenvolumen nach sich gezogen zu haben. Allerdings wurden durch die Übersetzung des ÖPNV in den Sektor Staat aufgrund der Einführung des Deutschland-Tickets die Preise der öffentlichen Konsumausgaben deutlich nach oben angepasst. Die bereits verabschiedeten und zu erwartenden Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst sorgen ebenfalls aktuell und im gesamten Prognoseverlauf für im historischen Vergleich relativ hohe Deflatoren. Auch der preisbereinigte Staatskonsum bleibt im weiteren Prognosezeitraum leicht aufwärtsgerichtet, wozu insbesondere der fortschreitende demografische Wandel als auch Leistungsausweitungen, z. B. in der sozialen Pflegeversicherung, beitragen. So wird nach derzeitiger Einschätzung das Volumen der staatlichen Konsumausgaben bereits 2025 wieder das Niveau, aus dem noch stark von Corona geprägtem Jahr 2022 erreichen (vgl. Abb. 2.21). Im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird bei

Abb. 2.19

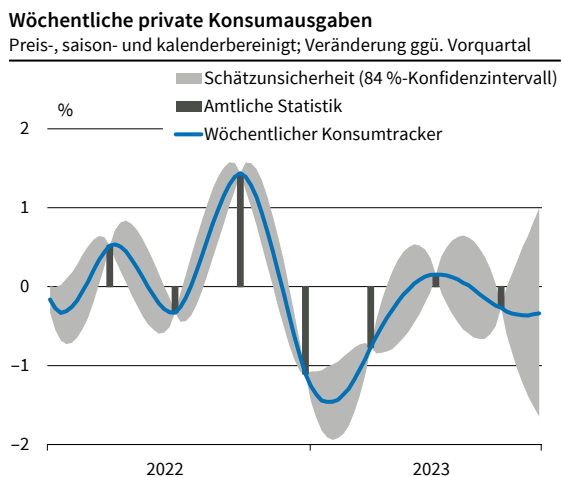


Abb. 2.20

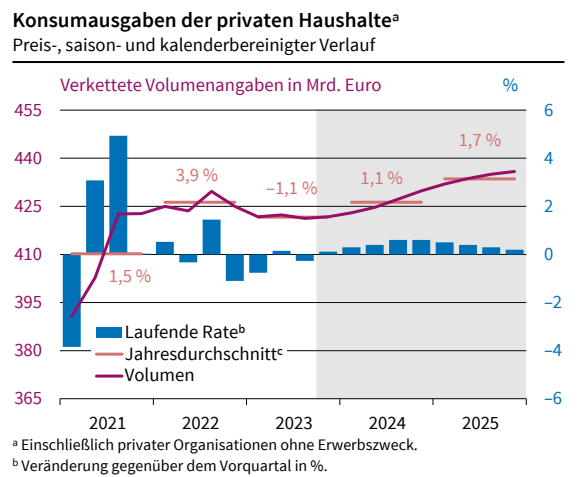
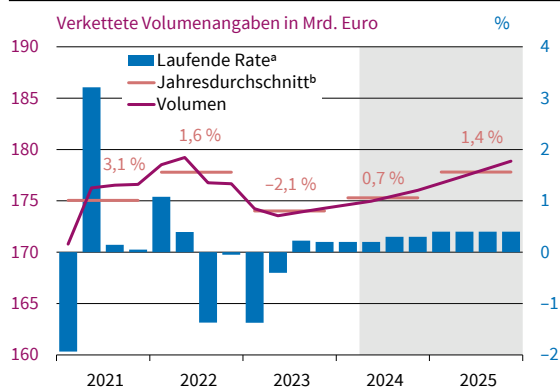


Abb. 2.21

Konsumausgaben des Staats

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

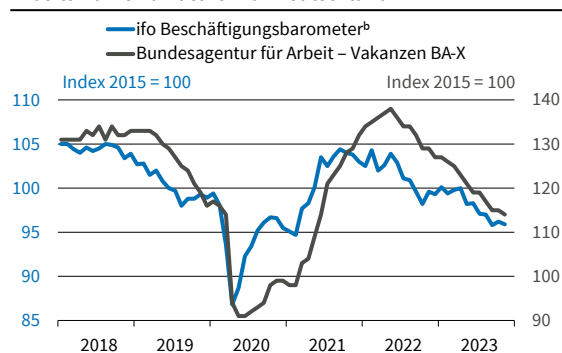
den konsumtiven Staatsausgaben, selbst bei größeren Konsolidierungsmaßnahmen, von eher geringen Effekten auszugehen sein, da insbesondere die veranschlagten Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds Investitionszuschüsse oder Subventionen an Unternehmen darstellen.

2.14. WIRTSCHAFTLICHE FLAUTE HINTERLÄSST IHRE SPUREN AM ARBEITSMARKT

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf spürbar abgekühlt, zeigte sich aber im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in robuster Verfassung. So stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal nur noch um 7 000 auf 45,9 Millionen Personen – den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Im ersten Quartal hatte der Beschäftigungszuwachs jedoch noch 127 000 und im zweiten Quartal noch 89 000 Personen betragen. Diese Entwicklung folgte vor allem aus einer starken Abschwächung der Dynamik in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Nachdem sie den Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre maßgeblich trug, expandierte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im dritten Quartal nur noch um 27 000 und damit so schwach wie in keinem Quartal seit Ausbruch der Corona-Pandemie. Im Gegensatz hierzu nahm die Zahl der Selbständigen im zweiten und dritten Quartal um insgesamt 5 000 zu, nachdem sie zuvor fast zwölf Jahre lang monoton zurückgegangen war. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging in den Monaten August und September um insgesamt 26 000 zurück, wodurch eine 18 Monate andauernde Periode ihr vorläufiges Ende nahm, während der die Zahl der Minijobber um insgesamt 126 000 Personen (+3,1%) zulegen konnte. Ferner stieg die Zahl der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung im bisherigen Jahresverlauf kontinuierlich an und lag im September mit 206 000 um 50 000

Abb. 2.22

Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland^a



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

höher als zum Jahreswechsel 2022/23 und um 141 000 über dem Niveau zum Zeitpunkt der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022.

Die Beschäftigungsentwicklung unterschied sich zuletzt zum Teil sehr stark zwischen den Branchen. Während die Beschäftigung im öffentlichen Sektor (inkl. Gesundheits- und Erziehungswesen) seit Jahresbeginn weiter deutlich gestiegen ist, kam der Beschäftigungsaufbau in den übrigen Dienstleistungsbranchen weitestgehend zum Erliegen, wobei sich insbesondere im Handel und der Zeitarbeitsbranche der Stellenabbau verstärkt hat. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ist die saisonbereinigte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tendenziell leicht rückläufig und zwischen Dezember 2022 und September 2023 um 10 000 (-0,5%) bzw. 7 000 (-0,1%) zurückgegangen. Der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe scheint hierbei vorwiegend auf die energieintensive chemische Industrie zu entfallen, in der die Zahl der Beschäftigten über den gleichen Zeitraum um 8 000 (-2,4%) zurückgegangen ist (vgl. Box »Zur Schwäche in der chemischen Industrie – konjunkturelle Delle oder strukturelle Veränderungen?«).¹⁰

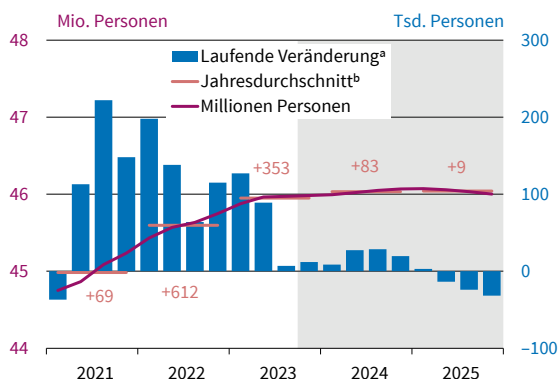
Im Prognosezeitraum dürfte sich die Erwerbstätigkeit nur mit schwacher Dynamik entwickeln. Die Frühindikatoren deuten für die kommenden Monate auf eine deutlich gedämpfte Arbeitsnachfrage, aber keinen massiven Stellenabbau hin (vgl. Abb. 2.22). Beispielsweise bewegte sich das ifo Beschäftigungsbarometer im Oktober und November auf niedrigem Niveau seitwärts, nachdem es sich im Sommerhalbjahr merklich verschlechtert hat. Während der Indikator in den Dienstleistungsbereichen trotz des Rückgangs per saldo weiter im positiven Bereich liegt, deutet er im Handel, im Bauhauptgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe einen weiteren Beschäftigungsabbau an. Des Weiteren zeigt der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) an, dass die Zahl der offenen Stellen seit anderthalb Jahr monoton zurückgeht, wenngleich weiterhin 733 000 gemeldete Stel-

¹⁰ Das Statistische Bundesamt weist die Beschäftigungszahlen für die chemische Industrie nur in Ursprungswerten aus. Die Saisoneffekte wurden mit Hilfe des X13-ARIMA-Verfahrens herausgerechnet.

Abb. 2.23

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

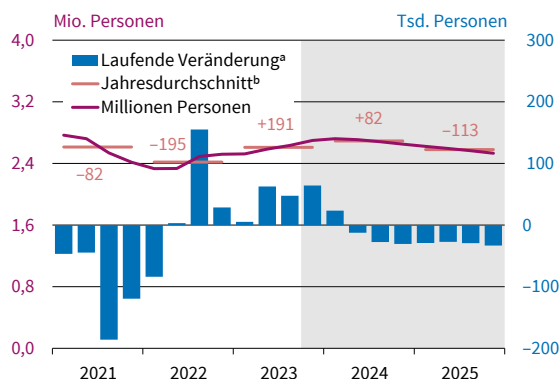


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.24

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

len unbesetzt sind. Die gedämpften Arbeitsnachfrage spiegelt sich auch darin wider, dass sich die Arbeitskräfteknappheit insgesamt etwas entspannt hat. So gaben in den ifo Konjunkturumfragen zuletzt ca. 39% der Unternehmen an, dass sie in ihrer Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel behindert seien. Damit liegt dieser Anteil rund 10 Prozentpunkte unter dem Höchststand aus dem dritten Quartal 2022, wobei der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe von 44,5% auf zuletzt 28,7% am stärksten war. Nichtsdestotrotz wird von vielen Unternehmen Fachkräftemangel noch immer als ein wichtiges Produktionshemmnis genannt, weshalb vorerst nicht mit einem merklichen Rückgang der Beschäftigung zu rechnen sein sollte. Zusammengefasst dürfte die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2023 und im ersten Quartal 2024 in etwa stagnieren, wobei die vorliegende Prognose minimale Anstiege um +12 000 bzw. +9 000 Personen je Quartal unterstellt. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im nächsten Jahr wird die Erwerbstätigkeit wohl zunächst wieder etwas deutlicher steigen. Jedoch steht die demografische Entwicklung einer substantiellen Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus entgegen. Trotz Zuwanderung und fortschreitender Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt wird das Erwerbspersonenpotenzial im kommenden Jahr voraussichtlich alterungsbedingt sein Maximum erreichen (vgl. Abschnitt 3 »Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion«). Der Beschäftigungsaufbau dürfte daher im weiteren Prognosezeitraum zusehends zum Erliegen kommen und die Erwerbstätigkeit gegen Ende des Prognosezeitraums sinken. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 353 000 im laufenden und 83 000 im kommenden Jahr auf 9 000 im Jahr 2025 verlangsamen, wobei in letzterem der statistische Überhang die rückläufige Grunddynamik kaschiert (vgl. Abb. 2.23).

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen ist seit Februar kontinuierlich um insgesamt 191 000 Personen gestiegen und lag im Novem-

ber bei 2,7 Millionen (Quote: 5,9%; vgl. Abb. 2.24). Dieser Anstieg ging sowohl auf die Arbeitslosigkeit im konjunkturereagibleren Rechtskreis des SGB III als auch in der Grundsicherung (SGB II) zurück. Unter letztere fällt auch der überwiegende Teil der arbeitslosen ukrainischen Geflüchteten, deren Zahl sich seit August 2022 bei etwa 200 000 Personen seitwärts bewegt. In den kommenden Monaten dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen tendenziell weiter moderat ansteigen, ehe sie ab dem Frühjahr im Zuge der prognostizierten allmählichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwächephase wieder deutlicher zurückgehen dürfte. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr um 191 000 steigen, ehe sie im kommenden Jahr – insbesondere aufgrund des hohen statistischen Überhangs – um weitere 82 000 zunehmen dürfte. Im Jahr 2025 ist mit einem Rückgang um 113 000 zu rechnen. In der Folge liegt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2024 und 2025 bei 5,9% bzw. 5,6% nach 5,7% im laufenden Jahr (vgl. Tab. 2.12).

Die durchschnittliche Arbeitszeit wird nunmehr im zweiten Jahr in Folge durch einen außergewöhnlich hohen Krankenstand merklich gedämpft. Nach seinen Höchstständen im Winterhalbjahr 2022/23 ging er im zweiten Quartal 2023 zwar stark zurück, zog im dritten Quartal jedoch wieder spürbar an. Auch im Schlussquartal deutet sich ein deutlich erhöhter Krankenstand an, so dass der krankheitsbedingte Arbeitsausfall im laufenden Jahr in etwa dem des Vorjahres entsprechen dürfte. Im Gegensatz hierzu spielte die Kurzarbeit zuletzt keine nennenswerte Rolle für die Arbeitszeit. Die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit schwankte im bisherigen Jahresverlauf relativ konstant um ein Niveau von etwa 140 000 Personen. Die in den vergangenen Monaten bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen deuten – der weiterhin sehr schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Trotz – nur auf einen sehr moderaten Anstieg der Kurzarbeit am aktuellen Rand hin. Entsprechend dürfte die Arbeitszeit je Ar-

Tab. 2.12

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2022	2023	2024	2025
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 410	61 855	62 238	62 396
Erwerbstätige im Inland	45 596	45 949	46 032	46 041
Arbeitnehmer	41 687	42 049	42 141	42 183
darunter				
SV Beschäftigte	34 507	34 782	34 878	34 945
Geringfügig Beschäftigte	4 125	4 201	4 204	4 197
Selbständige	3 910	3 900	3 891	3 858
Pendlersaldo	-139	-149	-152	-152
Erwerbstätige Inländer	45 457	45 801	45 881	45 889
Arbeitslose	2 418	2 609	2 691	2 579
Arbeitslosenquote BA ^a	5,3	5,7	5,9	5,6
Erwerbslose ^b	1 343	1 338	1 351	1 268
Erwerbslosenquote ^c	2,9	2,8	2,9	2,7

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO. ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

beitnehmer im laufenden Jahr in etwa stagniert haben (+0,1%). Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte der Krankenstand allmählich zu seinem langjährigen Trend zurückgeführt werden. Infolgedessen dürfte die Arbeitszeit je Arbeitnehmer um 0,5% im kommenden Jahr und um 0,3% im Jahr 2025 zulegen.

2.15. ERHOLUNG DER REALLÖHNE BESCHLEUNIGT SICH

Die Tarifverdienste haben im bisherigen Jahresverlauf spürbar an Fahrt aufgenommen und lagen im dritten Quartal um 4,5% über dem Vorjahreswert. Im Jahr 2022 waren sie um lediglich 2,2% gestiegen und damit im zweiten Jahr in Folge deutlich hinter der Teuerung zurückgeblieben (vgl. Tab. 2.13). Angesichts des akkumulierten Reallohnverlusts und der weiterhin hohen Arbeitskräfteknappheit werden auslaufende Tarifverträge mit zuvor niedrigen vereinbarten Tarifsteigerungen zusehends durch neue Verträge mit deutlich höheren Abschlussraten ersetzt. Aufgrund der meist mehrjährigen Laufzeiten der Tarifverträge und zum Teil langwieriger Verhandlungen findet diese Entwicklung jedoch zeitlich sehr verzögert statt. Die jüngsten Tarifabschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, bei der Deutschen Post, im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen und bei der Deutschen Bahn griffen hierbei in großem Maße auf die Möglichkeit abgabenfreier Inflationsausgleichsprämien zurück. Dauerhafte tabellenwirksame Tariflohnhebungen machen hingegen nur einen Teil der gesamten Lohnsteigerung aus und werden in der Regel erst mit Verzögerung umgesetzt. In den gewichtigen Tarifbereichen Einzelhandel und Groß- und Außenhandel steht eine Einigung mehr als ein halbes Jahr nach Auslaufen der Tarifverträge im Frühjahr und zahlreichen Verhandlungsrunden immer noch aus. Wie auch in den aktuell

laufenden Verhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder ist daher in diesen Bereichen erst im kommenden Jahr mit spürbaren Lohnzuwächsen zu rechnen.¹¹ Vor diesem Hintergrund dürften die Tarifverdienste im laufenden Jahr um 3,6% steigen, ehe sie sich die Zunahme im Jahr 2024 auf 4,4% beschleunigt. Im Jahr 2025 läuft die Regelung zur Inflationsausgleichsprämie aus, weshalb etwaige Einmalzahlungen wieder deutlich niedriger ausfallen dürften. Zudem dürfte der nachlassende Inflationsdruck gegen Ende des Prognosezeitraums in weniger kräftigen dauerhaften Tarifierhöhungen resultieren. Die Tarifverdienste dürften daher im Jahr 2025 um noch 3,4% steigen.

¹¹ Bei den Verhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder kam es am 9. Dezember zu einer Tarifeinigung zwischen den Vertragsparteien. Diese sieht bereits im Dezember 2023 eine abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1 800 Euro vor, gefolgt von zehn Raten zu 120 Euro in den Monaten Januar bis Oktober 2024. Ab November 2024 werden die monatlichen Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 200 Euro angehoben, die zum Februar 2025 um weitere 5,5% erhöht werden. Die Einigung soll zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt*innen übertragen werden. Die Einigung konnte aufgrund des Datenschlusses am 8. Dezember in der vorliegenden Prognose nicht mehr berücksichtigt werden. Stattdessen wurde in der Prognose unterstellt, dass ein Tarifabschluss erst ab Januar 2024 zu Zahlungen führen wird, die in der Höhe und im zeitlichen Ablauf dem letzten Abschluss des Tarifvertrags des Öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen entspricht. Aufgrund der Höhe der für Dezember 2023 vorgesehenen ersten Rate der Inflationsausgleichsprämie und der späten prozentualen Anpassung im Februar 2025 dürfte die zeitliche Struktur der Entwicklung der Tariflöhne ausweislich des Tarifindex des Statistischen Bundesamts in der Folge deutlich von der Prognose abweichen. Auf Basis der neuen Informationen ist bei den Tariflöhnen stattdessen ein Plus von 3,9% im laufenden Jahr und 3,6% bzw. 3,7% in den Jahren 2024 und 2025 zu erwarten. Diese Abweichung dürfte vorwiegend in der Lohndrift aufschlagen, da die Lohnentwicklung außerhalb dieses Tarifbereichs von der Einigung nicht betroffen ist. Die frühere und umfangreichere erste Rate der Einmalzahlung wird dennoch zur Folge haben, dass sich die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im vierten Quartal 2023 etwas stärker und im ersten Quartal 2024 etwas schwächer als in der Prognose unterstellt entwickeln werden. Da die für Dezember vorgesehene Einmalzahlung in den meisten Fällen erst im Januar ausbezahlt und in den Dezember rückgebucht werden, dürfte diese jedoch nur noch in begrenztem Umfang im Jahresabschlussquartal konsumrelevant werden und stattdessen in einer leicht erhöhten Sparquote resultieren.

Tab. 2.13

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2022	-0,1	4,1	4,3	2,0	2,2
2023	0,1	5,8	5,7	2,2	3,6
2024	0,5	4,3	3,7	-0,1	4,4
2025	0,3	3,3	3,0	-0,1	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Die monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer sind in den vergangenen vier Quartalen wesentlich stärker als die Tariflöhne gestiegen und lagen im dritten Quartal um 6,4% über dem Vorjahresquartal. Die positive Lohndrift geht zum einen auf die deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro je Stunde im Oktober des vergangenen Jahres zurück. Infolgedessen legten die Löhne vor allem im untersten Quintil der Lohnverteilung unter Vollzeitbeschäftigten als auch unter ausschließlich geringfügig Beschäftigten überproportional stark zu. Zum anderen scheint es in den nichttarifgebundenen Bereichen früher zur Zahlung von Inflationsausgleichsprämien respektive zu dauerhaften Lohnanhebungen gekommen zu sein, da die Löhne auch in den übrigen Quintilen der Lohnverteilung stärker anzogen als die Tarifverdienste. Für das laufende Jahr ist ein Anstieg der monatlichen Effektivverdienste je Arbeitnehmer um 5,8% zu erwarten. Im Prognosezeitraum dürfte die Lohndrift stark zurückgehen, da die Tariflöhne verzögert nachziehen und der Impuls der Inflationsausgleichsprämie nachlässt. Dem steht dabei die Arbeitskräfteknappheit entgegen, die sich im Zuge des alterungsbedingten Rückgangs des Erwerbsspersonenpotenzials wieder verschärfen dürfte. Zusammengefasst dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2024 um 4,3% und im Jahr 2025 um 3,3% steigen. Nach den substantiellen Reallohnverlusten der Vorjahre werden die Nominallöhne im Prognosezeitraum damit wieder deutlich stärker steigen als die Verbraucherpreise, wodurch die Kaufkraft der Arbeitnehmer merklich an Fahrt gewinnen wird.

2.16. STAATSDEFIZIT SINKT

Die staatlichen Einnahmen werden im Jahr 2023 weniger stark zunehmen als noch im Jahr zuvor. Dies liegt vorrangig an der relativ schwachen Entwicklung der Steuereinnahmen, die aufgrund mehrerer umfangreicher Steuererleichterungen, wie z. B. der Anpassung des Einkommensteuertarifs, kaum wachsen werden. Zusätzlich dämpft die Zahlung der steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien den Anstieg des Lohnsteueraufkommens im Verhältnis zur stark steigenden Bruttolohnsumme. Im kommenden Jahr fällt der Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommensteuer zwar abermals kräftig aus, allerdings werden die temporären Umsatzsteuersenkungen bei Gaskäufen und in der Gastronomie auslaufen. Dadurch

legen die Steuereinnahmen im Jahr 2024 wieder etwas schneller zu. Im Jahr 2025 folgt dann durch das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien ein merklicher Sprung in den Zuwächsen. Das Auflaufen der Zahlungen betrifft auch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen, wobei die Dynamik der Lohnentwicklung auch am aktuellen Rand hier deutlich positiver zu Buche schlägt. Dazu tragen auch Erhöhungen des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und des Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenkassen zu Beginn bzw. ein Anstieg des Pflegeversicherungsbeitrags zur Mitte des laufenden Jahres bei. Die Verkäufe des Staats ziehen im laufenden Jahr besonders deutlich an, was insbesondere an der Überführung des ÖPNV in den Staatssektor liegt. Auch im weiteren Prognosezeitraum bleiben die Verkäufe sehr dynamisch, da die LKW-Maut im Jahr 2024 deutlich erhöht wird. Diese Dynamik wird im laufenden Jahr von den steigenden Vermögenseinkommen sogar noch übertroffen, die aufgrund der Zinswende insbesondere im laufenden Jahr um über 50% zulegen werden.

Insgesamt steigen die Staatseinnahmen im laufenden Jahr um 4,4%, im nächsten Jahr um 4,3% und im Jahr 2025 schließlich um 5,8%. Auch die Einnahmenquote steigt von 46,3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 auf 47,9% im Jahr 2025 (vgl. Tab. 2.14).

Bei den Staatsausgaben ist im Gegensatz zu den vorigen Jahren im laufenden Jahr nur mit einem moderaten Wachstum zu rechnen. Viele Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie oder mit der Energiekrise laufen aus, andere Maßnahmen wirken weiterhin ausgabensteigernd. Die Vorleistungskäufe des Staats werden unter anderem wegen der weiterhin hohen Inflation, aber auch wegen der Integration des ÖPNV in den Sektor Staat in diesem Jahr weiterhin kräftig zulegen. Mit Abflachen der Preisentwicklung dürften diese Größe auch im weiteren Prognosezeitraum mit schwächeren Raten wachsen. Auch die Arbeitnehmerentgelte werden aufgrund von tariflichen Einmalzahlungen als Inflationsausgleichsprämien im laufenden Jahr merklich steigen. Im nächsten Jahr dürfte sich die Dynamik noch mal erhöhen, da auch für die Beschäftigten der Länder Einmalzahlungen im Rahmen der Tarifverhandlungen zu erwarten sind und die Erhöhung der Tabellenentgelte bei den Beschäftigten aus Bund und Kommunen ansteht. Die Ausgaben für Zinsen steigen im laufenden Jahr aufgrund des veränderten Zinsumfelds sprunghaft. Auch in den

nächsten zwei Jahren bleibt die Dynamik hoch, wenn auch nicht ganz so stark wie im Jahr 2023. Zudem sei darauf hingewiesen, dass der Anteil der Zinslast am Bruttoinlandsprodukt im historischen Vergleich immer noch recht gering ist. Durch die Ausgaben für die Energiepreisbremsen bleiben die Subventionen im laufenden Jahr trotz zurückgehender Coronahilfen weiterhin auf hohem Niveau. Im nächsten Jahr gehen sie dann durch den Wegfall der Preisbremsen deutlich zurück. Einige Reformen im Sozialbereich, z. B. die Einführung des Bürgergelds zu Beginn des Jahres 2023, sorgen für ein starkes Wachstum bei den monetären Sozialleistungen. Im nächsten Jahr wird die Regelsatzerhöhung beim Bürgergeld abermals relativ hoch ausfallen, wohingegen die Renten im weiteren Prognosezeitraum schwächer zulegen werden. Bei den sozialen Sachleistungen hingegen ist in diesem Jahr nur mit geringen Zuwächsen zu rechnen, da pandemiebezogene Leistungen wegfallen. Der Wegfall der Energiepreispauschalen lässt die sonstigen Transfers im laufenden Jahr einbrechen, angesichts erhöhter EU-Eigenmittelzahlungen danach wieder steigen. Auch

die Vermögenstransfers gehen im Jahr 2023 zurück, nachdem Ende 2022 der Staat eine erhebliche Summe für die Verstaatlichung von Gasimporteuren ausgegeben hatte. Unter diesem Posten werden sich im weiteren Prognosezeitraum die meisten Programmausgaben des KTF niederschlagen. Schließlich dürften auch die Investitionsausgaben des Staats weiter steigen. Während im laufenden Jahr noch die stark gestiegenen Baupreise maßgeblich für das starke Wachstum sind, ist in den nächsten Jahren auch mit einem erhöhten Mittelabfluss aus dem Sondervermögen Bundeswehr zu rechnen.

Insgesamt liegen die Wachstumsraten der gesamten staatlichen Ausgaben in den kommenden Jahren zwischen 3,1% und 4,1% und damit unter denen der Einnahmen. Dadurch verringert sich das Staatsdefizit von 77 Mrd. Euro bzw. 1,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 auf 48 Mrd. Euro bzw. 1,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025. Der Schuldenstand nach den Maastricht-Kriterien liegt am Ende des Prognosezeitraums bei 63,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Tab. 2.14

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
 in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	Steuern	darunter: Nettosozial- beiträge	insgesamt	darunter: Zinsausgaben		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	-1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	-3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	-3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	-3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	-3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	-3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	-1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	-0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	-3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	-4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	-0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	71,9
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	65,2
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,9
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	59,5
2020	46,1	22,7	17,9	50,5	0,6	-4,3	68,7
2021	47,3	24,3	17,5	50,9	0,6	-3,6	69,0
2022	47,0	24,4	17,2	49,5	0,7	-2,5	66,1
2023	46,3	23,4	17,2	48,2	0,9	-1,9	64,3
2024	46,8	23,2	17,7	48,6	1,0	-1,8	64,0
2025	47,9	23,7	18,1	49,0	1,0	-1,1	63,1

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2028 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Jedoch weicht das ifo Institut in einem Aspekt von der Methode der Gemeinschaftsdiagnose ab. Die nachfolgend präsentierte Potenzialschätzung basiert auf Ursprungswerten und nicht auf kalenderbereinigten Werten, wie es bei der Gemeinschaftsdiagnose der Fall ist. Die grundsätzlichen Parameter haben sich gegenüber der ifo Konjunkturprognose Herbst 2023 nicht geändert (vgl. Wollmershäuser et al. 2023c).

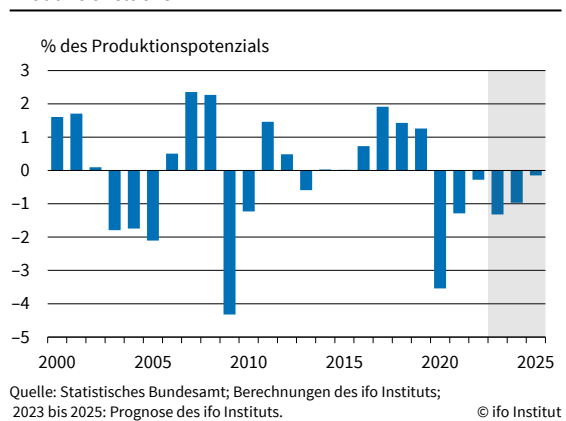
Allerdings wurden die Bevölkerungs- und Migrationsannahmen überarbeitet, um den jüngsten Entwicklungen Rechnung zu tragen. So wurde der kräftigen Zunahme des Wanderungssaldos im Jahr 2023 Rechnung getragen und die Fluchtmigration aus Asylherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; ohne Ukraine) entsprechend angepasst. Als Grundlage für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung dient weiterhin die 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts in der Variante W2-G2-L2, welche moderate Annahmen zu den drei Eckparametern Wanderung, Geburtenrate und Lebenserwartung setzt. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Flüchtlingsmigration infolge des Kriegs in der Ukraine explizit als Sondereffekt modelliert und nur die übrige Wanderung analog zur Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2023 schrittweise auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurückgeführt (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023). Die Zuwanderung aus der Ukraine wird für die beiden Jahre 2022 und 2023 auf insgesamt rund 1 060 000 Personen

veranschlagt und fällt damit etwas geringer aus als bei der ifo Konjunkturprognose Herbst 2023 unterstellt. Ab dem Jahr 2024 wird der Wanderungssaldo von Ukrainer*innen konstant gehalten. Diese Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Die Partizipationsquote beträgt im Projektionszeitraum durchschnittlich etwa 62%. Des Weiteren wurde die Geschwindigkeit der Integration ukrainischer Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt angepasst. Auf Basis aktueller Zahlen der Bundesagentur für Arbeit scheint die Integration insgesamt etwas langsamer voranzuschreiten als noch in der ifo Herbstprognose 2023 unterstellt. Daher wurde der Projektionspfad der Erwerbslosenquote unter den Ukrainer*innen im Niveau angepasst. So sinkt die Erwerbslosenquote nunmehr von 60% im Jahr 2023 auf 12% im Jahr 2028. Unter diesen Annahmen dürften im Jahr 2023 kumuliert in etwa 92 000 Ukrainer*innen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Diese Zahl erhöht sich dann bis zum Jahr 2028 auf etwa 390 000 Personen.

Für das Jahr 2023 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,7% geschätzt. Ab dem Jahr 2023 fällt der Potenzialzuwachs dann kontinuierlich geringer aus und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2028 eine Rate von 0,4%. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und jeweils in ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens dürfte 2023 noch positiv und im Anschluss kontinuierlich negativ ausfallen. Während die Erwerbsbevölkerung in den Jahren 2023 und 2024 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2025 umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren und der Sondereffekt aus der Flüchtlingsmigration ausläuft. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sowie die Partizipationsquote werden weiterhin negative Beiträge leisten, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 1,9% des Produktionspotenzials ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der spürbaren Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 1,3% zurückgegangen. Die beiden Corona-Jahre 2020 und 2021 versetzten die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,5% und 1,3%. Die Erholung im Jahr 2022 führte zur Verringerung der negativen Produktionslücke, welche nach aktueller Schätzung etwa -0,3% betrug. Im Jahr 2023 wird die deutsche Wirtschaftsleistung infolge der starken Preissteigerungen und der globalen Nachfrageschwäche wohl sinken, was für sich genommen die Produktionslücke auf -1,3% vergrößern dürfte. Mit der einsetzenden Erholung im kommenden Jahr dürften

Abb. 3.1
Produktionslücke



dann die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen und die Lücke auf $-1,0\%$ verringern. Im Jahr 2025 dürfte sie dann annähernd geschlossen sein.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2028 mit $0,6\%$ etwas geringer expandieren als im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2022 (vgl. Tab. 3.1). Maßgeblich hierfür ist der Umstand, dass sich die Ausweitung der potenziellen Produktionsmöglichkeiten in den kommenden Jahren deutlich verringern werden. Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürften die privaten Konsumaus-

gaben im Projektionszeitraum etwas kräftiger und die Bruttoanlageinvestitionen spürbar schwächer zulegen als in den Jahren 2016 bis 2022 (vgl. Tab. 3.2). Die Staatsaktivität dürfte hingegen deutlich geringer ausgeweitet werden, um sich nach den diversen Sondereffekten der vergangenen Jahre (Corona-Maßnahmen, Energiekrise, Ukraine-Krieg) zu normalisieren. Entsprechend wird der Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Projektionszeitraum zunächst sinken und dann demografiebedingt aufgrund der Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte wieder zunehmen.

Tab. 3.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mio.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2016	43,661	39,320	1 395,6	3 093,7	70 856	51	3 134,7	101,3
2022	45,596	41,687	1 346,8	3 274,9	71 825	53	3 876,8	118,4
2028	45,141	41,359	1 345,8	3 389,4	75 086	56	4 661,6	137,5
Veränderung insgesamt in %								
2022/2016	4,4	6,0	-3,5	5,9	1,4	5,0	23,7	16,8
2028/2022	-1,0	-0,8	-0,1	3,5	4,5	4,6	20,2	16,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2022/2016	0,7	1,0	-0,6	1,0	0,2	0,8	3,6	2,6
2028/2022	-0,2	-0,1	0,0	0,6	0,7	0,8	3,1	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2028/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Tab. 3.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2016	3 134,7	1 653,7	623,9	625,9	636,3	-10,4	231,2
2022	3 876,8	1 979,3	850,9	970,3	856,2	114,1	76,3
2028	4 661,6	2 409,6	1 041,9	1 037,1	992,8	44,3	173,0
Anteile am BIP in %							
2016	100,0	52,8	19,9	20,0	20,3	-0,3	7,4
2022	100,0	51,1	21,9	25,0	22,1	2,9	2,0
2028	100,0	51,7	22,4	22,2	21,3	0,9	3,7
Veränderung insgesamt in %							
2022/2016	23,7	19,7	36,4	55,0	34,6	-	-
2028/2022	20,2	21,7	22,4	6,9	16,0	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2022/2016	3,6	3,0	5,3	7,6	5,1	-	-
2028/2022	3,1	3,3	3,4	1,1	2,5	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2028/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Um die Ausrichtung der Finanzpolitik im Prognosezeitraum zu bestimmen, wird zunächst der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo um konjunkturelle Einflüsse, Zinsausgaben und Einmaleffekte bereinigt. Die jährliche Veränderung dieses strukturellen Primärsaldos gibt vor, ob die Finanzpolitik jeweils expansiv, restriktiv oder neutral ausgerichtet ist. Der Vergleich mit der Maßnahmenmethode (vgl. Tab. 2.6) bietet sich an, um der Analyse nach der in diesem Abschnitt verwendeten Saldenmethodik eine zusätzliche Robustheitsprüfung gegenüberzustellen.

Im laufenden Jahr wird der strukturelle Primärsaldo knapp -17 Mrd. Euro (vgl. Tab. 4.1) oder -0,4% des nominalen Produktionspotenzials betragen und verringert sich damit deutlich im Gegensatz zum Jahr 2022. Der strukturelle Finanzierungssaldo liegt aufgrund der gestiegenen Zinsausgaben mit -1,3% deutlich über dem strukturellen Primärsaldo (vgl. Abb. 4.1). Im Gegensatz dazu zeigt die Maßnahmenmethode im laufenden Jahr weiterhin einen expansiven Impuls an. Bisweilen können die verschiedenen Methoden auch in unterschiedliche Richtungen weisen, was an verschiedenen Faktoren liegen kann, wie in Wollmershäuser et al. (2023b, S.46f) diskutiert wird. Im weiteren Prognosezeitraum zeigen sowohl die Salden- als auch die Maßnahmenmethode einen neutralen bis restriktiven Kurs auf. Im Jahr 2024 ver-

ringert sich der strukturelle Primärsaldo nur um 0,1 Prozentpunkte (vgl. Abb. 4.2), was dem leicht restriktiven Impuls aus der Maßnahmenmethode entspricht. Im darauffolgenden Jahr ist der strukturelle Primärsaldo dann ausgeglichen, die Finanzpolitik ist restriktiv ausgerichtet.

Im Zuge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt 2021 steht die Finanzpolitik im besonderen Fokus des Interesses. Die Einhaltung der deutschen Schuldenbremse kann im Rahmen der vorliegenden Prognose nicht direkt diskutiert werden, da die Finanzierungssalden für die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen nicht separat ausgewiesen werden. Allerdings kann mit den errechneten Größen die Einhaltung der Fiskalregeln auf EU-Ebene überprüft werden. Diese erlauben ein strukturelles gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit (inklusive Zinsausgaben) in Höhe von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts und damit grundsätzlich eine etwas höhere Neuverschuldung als die deutsche Schuldenbremse. Somit lässt sich eine Abschätzung der Untergrenze des potenziellen Konsolidierungsbedarfs im Zuge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts abschätzen. Für die Berechnung der Konjunkturkomponente des strukturellen Defizits wird im Gegensatz zu den bereits besprochenen Größen nicht die modifizierte EU-Methode herangezogen, die auch in Abschnitt

Tab. 4.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staats
in Mrd. Euro

	2021	2022	2023	2024	2025
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-77,1	-75,8	-48,4
Konjunkturkomponente ^a	-23,8	-5,5	-27,6	-20,9	-3,2
Struktureller Finanzierungssaldo	-106,0	-87,4	-52,3	-54,8	-45,1
Struktureller Primärsaldo	-84,9	-60,9	-16,9	-13,8	-1,2
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-106,0	-91,4	-49,5	-54,8	-45,1
nachrichtlich: konjunkturbereinigter Primärsaldo	-84,9	-64,9	-14,1	-13,8	-1,2

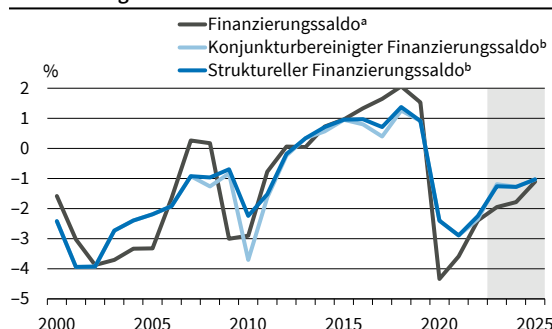
^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2023

Abb. 4.1

Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.

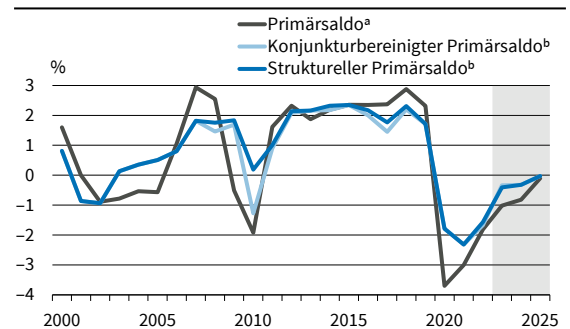
^b In % des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4.2

Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.

^b In % des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

3 verwendet wird, sondern die offizielle EU-Methode. Das Jahr 2023 wird nicht betrachtet, da zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Prognose die Aussetzung der Schuldenbremse für das laufende Jahr bereits in die Wege geleitet wurde.

Für das Jahr 2024 ergibt sich ein struktureller Finanzierungssaldo in Höhe von knapp $-1,3\%$ des Bruttoinlandsprodukts bzw. -55 Mrd. Euro. Um die Grenze des EU-Regeln einzuhalten, müsste der Saldo um ca. 33 Mrd. Euro höher ausfallen. Für das Jahr 2025 ergäbe sich ein Konsolidierungsbedarf von knapp 22 Mrd. Euro. Neben den direkten Effekten der Konsolidierung müssen aber auch indirekte Effekte beachtet werden. So würde eine Haushaltskonsolidierung nicht nur das gesamtstaatliche Defizit verringern, sondern auch die Konjunktur dämpfen und somit die Produktionslücke und die Konjunkturkomponente des strukturellen Finanzierungssaldos reduzieren. Damit würde sich der strukturelle Finanzierungssaldo auch indirekt erhöhen. Geht man beispielsweise von der in Abschnitt 2 simulierten Haushaltskonsolidierung im Umfang von 20 Mrd. Euro aus, würde sich der Anstieg

des Bruttoinlandsprodukts und damit die Produktionslücke um $0,2$ Prozentpunkte verringern (vgl. Box »Zur Abschätzung der konjunkturellen Risiken der Haushaltslücke«). Dies würde die Konjunkturkomponente des strukturellen Finanzierungssaldos um etwas mehr als 4 Mrd. Euro reduzieren, und damit den strukturellen Finanzierungssaldo um zusammengenommen 24 Mrd. Euro erhöhen. Allerdings dürften über den Konjunkturreffekt auch die Steuereinnahmen sinken, was den strukturellen Finanzierungssaldo wiederum geringfügig (um schätzungsweise $1,5$ Mrd. Euro) senken würde. Zusammengenommen dürfte also eine Verringerung des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits um 20 Mrd. Euro den strukturellen Finanzierungssaldo um etwa $22,5$ Mrd. Euro verbessern. Um das gesamtstaatliche strukturelle Haushaltsdefizit um die erforderlichen 33 Mrd. Euro zu reduzieren, müssten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen ihre Haushalte zusammengenommen um knapp 30 Mrd. Euro kürzen.

Abgeschlossen am Freitag, 8. Dezember 2023

5. Referenzen

- Benzarti, Y., D. Carloni, J. Harju und T. Kosonen (2020), »What Goes up May Not Come Down: Asymmetric Incidence of Value-Added Taxes«, *Journal of Political Economy* 128(12), 4438–4474.
- Ferrante, F., S. Graves und M. Iacoviello (2023), »The Inflationary Effects of Sectoral Reallocation«, *Journal of Monetary Economics* 140 Supplement, S64-S81.
- Fourné, F. und R. Lehmann (2023), »From Shopping to Statistics: Tracking and Nowcasting Private Consumption Expenditures in Real-Time«, *CESifo Working Paper* 10764.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), »Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert«, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023), »Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch«, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle (Saale).
- Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2018), »Zur Berechnung eines nach Importanteilen korrigierten Wachstumsbeitrages der Verwendungskomponenten des deutschen Bruttoinlandsprodukts«, *ifo Schnelldienst* 71(5), 27–29.
- Lehmann, R., M. Reif und T. Wollmershäuser (2020), »ifoCAST: Der neue Prognosestandard des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 73(11), 31–39.
- Sachverständigenrat (2023), Jahresgutachten: Wachstumsschwäche überwinden – In die Zukunft investieren.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, R. Sauer, S. Schiman, K. Wohlrabe, M. Wolters und L. Zarges (2022a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe Juni.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Sauer, K. Wohlrabe und L. Zarges (2022b), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2022: Inflation würgt privaten Konsum ab – deutsche Konjunktur vor hartem Winter«, *ifo Schnelldienst digital* 5/2022.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, C. Glocker, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, J. Ragnitz, A.-C. Rathje, R. Sauer, S. Sauer, M. Schasching und L. Zarges (2022c), »ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe Dezember.
- Wollmershäuser T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Sauer, S. Sauer, M. Schasching und L. Zarges (2023a), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023: Deutsche Wirtschaft stagniert«, *ifo Schnelldienst digital* 2/2023.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Fell, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Sauer, M. Schasching, M. Scheiblecker und L. Zarges (2023b), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch«, *ifo Schnelldienst* 76, Sonderausgabe Juni.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, S. Sauer, M. Schasching, G. Wolf und L. Zarges (2023c), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2023: Konjunktur in Deutschland kühlt weiter ab«, *ifo Schnelldienst digital* 4/2023.
- Wollmershäuser, T. (2023), »Entstehungs- und einkommensseitige Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Teuerung im Jahr 2022«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 58–62.

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 741,9	2 569,7	428,2	744,0	-
2 -	Abschreibungen	845,7	470,0	111,2	264,5	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 896,2	2 099,7	317,1	479,5	- 174,2
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 148,6	1 558,2	325,3	265,1	18,6
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,1	29,7	0,3	10,1	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	30,7	28,0	0,2	2,6	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	738,3	539,7	- 8,3	206,9	- 192,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 152,5	-	-	2 152,5	14,7
9 -	Geleistete Subventionen	62,9	-	62,9	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	427,8	-	427,8	-	8,7
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	904,0	828,4	35,4	40,3	335,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 068,9	584,1	26,7	458,1	170,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 420,6	295,5	347,9	2 777,2	- 338,9
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	516,0	125,8	-	390,2	14,6
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	530,0	-	530,0	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	857,0	-	-	857,0	5,0
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	857,3	149,7	706,7	0,9	4,8
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	738,8	78,6	659,4	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	730,2	-	-	730,2	9,2
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	439,5	247,0	92,8	99,7	85,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	381,5	219,6	30,5	131,4	143,7
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 368,3	213,4	862,9	2 291,9	- 286,6
23 -	Konsumausgaben	2 962,6	-	881,2	2 081,3	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-
25 =	Sparen	405,7	150,9	- 18,3	273,1	- 286,6
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	118,9	22,1	81,1	15,7	7,7
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	100,6	55,8	18,4	26,5	26,0
28 -	Bruttoinvestitionen	964,8	554,9	107,9	302,0	-
29 +	Abschreibungen	845,7	470,0	111,2	264,5	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,0	19,3	- 0,6	0,4	- 19,0
31 =	Finanzierungssaldo	249,3	80,3	- 77,1	246,1	- 249,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 368,3	213,4	862,9	2 291,9	- 286,6
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	549,8	-	549,8	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	549,8	-	-	549,8	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 368,3	213,4	313,1	2 841,7	- 286,6
38 -	Konsum 3)	2 962,6	-	331,4	2 631,1	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-
40 =	Sparen	405,7	150,9	- 18,3	273,1	- 286,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2024				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 833,8	2 623,8	458,1	752,0	-
2	- Abschreibungen	857,4	475,1	119,1	263,2	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 976,5	2 148,6	339,0	488,8	-204,4
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 248,3	1 625,2	348,5	274,7	19,5
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,5	32,8	0,2	10,4	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	31,9	29,1	0,2	2,6	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	716,6	519,7	-9,6	206,4	-223,9
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 252,1	-	-	2 252,1	15,8
9	- Geleistete Subventionen	35,7	-	35,7	-	4,7
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	449,4	-	449,4	-	8,9
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	938,0	851,9	41,0	45,1	335,9
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 108,9	614,4	29,3	465,1	165,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 553,2	282,2	392,5	2 878,5	-374,7
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	518,8	125,5	-	393,3	14,6
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	532,8	-	532,8	-	0,7
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	902,6	-	-	902,6	5,0
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	902,9	153,2	748,7	0,9	4,8
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	773,5	79,3	693,2	0,9	0,6
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	764,7	-	-	764,7	9,4
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	450,5	252,0	95,7	102,9	86,8
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	387,7	224,0	30,6	133,1	149,6
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 495,9	202,6	915,8	2 377,5	-317,4
23	- Konsumausgaben	3 078,5	-	924,6	2 153,9	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,7	-	62,7	-
25	= Sparen	417,3	139,9	-8,9	286,3	-317,4
26	- Geleistete Vermögenstransfers	130,9	22,7	92,2	16,0	7,9
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	109,7	64,5	18,4	26,8	29,1
28	- Bruttoinvestitionen	957,3	556,7	112,8	287,7	-
29	+ Abschreibungen	857,4	475,1	119,1	263,2	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	13,0	13,1	-0,6	0,6	-13,0
31	= Finanzierungssaldo	283,2	87,0	-75,8	271,9	-283,2
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 495,9	202,6	915,8	2 377,5	-317,4
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	573,4	-	573,4	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	573,4	-	-	573,4	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 495,9	202,6	342,4	2 950,9	-317,4
38	- Konsum 3)	3 078,5	-	351,2	2 727,3	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,7	-	62,7	-
40	= Sparen	417,3	139,9	-8,9	286,3	-317,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2025				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 954,0	2 702,0	486,8	765,2	-
2 -	Abschreibungen	872,4	478,7	130,2	263,6	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 081,6	2 223,3	356,6	501,6	-206,2
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 334,5	1 684,5	367,1	283,0	20,3
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,3	37,5	0,2	10,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	32,9	30,1	0,2	2,6	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	731,7	531,4	-10,4	210,7	-226,4
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 338,2	-	-	2 338,2	16,5
9 -	Geleistete Subventionen	37,0	-	37,0	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	471,6	-	471,6	-	9,0
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	943,1	853,9	43,9	45,3	340,8
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 119,5	612,0	31,0	476,6	164,4
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 681,0	289,5	411,2	2 980,2	-382,0
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	553,9	129,1	-	424,8	14,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	567,8	-	567,8	-	0,8
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	950,2	-	-	950,2	5,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	950,5	156,3	793,4	0,9	5,0
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	803,8	80,1	722,8	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	794,8	-	-	794,8	9,7
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	466,1	257,0	102,7	106,4	90,4
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	395,4	228,5	30,8	136,1	161,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 615,4	208,0	977,6	2 429,7	-316,4
23 -	Konsumausgaben	3 195,5	-	967,1	2 228,4	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,7	-	62,7	-
25 =	Sparen	419,9	145,3	10,5	264,0	-316,4
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	131,4	23,1	91,9	16,3	8,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	112,1	65,8	19,0	27,2	27,3
28 -	Bruttoinvestitionen	975,9	570,7	116,7	288,4	-
29 +	Abschreibungen	872,4	478,7	130,2	263,6	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,6	14,7	-0,6	0,5	-14,6
31 =	Finanzierungssaldo	282,5	81,4	-48,4	249,5	-282,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 615,4	208,0	977,6	2 429,7	-316,4
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	600,1	-	600,1	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	600,1	-	-	600,1	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 615,4	208,0	377,5	3 029,8	-316,4
38 -	Konsum 3)	3 195,5	-	367,0	2 828,5	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,7	-	62,7	-
40 =	Sparen	419,9	145,3	10,5	264,0	-316,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staats für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023 (2)	2024 (2)	2025 (2)	2023		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	0,8	0,2	0,0	0,9	0,6	0,2	0,2	0,1	-0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-0,1	0,4	0,2	0,0	-0,1	0,1	0,7	0,0	0,4
Arbeitsvolumen	0,7	0,6	0,3	0,9	0,6	0,3	0,9	0,2	0,3
Produktivität 4)	-1,0	0,3	1,1	-1,0	-1,1	0,0	0,6	1,1	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,3	0,9	1,3	-0,1	-0,5	0,3	1,5	1,3	1,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2962,6	3078,5	3195,5	1446,5	1516,1	1499,7	1578,8	1558,9	1636,6
Private Konsumausgaben 5)	2081,3	2153,9	2228,4	1019,6	1061,8	1050,9	1103,0	1088,9	1139,5
Konsumausgaben des Staates	881,2	924,6	967,1	426,9	454,3	448,8	475,9	470,0	497,1
Bruttoanlageinvestitionen	912,5	915,7	937,3	444,4	468,1	445,1	470,6	452,1	485,1
Bauten	491,8	480,3	484,5	244,7	247,1	238,9	241,4	238,1	246,4
Ausrüstungen	278,1	288,1	300,5	132,6	145,5	137,1	151,1	142,7	157,8
Sonstige Anlagen	142,7	147,3	152,3	67,1	75,6	69,1	78,2	71,4	80,9
Vorratsveränderungen 6)	52,3	41,6	38,6	36,3	16,0	24,7	16,9	24,3	14,3
Inländische Verwendung	3927,4	4035,8	4171,4	1927,1	2000,2	1969,5	2066,4	2035,4	2136,0
Außenbeitrag	174,2	204,4	206,2	89,3	84,9	111,3	93,1	112,2	94,0
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	4,2	4,8	4,7	4,4	4,1	5,4	4,3	5,2	4,2
Exporte	1939,0	1960,1	2040,8	979,7	959,3	965,8	994,3	1002,4	1038,4
Importe	1764,8	1755,7	1834,6	890,4	874,4	854,5	901,2	890,2	944,4
Bruttoinlandsprodukt	4101,5	4240,3	4377,6	2016,5	2085,1	2080,8	2159,4	2147,6	2230,0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	4,7	3,9	3,8	5,7	3,7	3,7	4,1	3,9	3,7
Private Konsumausgaben 5)	5,2	3,5	3,5	7,0	3,5	3,1	3,9	3,6	3,3
Konsumausgaben des Staates	3,6	4,9	4,6	2,9	4,2	5,1	4,7	4,7	4,5
Bruttoanlageinvestitionen	6,6	0,3	2,4	8,6	4,8	0,1	0,5	1,6	3,1
Bauten	6,1	-2,3	0,9	8,2	4,1	-2,4	-2,3	-0,4	2,1
Ausrüstungen	9,8	3,6	4,3	13,1	6,8	3,4	3,8	4,1	4,5
Sonstige Anlagen	2,4	3,2	3,4	1,7	3,0	2,9	3,5	3,4	3,5
Inländische Verwendung	3,3	2,8	3,4	5,0	1,8	2,2	3,3	3,3	3,4
Exporte	-1,8	1,1	4,1	2,1	-5,5	-1,4	3,7	3,8	4,4
Importe	-7,0	-0,5	4,5	-1,2	-12,3	-4,0	3,1	4,2	4,8
Bruttoinlandsprodukt	5,8	3,4	3,2	6,5	5,1	3,2	3,6	3,2	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2383,7	2407,3	2446,4	1179,0	1204,7	1184,0	1223,4	1203,4	1243,0
Private Konsumausgaben 5)	1686,6	1705,1	1734,2	832,9	853,6	836,2	868,9	851,3	882,9
Konsumausgaben des Staates	696,0	701,2	711,2	345,5	350,5	347,2	354,0	351,6	359,6
Bruttoanlageinvestitionen	663,1	661,6	672,5	323,7	339,4	321,2	340,5	324,8	347,7
Bauten	310,0	304,3	306,3	154,5	155,5	150,8	153,5	150,8	155,5
Ausrüstungen	230,9	234,5	241,3	110,5	120,4	111,6	122,9	114,5	126,8
Sonstige Anlagen	123,8	126,2	129,2	58,6	65,2	59,4	66,8	60,7	68,5
Inländische Verwendung	3100,8	3122,9	3170,8	1532,9	1567,9	1534,5	1588,4	1557,2	1613,6
Exporte	1607,1	1627,9	1686,3	810,1	796,9	803,4	824,6	830,3	855,9
Importe	1450,0	1463,3	1526,4	723,2	726,8	712,8	750,5	741,3	785,1
Bruttoinlandsprodukt	3264,8	3294,2	3338,1	1623,1	1641,7	1628,0	1666,2	1649,2	1688,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	-1,4	1,0	1,6	-1,2	-1,6	0,4	1,5	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	-1,1	1,1	1,7	-0,5	-1,6	0,4	1,8	1,8	1,6
Konsumausgaben des Staates	-2,1	0,7	1,4	-2,8	-1,4	0,5	1,0	1,3	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	-0,2	1,6	0,3	0,2	-0,8	0,3	1,1	2,1
Bauten	-1,5	-1,8	0,7	-2,5	-0,4	-2,4	-1,3	0,0	1,3
Ausrüstungen	3,8	1,5	2,9	5,8	2,0	1,0	2,1	2,6	3,2
Sonstige Anlagen	-0,7	1,9	2,4	-0,8	-0,6	1,4	2,4	2,3	2,5
Inländische Verwendung	-0,8	0,7	1,5	-0,4	-1,3	0,1	1,3	1,5	1,6
Exporte	-2,0	1,3	3,6	-0,4	-3,6	-0,8	3,5	3,4	3,8
Importe	-3,2	0,9	4,3	-0,9	-5,4	-1,4	3,3	4,0	4,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,9	1,3	-0,1	-0,5	0,3	1,5	1,3	1,4

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2023 (2)	2024 (2)	2025 (2)	2023		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	6,2	2,9	2,1	7,1	5,3	3,2	2,6	2,3	2,0
Private Konsumausgaben 5)	6,3	2,4	1,7	7,5	5,2	2,7	2,1	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	5,8	4,2	3,1	5,9	5,7	4,6	3,7	3,4	2,8
Bruttoanlageinvestitionen	6,4	0,6	0,7	8,3	4,6	0,9	0,2	0,4	0,9
Bauten	7,7	-0,5	0,2	11,0	4,5	0,0	-1,0	-0,3	0,7
Ausrüstungen	5,8	2,0	1,3	6,9	4,8	2,4	1,7	1,4	1,2
Sonstige Anlagen	3,2	1,3	1,0	2,5	3,7	1,5	1,0	1,0	1,0
Inländische Verwendung	4,2	2,0	1,8	5,4	3,1	2,1	2,0	1,8	1,8
Exporte	0,3	-0,2	0,5	2,6	-2,0	-0,6	0,2	0,4	0,6
Importe	-4,0	-1,4	0,2	-0,4	-7,3	-2,6	-0,2	0,2	0,2
Bruttoinlandsprodukt	6,1	2,5	1,9	6,6	5,7	2,9	2,0	1,9	1,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2777,2	2878,5	2980,2	1359,4	1417,8	1401,5	1477,0	1458,0	1522,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	378,9	398,7	421,0	183,2	195,8	192,0	206,7	204,9	216,1
Bruttolöhne und -gehälter	1773,6	1853,4	1917,3	846,3	927,3	884,1	969,3	920,3	997,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	624,7	626,4	642,0	330,0	294,7	325,3	301,1	332,9	309,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	643,4	674,7	700,8	303,0	340,3	320,7	354,0	326,8	373,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3420,6	3553,2	3681,0	1662,4	1758,1	1722,2	1831,0	1784,9	1896,1
Abschreibungen	845,7	857,4	872,4	421,3	424,4	428,1	429,3	434,4	438,1
Bruttonationaleinkommen	4266,3	4410,6	4553,4	2083,8	2182,5	2150,2	2260,3	2219,2	2334,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3055,6	3139,5	3246,4	1493,5	1562,1	1519,0	1620,4	1572,3	1674,1
Arbeitnehmerentgelte	2152,5	2252,1	2338,2	1029,4	1123,1	1076,2	1175,9	1125,1	1213,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	903,1	887,4	908,2	464,1	439,1	442,8	444,5	447,2	461,0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,3	3,6	3,5	5,4	5,2	3,1	4,2	4,0	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,7	5,2	5,6	4,9	4,6	4,8	5,6	6,7	4,6
Bruttolöhne und -gehälter	6,7	4,5	3,4	7,3	6,2	4,5	4,5	4,1	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,8	4,3	3,3	6,2	5,5	4,3	4,3	3,9	2,9
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	7,5	4,1	1,1	8,3	6,8	4,9	3,4	1,2	1,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,9	0,3	2,5	1,2	2,7	-1,4	2,2	2,3	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	6,8	4,9	3,9	8,1	5,7	5,8	4,0	1,9	5,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,6	3,9	3,6	5,9	5,3	3,6	4,1	3,6	3,6
Abschreibungen	7,2	1,4	1,8	9,1	5,4	1,6	1,2	1,5	2,0
Bruttonationaleinkommen	5,9	3,4	3,2	6,5	5,3	3,2	3,6	3,2	3,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	5,7	2,7	3,4	7,4	4,1	1,7	3,7	3,5	3,3
Arbeitnehmerentgelte	6,4	4,6	3,8	6,9	5,9	4,5	4,7	4,5	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,1	-1,7	2,3	8,6	-0,3	-4,6	1,2	1,0	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1790,6	1877,7	1918,8	858,3	932,2	907,7	970,1	929,7	989,1
Nettolöhne und -gehälter	1213,2	1265,5	1280,6	573,6	639,6	602,8	662,7	611,5	669,1
Monetäre Sozialleistungen	730,2	764,7	794,8	361,0	369,3	380,3	384,4	395,2	399,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	152,9	152,5	156,7	76,2	76,7	75,5	77,0	77,0	79,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	624,7	626,4	642,0	330,0	294,7	325,3	301,1	332,9	309,1
Sonstige Transfers (Saldo)	-123,3	-126,6	-131,0	-55,9	-67,5	-58,8	-67,8	-60,5	-70,5
Verfügbares Einkommen	2291,9	2377,5	2429,7	1132,4	1159,5	1174,2	1203,3	1202,0	1227,7
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	62,5	62,7	62,7	30,3	32,2	30,5	32,2	30,4	32,2
Private Konsumausgaben 5)	2081,3	2153,9	2228,4	1019,6	1061,8	1050,9	1103,0	1088,9	1139,5
Sparen	273,1	286,3	264,0	143,1	130,0	153,7	132,6	143,6	120,5
Sparquote 7)	11,6	11,7	10,6	12,3	10,9	12,8	10,7	11,6	9,6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	7,8	4,9	2,2	8,5	7,2	5,7	4,1	2,4	2,0
Nettolöhne und -gehälter	8,4	4,3	1,2	9,4	7,6	5,1	3,6	1,4	1,0
Monetäre Sozialleistungen	6,0	4,7	3,9	6,6	5,5	5,4	4,1	3,9	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,2	-0,3	2,7	5,9	2,5	-0,9	0,4	2,0	3,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,9	0,3	2,5	1,2	2,7	-1,4	2,2	2,3	2,6
Verfügbares Einkommen	5,9	3,7	2,2	7,2	4,6	3,7	3,8	2,4	2,0
Private Konsumausgaben 5)	5,2	3,5	3,5	7,0	3,5	3,1	3,9	3,6	3,3
Sparen	10,0	4,8	-7,8	7,3	13,3	7,4	2,0	-6,6	-9,1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2023 (2)	2024 (2)	2025 (2)	2023		2024 (2)		2025 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	957,8	982,2	1039,3	466,4	491,4	475,4	506,7	503,2	536,2
Nettosozialbeiträge	706,7	748,7	793,4	341,9	364,8	361,1	387,6	386,8	406,6
Vermögenseinkünfte	26,7	29,3	31,0	14,6	12,1	16,0	13,3	16,9	14,1
Sonstige Übertragungen	30,5	30,6	30,8	13,7	16,8	13,7	16,9	13,8	17,0
Vermögensübertragungen	18,4	18,4	19,0	8,7	9,6	8,8	9,6	9,1	9,9
Verkäufe	160,7	173,7	184,0	73,4	87,3	80,1	93,6	85,0	99,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1900,9	1983,1	2097,7	918,8	982,1	955,3	1027,8	1014,9	1082,8
Ausgaben									
Vorleistungen	254,0	265,0	271,6	116,0	137,9	121,9	143,1	125,2	146,5
Arbeitnehmerentgelte	325,3	348,5	367,1	155,5	169,7	167,2	181,4	175,9	191,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	35,4	41,0	43,9	16,7	18,8	20,0	21,0	21,4	22,5
Subventionen	62,9	35,7	37,0	38,3	24,5	16,3	19,4	16,9	20,1
Monetäre Sozialleistungen	659,4	693,2	722,8	325,5	333,9	344,6	348,6	359,1	363,7
Soziale Sachleistungen	359,8	375,2	392,7	177,9	181,9	185,4	189,8	194,9	197,8
Sonstige Transfers	92,8	95,7	102,7	44,2	48,6	45,6	50,1	49,1	53,7
Vermögenstransfers	81,1	92,2	91,9	31,6	49,5	36,0	56,1	35,8	56,1
Bruttoinvestitionen	107,9	112,8	116,7	46,0	61,8	48,3	64,5	49,7	67,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,6	-0,6	-0,6	-0,2	-0,4	-0,2	-0,4	-0,2	-0,4
Ausgaben insgesamt	1978,0	2058,8	2146,0	951,7	1026,4	985,1	1073,7	1027,9	1118,2
Finanzierungssaldo	-77,1	-75,8	-48,4	-32,9	-44,2	-29,8	-45,9	-13,0	-35,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	1,2	2,5	5,8	-0,3	2,6	1,9	3,1	5,8	5,8
Nettosozialbeiträge	6,0	5,9	6,0	6,3	5,7	5,6	6,3	7,1	4,9
Vermögenseinkünfte	51,3	9,9	5,5	59,6	42,4	9,8	10,1	5,5	5,5
Sonstige Übertragungen	8,8	0,5	0,5	13,2	5,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Vermögensübertragungen	-2,4	0,0	3,7	-2,5	-2,4	0,9	-0,8	3,6	3,7
Verkäufe	12,3	8,0	6,0	10,0	14,2	9,0	7,2	6,2	5,7
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	4,4	4,3	5,8	3,7	5,0	4,0	4,7	6,2	5,3
Ausgaben									
Vorleistungen	6,5	4,3	2,5	5,6	7,3	5,0	3,8	2,7	2,3
Arbeitnehmerentgelt	5,6	7,1	5,3	4,5	6,6	7,5	6,8	5,3	5,4
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	33,6	15,8	7,0	31,9	35,2	20,0	12,0	7,0	7,0
Subventionen	-10,2	-43,3	3,8	34,0	-40,7	-57,5	-20,9	3,8	3,7
Monetäre Sozialleistungen	6,5	5,1	4,3	7,0	6,0	5,9	4,4	4,2	4,3
Soziale Sachleistungen	1,4	4,3	4,7	0,2	2,5	4,2	4,3	5,1	4,2
Sonstige Transfers	-16,8	3,1	7,4	1,1	-28,3	3,1	3,1	7,7	7,1
Vermögenstransfers	-9,6	13,6	-0,2	35,2	-25,4	13,9	13,4	-0,6	0,0
Bruttoinvestitionen	6,9	4,6	3,5	7,8	6,3	4,9	4,4	3,0	3,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	3,1	4,1	4,2	6,8	-0,1	3,5	4,6	4,3	4,1
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	-1,9	-1,8	-1,1	-1,6	-2,1	-1,4	-2,1	-0,6	-1,6

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).